Nr. 253. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 29. Oktober 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Zusammenbruch des badischen Nationalliberalismus.

Ein Tag später aber wohl verdienter Strafe war der 27. Oktober für die badischen Nationalliberalen. Ihre parlamentarische Mehrheit im Landtage ist zersprengt, die durch die rückgratlose und volksfeindliche Politik der nationalliberalen Parlamentsmehrheit zusammengeführten Oppositionsparteien haben, was sie sich als gemeinsame Aufgabe gestellt haben, trefflich erfüllt, sie haben dem badischen Landtage gründlich andere Gestalt gegeben.

Eine Privatdepesche stellt das Wahlergebniß des gestrigen Tages folgendermaßen zusammen:

Die Nationalliberalen verloren sieben Sitze und zwar drei an Sozialdemokraten, drei an die Freisinnigen und Demokraten und einen an das Zentrum; es gelang ihnen nicht, einen einzigen Sitz ihren Gegnern zu entreißen. Ein Wahlkreis, der bisher von den Konservativen vertreten war, und der von Herrn Stegmüller vertretene Wahlkreis Lörrach fielen ebenso wie eines der drei Karlsruher Mandate an die Freisinnigen und Demokraten. Die Wahlbetheiligung war außerordentlich stark, bis 92 pCt. betheiligten sich an der Stimmabgabe. Die für die sozialistischen Kandidaten in den städtischen Wahlkreisen Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Pforzheim abgegebene Stimmenzahl wuchs von 6600 auf 11 500. Die Kammer wird wahrscheinlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: 26 Nationalliberale, 22 Mitglieder des Zentrums, 8 Freisinnige und Demokraten, 5 Sozialdemokraten, je ein Konservativer und Antisemit. Somit ist die nationalliberale Kammermehrheit endlich gebrochen und das Ministerium Eisenlohr gründlich aufs Haupt geschlagen.

Die sozialdemokratische Fraktion der badischen Abgeordnetenkammer besteht nunmehr aus den Vertretern der größten Stadt des Landes, Mannheim: Dreesbach, Geiß und Kramer, und aus zwei Vertretern der Landeshauptstadt: Adolf Geck und Schaier.

Der Sieg ist größer als ihn die Optimisten erwartet, die Niederlage der Nationalliberalen schwerer als sie befürchtet haben. Nichts hat ihnen genutzt der Hinweis auf die verhältnißmäßig anständige Haltung ihrer Fraktion im preußischen Abgeordnetenhause bei der lex Recke; der Zug nach links, der infolge der dunkelen Pläne der Regierungen im Volke immer stärker wird, kam bei den Wahlen zum klarsten Ausdrucke. Im ganzen Reiche wird der Stoß ins Herz des badischen Nationalliberalismus die hellste Freude hervorrufen. Auch wer mit den Mitteln, die allein diesen Sieg ermöglichten, nicht ganz einverstanden war, er wird trotzdem das Wahlergebniß als einen bedeutungsvollen politischen Fortschritt, als eine frohe Vorbedeutung für die im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen betrachten. Der Erfolg erscheint um so bedeutungsvoller, wenn man in betracht zieht, daß vom Großherzog, den Ministern und Bürgermeistern bis herunter zu dem letzten Amtsboten und Gendarmen fast alle staatlichen und kommunalen Beamten für die Wahl der Kandidaten der im „Musterländle" nationalliberalen Regierungspartei wirkten. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint vor allem das Wahlresultat in Karlsruhe als besonders bemerkenswerth; hat sich doch der Großherzog, dessen Kriegervereinsreden gegen die Sozialdemokratie schon öfters eigenartiges Aufsehen gemacht haben, mit der nationalliberalen Partei identifizirt.

Die doppelzüngige Politik der Nationalliberalen, welche die von allen Seiten und früher auch von ihrer Partei geforderte Wahlreform durch ihre Unehrlichkeit und ihren Wortbruch hintertrieben haben, ist aufs nachdrücklichste dadurch bestraft, daß selbst das bestehende, von ihnen mit den schlechtesten Mitteln konservirte Wahlrecht ihnen die zerschmetternde Niederlage brachte. Die Nationalliberalen, die jedes gerechte Steuersystem im Landtage zu verhindern verstanden, die stets in egoistischester Weise die Geschäfte des Großkapitalismus besorgten, die jeden Fortschritt der sozialen Gesetzgebung bekämpften, ja selbst die ehrliche Durchführung des bischen Arbeiterschutz bemängelten, die ohne Rücksicht auf die schwere Schädigung der Arbeiterbevölkerung für hohe Getreidezölle eintraten, — die Herren, die nach wie vor sich für die Blut- und Eisenpolitik, für die weitgehendsten Marinepläne, für die Knebelung des klassenbewußten arbeitenden Volkes begeistern, die lieber heute wie morgen die Wiederkehr des Sozialistengesetzes sähen: sie sind aufs Haupt geschlagen, sie sind aus der Stellung der maßgebenden politischen Partei verdrängt, sie haben das „bittere Brot" der Opposition zu kosten. Und die mit den Nationalliberalen aufs engste verbundenen Konservativen haben auch Verluste zu verzeichnen.

Bei keiner Partei aber ist der Erfolg sowohl an gewonnenen Stimmen als an eroberten Mandaten so groß, als bei der Sozialdemokratie. Die Partei, die nun fünf Abgeordnete im Landtage sitzen hat, wird nicht nur stärker und angesehener sein als in den früheren Sessionen, sie wird auch größeren Einfluß und gesteigerte Verantwortung haben. Dem taktischen Geschick unserer Landtagsfraktion wird es wohl gelingen, die gefährlichen Klippen, die ihrer Thätigkeit entgegenstehen, zu umschiffen. Die eigenartige, aus mehreren Parteien bestehende Majorität der neuen Kammer wird auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sein, man wird uns oft entgegenkommen müssen; das darf und wird aber unsere Vertreter im badischen Landtage nicht veranlassen, von dem klaren Standpunkt der Vertretung der proletarischen Klasseninteressen auch nur um Haaresbreite abzuweichen. So manche persönliche Mißstimmung herrschte auch unter den Vertretern unserer Partei, doch das ist nicht zu tragisch zu nehmen; sie alle sind so kampf- und sturmerprobte Verfechter unserer Grundsätze, daß die gemeinsame parlamentarische Arbeit sie zusammenführen wird zu einigem, gemeinsamen Arbeiten, zu treuem und festem Zusammenhalten. Und so wird auch hierin der Wahlsieg zur weiteren Kräftigung unserer Partei, zur Vorbereitung neuer Siege führen.

Nicht blos ein Tag schwerster Niederlage für die Nationalliberalen, sondern auch ein Tag herrlichen, glückverheißenden Sieges ist das Datum der Wahlschlacht in Baden.

Das ganze sozialistische Deutschland weiß sich mit uns einig in der Freude über die Wahlerfolge unserer Brüder in Baden! —

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Oktober.

Die Reichskanzler-Krisis bleibt das immer aktuelle Thema der deutschen Politik. So wenig über „Onkel Chlodwig" je zu sagen war, so viel fabelt man hin und her, wann er gehen wird; auch dies weniger aus Interesse für ihn, als aus Interesse für seinen Nachfolger.

Der Reichskanzler ist wieder in Berlin und einmal muß es sich entscheiden, ob er die versprochene Reform des Militär-Strafprozesses dem Reichstag bringen darf oder ob er das Versprechen nicht einhalten kann und gehen muß.

Die „Kreuz-Zeitung" freilich weiß einen wunderschönen Ausweg. Sie meint, der Kanzler habe die Vorlage an den Bundesrath gebracht, weiter habe er nichts versprochen. „Leider" hat Fürst Hohenlohe seiner Zeit nicht vom „Bundesrath", sondern von „den gesetzgebenden Körperschaften" gesprochen. Daran läßt sich nichts deuteln, trotzdem die Kunst, an gegebenen Versprechen zu deuteln, bei uns bekanntlich stark ausgebildet ist.

Die „Berliner Neuesten Nachr." erzählen, der Kaiser sei nach Liebenberg gereist, wo die Eulenburg's hausen und wo auch Graf Phili, der Wiener Botschafter und Liebling des Kaisers, zu Besuch weilt. Es sind gerade drei Jahre verflossen, daß dort Caprivi's Kanzlerschaft gestürzt wurde. Soll von Liebenberg aus sich auch Hohenlohe's Schicksal erfüllen?

„Konflikts-Besorgnisse." Herr Professor Delbrück, der zwar ein politischer Eingänger ist, aber doch recht gute Kenntnisse von den Vorgängen und Absichten in den einflußreichsten Kreisen besitzt, beschäftigt sich im neuesten Heft der „Preußischen Jahrbücher" mit der Konfliktsstimmung, welche die gegenwärtige Politik erfüllt. Er schreibt, nachdem er den Widerstand gegen die Militär-Strafprozeß-Reform besprochen hat:

„Wenn nun trotz alledem, und obgleich der Reichskanzler Fürst Hohenlohe den Gesetzentwurf mit Bestimmtheit zugesagt hat, in der nächsten Umgebung des Kaisers wirklich sich Einflüsse geltend machen sollten, die die Reform abzuschneiden trachten, so ist der Verdacht gerechtfertigt, daß nicht blos überliefertes Vorurtheil im Spiel ist, sondern daß man es gern sieht, wenn die Situation, statt zu einer Ausgleichung zu gelangen, sich verschärft. Hier ist in Wahrheit der Schlüssel zu der sonst so räthselhaften Unklarheit und Verworrenheit in der Regierung. Es sind Leute an der Arbeit, die ein ehrliches konstitutionelles Regiment nicht mehr wollen, sondern ganz direkt auf den Konflikt und auf den dahinter drohenden Staatsstreich hinarbeiten. Wir haben ja eine Anzahl Zeitungen, die sich nicht scheuen, von Zeit zu Zeit ganz offen auf solche Wege hinzudeuten. Aber wenn wirklich in der Regierung selbst oder nahe der Regierung Personen sein sollten, die sich in solche Ideen versenken, so wäre das das Traurigste, was wir uns denken könnten. Man weiß es ja jetzt seit kurzem aus den Tagebüchern des Generals von Gerlach, daß Friedrich Wilhelm IV. sich wirklich bis an das Ende seines Lebens in einer geradezu leidenschaftlichen Weise mit dem Wunsch beschäftigt hat, die Verfassung wieder los zu werden. Nicht sein ehrlicher Wille, sondern nur die Unmöglichkeit, seinen Willen durchzusetzen, hat die Zerstörung der Verfassung verhindert. Dieser Halbwille, dies Arbeiten an einer Sache, die doch in sich unmöglich und undurchführbar war, hat seine ganze Regierung mit Unfruchtbarkeit geschlagen und ihr den Stempel der Unfähigkeit aufgedrückt. Nicht anders würde der Erfolg sein, wenn man sich heute etwa in einen Kampf gegen das allgemeine gleiche Stimmrecht einließe. . . . Für einen prinzipiellen Machtstreit zwischen Regierung und Reichstag fehlt es also durchaus an Stoff (?), und ebenso fehlt es auf der anderen Seite an den Mitteln zur Durchführung. Was in dem Einheitsstaat Preußen möglich war, ist keineswegs auch im Reiche möglich. . . . Man zerbreche den auf dem allgemeinen gleichen Stimmrecht ruhenden Reichstag und sofort wird der Partikularismus an allen Ecken und Enden wieder das Haupt erheben. Die Staaten, die sich bereit finden lassen möchten, im Bundesrath für eine Vergewaltigung des Reichstages zu stimmen, würden durch größere Selbständigkeit dafür bezahlt zu werden verlangen, und was die Bequemlichkeit des Regierens gewönne, würde das Reich an Festigkeit verlieren. Schon das bloße Spielen mit dem Gedanken eines Staatsstreichs, etwa der Oktroyirung eines andern Wahlgesetzes giebt als Revolution von oben der Revolution von unten einen Rechtstitel in die Hand. Merkt das Volk nun gar, daß hinter diesem Spielen doch kein wirklicher Entschluß steckt, so ist der Schade an der Autorität der Regierung augenscheinlich.

Der einzige energische Einfluß in solcher Lage ist, Wege, die man doch nicht bis zu Ende gehen kann, gar nicht zu betreten, sich völlig von ihnen abzuwenden und die ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, wie mit den vorhandenen Faktoren das nothwendige Ziel, die Vermehrung unserer Seerüstung zu erreichen ist. Das erste, was jetzt dazu gehört, ist eine durchaus offene und loyale Behandlung der Frage des Militär-Strafprozesses. Jedes Versteckspielen, jedes Hinhalten mit dieser Vorlage lähmt die patriotischen Kräfte, die an der Arbeit sind, dem Volk die Flottenfrage klar zu machen und ganz offenbar damit schon einen recht guten Erfolg gehabt haben."

Herr Delbrück sagt manches ganz richtig. Aber er übersieht vieles, er übersieht vor allem, daß es den Konfliktslüsternen auf viel mehr ankommt als auf eine „Vermehrung unsrer Seerüstung". Da sind vor allem die Ostelbier, die ihre wirthschaftlichen Forderungen eher durchzusetzen vermeinen, wenn das Wahlrecht ihnen günstiger gestaltet würde. Da sind die Gegner der Arbeiterbewegung, welche von jeder Sozialreform sich schwer betroffen fühlen und deshalb alle Regungen der Massen durch Vernichtung der Vereins- und Versammlungsfreiheit vernichten möchten. Da sind alle die Leute, welche von der fortschreitenden Selbständigkeit des Volkes an der Hand des demokratischen Wahlrechts Gefahren für ihre militaristischen und kapitalistischen Ausbeutungspläne befürchten und sich durch eine Ververminderung oder Vernichtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts Sicherung ihrer gegenwärtigen und Eroberung zukünftiger politischer und wirthschaftlicher Vorrechte zu erwirken hoffen.

Ebenso aber wie Herr Delbrück die Motive der Staatsstreichler unvollständig auffaßt, so unterschätzt er andererseits auch die Mittel, welche gegen jene verrätherischen Ränkespinner zu gebote stehen. Er weist sehr richtig auf die Gefährdung der Reichseinheit hin, aber er stellt dabei in den Vordergrund das etwaige Verlangen der bundesstaatlichen Dynastien nach größerer Selbständigkeit. Dieses Verlangen würden aber nicht nur die Dynastien empfinden, sondern vor allem das Volk in den Bundesstaaten, welches zu gleicher Stunde jedes Interesse am Reich und jedes Interesse an seinen Dynastien, wenn diese das Reich und das Grundvolksrecht im Reiche verrathen, verlieren würde.

Die Leute, welche mit dem Staatsstreich spielen, dürfen nicht vergessen, daß, ist von ihnen einmal die Verfassung in Frage gestellt, auch das Volk Deutschlands wissen wird, was es zu thun hat! —

Neue Zahlen aus der Gewerbestatistik von 1895. Das königlich Preußische Statistische Bureau setzt in einer Sondernummer seiner „Statistischen Korrespondenz" die Veröffentlichungen über die Resultate der 1895er Gewerbezählung fort. Wir wollen uns heute auf die Mittheilung einiger Hauptzahlen beschränken. In dem Zeitraum von 1882 bis 1895 haben sich in Preußen die gewerblichen Betriebe von 1 650 806 auf 1 743 331, also um 5,60 pCt. vermehrt; die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen stieg in demselben Zeitraum von 4 209 535 auf 5 861 707, also um 39,25 pCt. Schon diese Zahlen zeigen klar die Tendenz unserer Volkswirthschaft zur Bildung von Großbetrieben.

Diese Tendenz tritt noch klarer hervor, wenn man die sämmtlichen „Gewerbebetriebe" theilt einerseits in „Handel und Verkehr", andererseits in „Industrie und Gewerbe". In der letzteren Klasse (die bei weitem die wichtigste ist, weil sie zirka viermal soviel Menschen beschäftigt, als die Erwerbszweige des Handels und des Verkehrs) ist in den 13 Jahren die Zahl der Betriebe **gesunken** von 1 222 139 auf 1 172 140, also um **4,09 pCt.**, die beschäftigte Personenzahl ist **gestiegen** von 3 590 293 auf 4 557 749, also um **31,41 pCt.!** Die sogenannten Alleinbetriebe (die keine Gehilfen beschäftigen) sind sowohl hinsichtlich der vorhandenen Betriebe als auch der „selbständigen" Inhaber um über 12 pCt. zurückgegangen. Eine Reihe dieser durch die wirthschaftliche Entwickelung aus der „Selbständigkeit" hinausgeworfenen Personen fand in Handels-Erwerbszweigen ein Unterkommen, wo die Entwickelung zum theil eine andere war. Der Rest wurde ins Proletariat hinabgeschleudert. — Wir behalten uns eine tiefer eingehende Würdigung dieses amtlichen Zahlenmaterials vor, können aber schon heute der Meinung Ausdruck geben, daß eine glänzendere Rechtfertigung und Bestätigung der Marxistischen Lehren und des sozialdemokratischen Programms nicht geliefert werden konnte, als es durch diese „königlich preußischen" Zahlen geschieht. —

Kriechen und kriegen. Daß zwischen beiden Wörtern eine gewisse Verwandtschaft besteht, daß zum Beispiel die Kriegervereine in der Regel auch Kriechervereine sind, das haben wir längst gewußt und schon oft gesagt. Nun aber erfahren wir, daß das Kriechen zum modernen Kriegen organisch gehört, und daß ein Krieger in des Wortes wörtlichster Bedeutung auch ein Kriecher sein muß. Und daran sind die weittragenden Schießwaffen schuld, welche die Kriegführung vollständig revolutionirt haben. Wie in der letzten Nummer des „Militär-Wochenblatts" ausgeführt wird, ist „eine sichtbare Annäherung der Angreifertruppe an den Feind innerhalb einer Entfernung von 800 Metern beinahe völlig ausgeschlossen." Das Sturmlaufen

gehört der Vergangenheit an — von den Streitern der famosen Kavallerie-Attacke bei den letzten Kaisermanövern wäre im Ernstfall kein einziger mit dem Leben davon gekommen. Man muß sich vor dem Feind möglichst verbergen, an ihn heran kriechen. Dann ist das Ziel ein kleineres, die Chance des Nichtgetroffenwerdens eine größere. Also zum Sieg muß künftig gekrochen werden. Im Frieden galt das bisher schon; jetzt gilt's auch im Krieg. Mit der Romantik des Schlachtfeldes und der Ritterlichkeit des edlen Kriegshandwerks ists vorbei. —

„Einen Frevel und eine Thorheit" nannte am vorigen Montag ein englischer Staatsmann das Bestreben des englischen Protzunternehmerthums, die Gewerkschaften „zerschmettern" zu wollen. Der Hauptfortschritt der letzten fünzig Jahre bestände gerade darin, daß den englischen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert worden sei. Die Arbeiter bedürften des Koalitionsrechts, wenn sie politisch und ökonomisch nicht rechtlos sein sollten. Und das Koalitionsrecht antasten, das heiße eine Katastrophe über England heraufbeschwören. Der englische Staatsmann, der dies sagte, war Lord Campbell-Bannermann, jahrelang Kriegsminister unter Gladstone und nachher unter Lord Rosebery.

Was die deutschen Herren Kriegsminister — gegenwärtige und verflossene — von dem englischen Kollegen wohl denken mögen? —

* * *

Deutsches Reich.

— Der Zusammentritt der Parlamente. Das „Volk" will von halbamtlicher Seite erfahren haben, daß die Termine für den Zusammentritt des Reichstags und preußischen Landtags regierungsseitig festgesetzt worden sind. Der Reichstag wird zum 7. Dez. d. J. einberufen werden. Der Landtag wird am 11. Januar 1898 zusammentreten. Bisher war gewöhnlich für den Landtag, abgesehen von den beiden Tagungen, die im November begannen, der verfassungsmäßig zulässige äußerste Termin, der 15. Januar, gewählt worden. —

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Ausschußbericht vom 23. Oktober 1897 über Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz seine Zustimmung ertheilt, ebenso dem Ausschußbericht zu der Vorlage, betreffend den Entwurf von Bestimmungen über den Vollzug von Freiheitsstrafen, sowie dem Ausschußbericht über die Vorlage, betreffend Aenderungen der §§ 42 und 44 der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. —

Ueber den Inhalt des Entwurfs von Bestimmungen über den Vollzug von Freiheitsstrafen ist noch nichts in der Oeffentlichkeit bekannt geworden. Es wäre erwünscht, daß dieser Entwurf, der wohl dem über ein Dutzend Mal ausgesprochenen Verlangen des Reichstags seine Entstehung verdankt, bald veröffentlicht werde. Eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs ist dringend nothwendig, um die den Anforderungen der Kultur und Humanität ins Gesicht schlagenden, schreienden Mißstände wenigstens in etwas zu mildern. —

— Auch der „Reichs-Anzeiger" meldet heute endlich, was alle Welt schon längst weiß, die Enthindung des Staatsministers Freiherrn Marschall von Bieberstein unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers von seiner Stellung als Mitglied des Staatsministeriums und die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow zum Staatsminister und Mitgliede des Staatsministeriums.

Wann wird man aus dem „Reichs-Anzeiger" die Ernennung des Herrn Marschall zum Botschafter in Konstantinopel erfahren? —

— Postreformen. Aus Braunschweig wird telegraphirt: Der Staatssekretär des Reichspostamts v. Podbielski sagt in einem Schreiben an die hiesige Handelskammer: Ich beabsichtige die planmäßige Prüfung aller wichtigen Fragen auf dem Gebiete des Fernsprechwesens, auch derjenigen des Nachtdienstes, vorzunehmen und, wo nothwendig, eine anderweite Regelung eintreten zu lassen. Einzelne Fragen aus dem Rahmen des Ganzen herauszugreifen und vorweg besonders zu behandeln, erscheint nicht rathsam. —

Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, ist unter den in Aussicht genommenen postalischen Reformen die Erhöhung des Briefgewichts für einfache Briefe auf 20 Gramm bereits fest beschlossene Sache. —

— Thielen's Sparsystem. Aus Aachen wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Bei einer Strafkammerverhandlung wurde festgestellt, daß sich bei einem der Stadt benachbarten Bahnübergang, wo man weder vom Geleise auf die Straße, noch von der Straße auf das Geleise sehen kann, keine Schranke, kein Bahnwärter und bei Nacht kein Lichtsignal befindet, trotz wiederholter Beschwerden des betreffenden Bürgermeisters und des Regierungspräsidenten. Die Bahnverwaltung erklärt, nach dem Bahnreglement auf einer Sekundärbahnstrecke zu solchen Vorsichtsmaßregeln nicht verpflichtet zu sein. Das Gericht sprach den Angeschuldigten, der das Glockensignal einer Lokomotive bei nebeligem Wetter nicht gehört und einen Eisenbahntransport durch sein Fuhrwerk gefährdet hatte, kostenlos frei.

— Die morgige Konferenz der Landesdirektoren ist eine Konsequenz der Wiesbadener Konferenz vom 8. Juli dieses Jahres. Es soll die Frage behandelt werden, wie eine Gleichmäßigkeit in den Gehältern der Beamten der Provinzialverwaltungen herzustellen ist. —

— Keine Gesetze zum Schutze der Handelsangestellten. Aus kaufmännischen Kreisen wird uns geschrieben:

„Die Anfang Oktober durch die Presse gegangenene Mittheilung, daß im Reichsamt des Innern Gesetzentwürfe betr. die Regelung der Arbeitszeit der Handelsangestellten und die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte ausgearbeitet worden seien, scheint irrig gewesen zu sein, wenigstens hat das Reichsamt des Innern auf eine Anfrage einer kaufmännischen Vertrauensperson, ob nicht Texte der Gesetze zur Vorberathung zur Verfügung gestellt würden, erklärt, daß im Reichsamt des Innern derartige Gesetzentwürfe nicht ausgearbeitet worden sind. Es müßte denn die Ausarbeitung in einem anderen Reichsamte erfolgt sein."

Es bleibt nicht ausgeschlossen, daß ein Gesetzentwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte im Reichs-Justizamt ausgearbeitet wird. —

— Von unseren theuren Prunkmanövern. Für die Manöver-Flurschäden müssen im Kreise Hanau, dem „Hanauer Anzeiger" zufolge, 480 000—490 000 M. vergütet werden. —

— Behandlung der Schriftsteller im Gefängniß. In Anknüpfung an die Petition des Schriftstellerverbandes, von der wir gestern Mittheilung machten, veröffentlicht die „Staatsbürger-Zeitung" einige Erfahrungen ihrer Redakteure in der von der Petition behandelten Beziehung. Das Blatt schreibt:

„Einer unserer Redakteure war zu einer einmonatigen Gefängnißstrafe wegen Beleidigung mittels der Presse verurtheilt worden und verbüßte diese in Plötzensee. Während seiner Haft sollte er in dem bekannten Tausch-Prozesse als Zeuge vernommen werden und wurde zu diesem Behufe zweimal mit dem sogenannten „grünen Wagen" von Plötzensee nach dem Moabiter Gerichtsgebäude gebracht. Das erste Mal mußte er es über sich ergehen lassen, einige Zeit in einer Detentionszelle mit einem Zuchthäusler im Strafanzuge zusammen zuzubringen; das zweite Mal aber erging es ihm noch schlimmer. Er wurde nämlich in Moabit in eine Zelle, d. h. einen Raum von 6 Schritt Länge und 4 Schritt Breite, gebracht, in der sich nicht weniger als acht Sträflinge, darunter Verbrecher von niedrigster Art, befanden. In dieser Gesellschaft mußte er von des Morgens 8½ bis nachmittags 4½ Uhr, also volle acht Stunden, zubringen, und man kann sich wohl denken, was er in dieser Zeit zu hören bekam, von allem anderen zu schweigen . . ." Das Blatt erzählt ferner einen recht peinlichen Vorgang, dessen der Redakteur Zeuge sein mußte, und fährt fort: „Dies wird genügen, um zu zeigen, was ein gebildeter Mensch, dessen ganzes Verschulden darin besteht, im Eifer des politischen Meinungsstreites vielleicht die gezogenen Schranken überschritten oder eine Wendung gebraucht zu haben, die eine Mißdeutung zuließ, unter Umständen zu ertragen hat. Und zu der seelischen Marter, die das erzwungene Zusammensein mit dem Auswurfe der menschlichen Gesellschaft (— wir machen uns natürlich diese Ausdrucksweise der „Staatsb.-Ztg." keineswegs zu eigen — Red. d. „Vorw.") verursachte, gesellte sich noch körperliches Unbehagen, hervorgerufen durch den Hunger; denn in den ganzen acht Stunden seines Aufenthalts in der Moabiter Zelle wurde unserm Redakteur weder Naß noch Trocken gereicht. Ein Krug Wasser zum allgemeinen (!) Gebrauch stand allerdings da, auf die Bitte um Mittagessen (für sein Geld) aber wurde ihm die Antwort zu theil: „Wir haben hier kein Restaurant." Und das war noch dazu am letzten Tage der Strafe; denn nachmittags 5 Uhr war der Monat verbüßt. Da die Entlassung der Zeugen aber erst gegen 6½ Uhr erfolgte, so mußte er, der nunmehr aus der Strafhaft entlassene Zeuge, noch mit leerem Magen bis zu dieser Zeit auf dem Korridor zubringen. Das ist die Behandlung eines zu Gefängniß verurtheilten Redakteurs unter dem heutigen System."

Da auch bürgerliche Redakteure und Schriftsteller unter dem heutigen Strafvollzug zu leiden haben, so erhebt die bürgerliche Presse mit uns den Ruf nach Aenderung dieser Zustände. So lange nur Sozialdemokraten betroffen wurden, hat man sich wenig darum gekümmert.

— Eigenartige Wahlagitation. Die Frau des konservativen Reichstags-Kandidaten im Wahlkreise Westprignitz, v. Saldern, hat gerade jetzt unmittelbar vor der Reichstagswahl aus Mitteln des Vaterländischen Frauenvereins Unterstützungen für die Ueberschwemmten der Elbniederung in Beträgen von 20 M. versandt. Auf den Abschnitten der Postanweisungen ist als Absender J. A. Frau v. Saldern in Perleberg verzeichnet. Seltsam, daß der Vaterländische Frauenverein eine solche Vertheilung nicht durch die Gemeindevorsteher besorgen läßt, auch nicht durch die Vorsitzende dieses Frauenvereins, sondern gerade durch Frau v. Saldern, die zufällig auch die Gattin des konservativen Reichstags-Kandidaten ist. Vorsitzende des Vereins ist die Frau Landrath v. Jagow, welche ebenso zufällig gerade jetzt vor dem Wahltage behindert sein soll, die Postanweisungen abzusenden. —

— Herr v. Stülpnagel, der Landrath von Zauch-Belzig, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht und wird bereits am 1. November seine Amtsgeschäfte abgeben. Mit dem Verfahren des Herrn Landraths gegen den Ortsvorsteher Schultze soll diese Amtsniederlegung nicht zusammenhängen. Jedenfalls hat der Herr mit diesem Vorgehen seiner Amtslaufbahn ein würdiges Ende bereitet. —

Kiel, 27. Oktober. (Eig. Ber.) Köllerei und kein Ende! Der preußische Landtags-Abgeordnete Hansen (Däne) hatte zu Sonntag nach Rödding eine Versammlung einberufen. Es waren gegen 400 Theilnehmer erschienen. Zu Ueberwachung waren der Amtsvorsteher, dessen Schreiber und vier Gendarmen zur Stelle. Nach Eröffnung der Versammlung forderte Hansen die Anwesenden auf, das Lied: „Strük din Fod fremed, fremed med frejdigt Mod" („Strecke Deinen Fuß vorwärts, mit freudigem Muth") zu singen. Nach dem Absingen begann Hansen seinen Vortrag und hatte auch ca. 10 Minuten gesprochen, als jedenfalls dem Amtsvorsteher ein „lichter" Gedanke kam. Derselbe löste die Versammlung auf, da Hansen die Versammlung aufgefordert habe, eine strafbare Handlung mit dem Absingen des Liedes zu begehen. Der Beamte stützte diese Auflösung auf ein Polizeiverbot vom 12. Juli 1865, welches lautet: „Im Herzogthum Schleswig ist es verboten, dänische Lieder zu singen, wenn dieselben von aufreizendem Inhalt in nationaler Hinsicht sind." Beschwerde ist eingelegt.

In ähnlicher Weise hat man sich auch die Dänen in Hadersleben zu Freunden gemacht. Dort hatten sich die dänischen Gemeindemitglieder eine eigene Kirche erbaut, die am letzten Sonntag eingeweiht werden sollte, wozu sich denn mehrere hundert Personen eingefunden hatten. Wenige Minuten vor der zur Feier angesetzten Zeit erschien ein Polizist mit dem Bescheid, daß auf höheren Befehl die Feier sowohl wie auch die Benutzung der Kirche zu religiösen Zwecken verboten sei. Nunmehr planen die Dänen einen Massenaustritt aus der Landeskirche, um so die Benutzung eines eigenen Hauses erzwingen zu wollen. Die Religion muß dem Volke erhalten werden. Welche Religion, die christliche oder evangelische, die sind nicht an Sprache und Staat gebunden. Eine preußische, regierungsfromme oder junkerliche Religion giebt es unseres Wissens nicht. Oder vielleicht doch? —

Breslau, 28. Oktober. (Privat-Telegramm.) Der Begünstigungs-Prozeß gegen den Verleger der „Volkswacht", Genossen Otto Schütz, kam heute zur abermaligen Verhandlung. Schütz sollte sich der Begünstigung durch Zahlung von Geldstrafen für den Redakteur des Blattes schuldig gemacht haben. Das hiesige Landgericht sprach ihn frei, weil es das Abkommen zwischen Schütz und dem Redakteur für rechtmäßig erachtete. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und das Reichsgericht wies das Urtheil in die Vorinstanz zurück, indem es ein derartiges Abkommen für unverbindlich und gegen die guten Sitten und das Landrecht verstoßend annahm. Eine Verurtheilung würde nur dann ausgeschlossen sein, wenn Schütz sich betreffs der Rechtsverbindlichkeiten des Abkommens geirrt haben sollte. Dies nahm die Strafkammer an und erkannte wiederum auf Freisprechung.

München, 27. Oktober. („Voss. Ztg.") Ein lehrreiches Beispiel von der Handhabung des Vereinsrechts gab eine heute hier abgehaltene Versammlung des Alldeutschen Verbandes im Löwenbräu-Keller, verbunden mit Musik und Chorgesang. Es sprach Admiral a. D. Werner über die deutsche Flotte, in Wirklichkeit hochpolitisch, nach eigener Angabe zur Einwirkung auf die Wähler gegen die „unpatriotische Haltung des Reichstages". Gleichwohl behandelte die Behörde den Verein und die Versammlung als — unpolitisch. Frauen nahmen an der Versammlung theil und ganze Tische waren mit Offizieren besetzt. Eine Diskussion war selbstverständlich ausgeschlossen. —

— Anläßlich der Veröffentlichung der Briefe König Ludwigs II. von Bayern wird uns von bayerisch-partikularistischer Seite aus München geschrieben:

„Die veröffentlichten Briefe des Königs Ludwig II., welche wahrscheinlich aus dem Nachlasse des kürzlich verstorbenen Legationsrathes Trost stammen und vielleicht noch mehrere Nachfolger erhalten dürften, liegen anscheinend verschiedenen Leuten sehr im Magen. Besonders interessant sind die Auslassungen von Blättern wie die „Post", die „Vossische Zeitung", die „Münchener Neuesten Nachrichten". Hier werden nämlich die Briefe als Beweise für die beginnende Geisteskrankheit des Königs angesehen. Wenn aber die von Ludwig II. ausgesprochenen Ansichten über Preußen wirklich Symptome beginnender Verrücktheit sind, so gehören von den sechs Millionen Bayern mindestens vier ins Irrenhaus. Daß gerade Ludwig II. sehr schlecht auf Preußen zu sprechen war, ist auch ohne Geisteskrankheit wohl erklärlich. Siehe Kaiser Friedrich's Tagebuch, wo unter dem 16. November 1870 der damalige preußische Kronprinz erzählt, er habe Bismarck gerathen, Süddeutschland mittels Drohungen in das Reich zu zwingen. Weiter wollen wir doch zugeben, daß die preußische Geschichte einige sehr wenig vertrauenerweckende Thaten aufweist, z. B. der Ueberfall Schlesiens 1740, der Separatfrieden zu Basel, die Theilungen Polens, der Krieg 1866 mit dem was noch daranhängt, die Depeschengeschichte von 1870.

Ganz besonders schön jammert die Scharfmacher-„Post" über den immer „höhere Wellen" schlagenden Partikularismus. Gewiß, der letztere nimmt sehr zu. Aber wer ist denn schuld daran? Die Scharfmacher sind es, die Rückwärtser, welche Preußen in Süddeutschland immer verhaßter machen. Preußen ist der führende Staat Deutschlands, das heißt, er hat die meisten Einwohner, Soldaten und Stimmen im Bundesrath. Führt aber Preußen auch auf den Gebieten der Kultur, Zivilisation, steht Preußen in bezug auf Freiheit an der Spitze der deutschen Staaten? Nein, überall humpelt es hier in beinahe mitleiderregender Weise hinterdrein. Es entwickelt sich immer mehr als ein Land, von dem sich jedes nur halbwegs zur Freiheit neigende Volk nach Kräften wegschrauben muß. Glauben die Scharfmacher und Konsorten vielleicht, daß wir uns für einen Staat begeistern können, in dem die Provozirung des Bürgerkrieges, der Verfassungsbruch ganz offen angerathen wird, in dem Vorlagen wie der Entwurf zu dem im Frühjahr projektirten preußischen Vereinsgesetz möglich sind, in dem der Adel und der Soldat die erste Violine spielen, in dem der schlichte Zivilrock ein Möbel zweiter Klasse ist, in dem jede freie Meinungsäußerung verpönt ist, Preßsünder gefesselt wie die Diebe durch die Straßen geschleppt werden, in dessen östlichen Provinzen an Afrika erinnernde Zustände herrschen u. s. w.? Wir haben allen Grund, uns vor solchen „Segnungen" zu schützen. Es ist daher unter den jetzigen Verhältnissen die Pflicht eines jeden bayerischen Volksmannes und Publizisten, daß er den Partikularismus nach Kräften fördert. Je mehr sich dieser entwickelt, um so leichter werden wir uns der Importirung preußischer Zustände entziehen. Etwas Schlechteres tauscht man nicht gerne ein. Mag Preußen es einmal versuchen, in bezug auf Freiheit, Zivilisation und Kultur nicht mehr der allerletzte, sondern der erste Staat Deutschlands zu sein; mag es auch gewisse Dinge wie die „Uebernahme" der Hessischen Ludwigsbahn, das Zitiren süddeutscher Preßsünder vor preußische Gerichte, das Herumbügeln an klippen, klaren Rechten wie der bayerische oberste Militär-Gerichtshof unterlassen, dann wird der Partikularismus von selbst verschwinden. So lange aber in Preußen die Scharfmacherzunft, die Rückwärtser am Ruder sind, so lange man uns auch die Herrenfaust zeigen möchte, brauchen wir den Partikularismus zur Erhaltung unserer an sich ja nicht idealen, aber doch besseren Zustände und zur Wahrung unserer Rechte."

Die ganze Haltung unseres Blattes beweist, daß wir so wie der Schreiber vorstehender Ausführungen sehr viel an den Zuständen in Preußen auszusetzen haben; wir können aber mit dem Verfasser nicht übereinstimmen, daß die Zustände in Bayern um so viel besser sind, um eine partikularistische Politik zu rechtfertigen. Die engherzige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes, die völlige politische Entrechtung der Frauen, die Nürnberger Polizeiwirthschaft, die Verfolgung der Haberer, die Gefängnißzustände in Laufen, der Fall Zech, die Behandlung der Lehrer, die Mängel der Volksschule, das Ueberhandnehmen des Einflusses der Geistlichkeit, die agrarischen Machenschaften im Parlamente, die Fuchsmühler Affaire und so vieles Andere lassen es uns hier im Norden unbegreiflich erscheinen, daß man mit einer Erhaltung bayerischer Eigenthümlichkeiten dem Volke zu nützen vermeint.

In Nord und Süd haben wir fest zusammenzustehen nicht zur Erhaltung partikularrechtlicher Eigenthümlichkeiten, sondern zur freiheitlichen Gestaltung des Deutschen Reichs. Nichts ist bei diesem Regiment gefährlicher, als eine Zersplitterung und langsame Entfremdung der Volkstheile, die in den verschiedenen Theilen des Reiches gegen die heutige Unordnung zu kämpfen haben. Der Partikularismus im Süden ist den Reaktionären im Norden viel weniger unbequem, als es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer von Altona hat heute die Prostituirte Kruth wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 18 Monate Gefängniß. Die Verurtheilte hatte in Gegenwart von vier anderen Prostituirten und in betrunkenem Zustande die beleidigenden Aeußerungen ausgestoßen.

Vor der Strafkammer in Stade hatten sich die beiden Redakteure des „Volksblattes" von Harburg, die Genossen Thiel und Kauffmann, zu verantworten. Genosse Thiel wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des Brückenwärters Hoffärt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Thiel zwölf Monate Gefängniß. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In Sachen Hoffärt wurde der Termin vertagt. Genosse Kauffmann soll die Harburger Polizeibehörde dadurch beleidigt haben, daß er in einer Notiz schrieb: „man könne von der Polizei nicht verlangen, daß sie wissen solle, daß Arthur Schnitzler's „Liebelei" ein künstlerisch werthvolles Drama sei." Das Gericht faßte diese Bemerkung als hämisch gegen die Polizei gerichtet auf und verurtheilte Kauffmann zu 200 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urtheil wird Revision eingelegt werden. —

Oesterreich.

Wien, 28. Oktober. Abgeordnetenhaus. Nach einer Reihe namentlicher Abstimmungen wird die Sitzung um 2 Uhr 35 Minuten unterbrochen. Um 7 Uhr abends wird die Sitzung fortgesetzt werden; auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums. —

— Einen bedeutenden Sieg im Kampfe gegen die Obstruktion der Minorität hat die gewaltthätige, vor keinem Bruche der Geschäftsordnung zurückschreckende Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses gestern mit christlich-sozialer Hilfe davongetragen. Ueber den Verlauf der letzten Sitzung haben wir gestern unter Depeschen schon kurz berichtet. Es ist nun die Hauptwaffe der Obstruktion gebrochen. Sie kann die Berathung des Ausgleichsprovisoriums mit Ungarn nicht mehr verhindern. Und ist das Ausgleichsprovisorium erledigt, dann schickt Badeni das Parlament nach Haus. Die Liberalen kündigen Anwendung neuer Mittel an. Man vermuthet, daß sie es mit der Abstinenzpolitik, dem völligen Fernbleiben vom parlamentarischen Schauplatze, versuchen wollen. —

Schweiz.

Bern, 25. Oktober. (Eig. Ber.) Die Bankokratie hat mit affenartiger Geschwindigkeit die Kampagne gegen die Eisenbahn-Verstaatlichung eröffnet. Noch an demselben Sonnabend, an dem nach Erledigung der Verstaatlichungsvorlage die Bundesversammlung geschlossen wurde, verkündigte sie in der welschen Presse, daß sich die Finanz-Union Genf, der Bankverein Basel und die Kreditanstalt Zürich zu einem Finanzkonsortium zusammengethan und der Direktion der Jura-Simplonbahn die nöthigen Kapitalien für den Durchstich des Simplon offerirt haben. Die Offerte setzt der Gesellschaft als Termin, das Kapital anzunehmen oder abzulehnen, das Frühjahr 1898, wobei sich jedoch die Bankiers und ihre Hintermänner vorbehalten, ihr Anerbieten zurückzuziehen, wenn in der Volksabstimmung die Eisenbahnverstaatlichung beschlossen wird. Und die Direktion der Jura-Simplonbahn erklärt, die Offerte anzunehmen und sie zu gelegener Zeit dem Verwaltungsrathe und allenfalls auch der Generalversammlung zu unterbreiten; da aber in letzterer der Bund mit seinem Aktienbesitz die Mehrheit hat, so ist natürlich keine Aussicht auf Annahme. Aber darum handelt es sich bei den Spekulanten auch garnicht. Was sie wollen, ist, bei den Welschen die Stimmung hervorzurufen, daß sie viel früher den Simplondurchstich erhalten, wenn die Bahnverstaatlichung verworfen und die von den Bankiers angebotenen 75 Millionen angenommen werden, als wenn sie dem Gesetze zustimmen, und daß letzteres daher in der Volksabstimmung abgelehnt werde. Die Presse verurtheilt das „kecke Manöver" auf das entschiedenste; nur wenige Börsenblätter sind entzückt von der Geriebenheit und Abgebrühtheit der Bankleute. Indessen hat das Manöver bereits zu einer lustigen Kurstreiberei der Bahnaktien an der Börse geführt und zwar in Genf sowohl wie in Frankfurt a. M., wo das große demokratische Organ die Interessen des internationalen Geldsacks vertritt. Und nun hat auch der Referendums-Feldzug in Lausanne, Genf seitens der Aktionäre und im Kanton Bern seitens der bundesfeindlichen Konservativen begonnen.

Im Kanton Argau hat gestern das Volk sehr vernünftig abgestimmt. Es hat das Gesetz betreffend obligatorische

Mobiliarversicherung mit 27 675 gegen 5183 Stimmen angenommen und das Wirthschaftsgesetz mit 18 640 gegen 14 476 Stimmen verworfen. Letzteres war etwas engherzig gestellt und verletzte vielfache berechtigte Interessen. —

Zürich, 25. Oktober. (Eig. Ber.) **Das Projekt der Arbeitslosen-Versicherung.** Endlich, nachdem fast den ganzen Sommer hindurch der Große Stadtrath in Zürich sich nur mit der Schaffung von Polizeimaßregeln gegen die Wiederkehr von Krawallen beschäftigte, erhält er Gelegenheit, sich mit einem Stück kommunaler Sozialpolitik zu befassen. Der Kleine Stadtrath hat den Vorschlag zur Einführung der Arbeitslosen-Versicherung gemacht, von der man nicht viel halten mag, deren Berathung im kommunalen Vertretungskörper aber zweifellos ansprechender ist, als die Berathung von Polizeimaßregeln. Bevor jedoch die Stadt Zürich die Arbeitslosen-Versicherung einrichten kann, muß erst der Kanton Zürich hierfür die gesetzliche Grundlage schaffen. Der Stadtrath hat daher für ein kantonales Gesetz wie für die städtische Verordnung Entwürfe ausgearbeitet. Der Gesetzentwurf umfaßt nur fünf Paragraphen, welche den Gemeinden das Recht zur obligatorischen Arbeitslosenversicherung gewähren, die Grundzüge für die Verordnung enthalten und den Gemeinden den Anspruch auf einen angemessenen Staatsbeitrag an die Arbeitslosenversicherung einräumen. Die Verordnung umfaßt 39 Artikel. Sie erklärt alle Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts, welche in der Stadt Zürich wohnen und arbeiten, vom vollendeten 16. Altersjahre an und bis zu einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 5 Fr. versicherungspflichtig; die Bauarbeiter unterliegen aber auch dann der Versicherungspflicht, wenn ihr durchschnittlicher Tagesverdienst mehr als 5 Fr., ihr Jahreslohn jedoch nicht mehr als 2000 Fr. beträgt. Ausgeschlossen von der Versicherung sind die Wanderarbeiter im Baugewerbe sowie die minderjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem durchschnittlichen Tagesverdienst von weniger als 2 Fr. Die Arbeiter der Baugewerbe bilden eine und alle übrigen Arbeiter eine zweite Gruppe. Mit der Versicherungsanstalt wird auch ein Arbeitsnachweis verbunden. Die Verwaltungskommission besteht aus 17 Mitgliedern, 10 davon wählen die Arbeiter, 6 die Unternehmer und 1, den Vorsitzenden, der Stadtrath. Die Kommissionsmitglieder beziehen ein Sitzungsgeld von 4 Fr. Den Verwalter wählt auf Vorschlag der Kommission der Stadtrath; seine Jahresbesoldung beträgt 3500—5000 Fr. Für die Beiträge ist jede der beiden Gruppen in drei Lohnklassen eingetheilt. Die Versicherten der ersten Gruppe zahlen bei einem Tagelohn bis 3 Fr. 10 Cts., bis 4 Fr. 15 Cts., bis 5 Fr. 20 Cts.; der zweiten Gruppe (Bauarbeiter) 30, 45 und 60 Cts. Die Unternehmer haben für jeden Versicherten der ersten Gruppe 10 und der zweiten Gruppe 30 Cts. wöchentlich zu den Wochenbeiträgen der Arbeiter zu leisten. Die Stadt trägt die Kosten der Verwaltung und leistet außerdem im ersten Jahre einen Beitrag von 70 000 Fr., später je 1/5 der Versicherungsausgaben des Vorjahres, immerhin nicht weniger als 30 000 Fr. und nicht mehr als 70 000 Fr. Nach 26wöchiger Beitragsleistung wird der Versicherte unterstützungsberechtigt und zwar für die Dauer von 60 Tagen. Die tägliche Unterstützung beträgt in der 1. Klasse 1,20 Fr., für Arbeitslose, welche Angehörige zu unterhalten haben, 1,50 Fr., in der 2. Klasse 1,40 resp. 1,80 Fr., in der 3. Klasse 1,50 resp. 2,20 Fr. Nach sechstägiger Arbeitslosigkeit hat jeder Versicherte Anspruch auf Unterstützung, wenn ihm nicht eine seinem Berufe und seinen Kräften angemessene Arbeit zu den nach Ort und Jahreszeit üblichen Löhnen angewiesen werden kann. Die Versicherungsanstalt darf Arbeitslosen nicht Stellen anbieten, die durch Streik der Arbeiter oder durch Aussperrung seitens der Unternehmer frei geworden sind. Dagegen werden Streikende nicht unterstützt. Ein etwaiger Einnahme-Ueberschuß der Jahresrechnung wird zur Bildung eines Reservefonds verwendet, bis der letztere die Höhe von 300 000 Fr. erreicht hat. Ist diese Höhe erreicht, so können entweder die Arbeiterbeiträge reduzirt oder die Unterstützungsbeiträge erhöht werden. Andernfalls können auch die Beiträge erhöht resp. die Unterstützung vermindert werden. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung können mit Polizeibuße bis zu 500 Fr. bestraft werden.

Die beigegebene Begründung ist ein gutes sozialpolitisches Aktenstück, welches das Projekt nur als einen Versuch zur Lösung einer wichtigen sozialen Frage betrachtet wissen will. Es kommen nach derselben 20 000 Versicherungspflichtige in betracht, wovon 14 000 auf die erste und 6000 auf die zweite Gruppe entfallen; von der ersten werden 10 pCt. = 1400 und von der andern 45 pCt. = 2700, die arbeitslos werden, angenommen.

Bis zur Erledigung der Vorlage dürfte eine geraume Zeit vergehen. Zunächst soll der Gesetzentwurf nach der Berathung durch den Großen Stadtrath dem Kantonsrath als Initiativbegehren eingereicht werden, worüber in der Folge eine Volksabstimmung stattzufinden hat. Erst dann, wenn ein Gesetz vorliegt, kann der Verordnungsentwurf berathen werden. —

Frankreich.

Paris, 27. Oktober. Die Kolonialgruppe der Kammer trat heute unter dem Vorsitze Etiennes zusammen und berieth über daß zwischen Deutschland und Frankreich getroffene Abkommen betreffend die Abgrenzung von Togo. Die Gruppe sprach sich für die Ratifikation des Abkommens aus und ging sodann zur Besprechung der Unterhandlungen über, welche zwischen England und Frankreich über die Gebiete im Nigerbogen eingeleitet sind. Es wurde beschlossen, Hanotaux aufzufordern, energisch die Rechte Frankreichs auf die Gebiete im Norden von Dahomé, besonders auf die Stationen Nikki und Bussa, zu wahren.

Paris, 28. Oktober. Der Minister des Aeußern Hanotaux und der großbritannische Botschafter Monson hatten gestern eine Besprechung, in der sie die allgemeinen Züge und die Anordnung der Fragen festlegten, welche in der Niger-Angelegenheit zwischen den englischen und französischen Kommissaren zur Verhandlung kommen sollen. Die Konferenz wird morgen zusammentreten.

— **Förderung der Volksvermehrung.** Im Gemeinderath von Paris stellte der frühere Präsident dieser Körperschaft den Antrag, daß allen Familienvätern, die jährlich nicht mehr als 2400 Fr. verdienen, für jedes dritte, vierte und mehrzählige Kind eine einmalige Prämie von 50 Fr. gewährt wird. Die Stadtväter nahmen den Vorschlag günstig auf und überwiesen ihn der Budgetkommission des Gemeinderathes zur wohlmeinenden Prüfung. —

Italien.

— **Ein Asyl.** Aus Rom wird berichtet: In dem soeben unterzeichneten neuen Freundschaftsvertrage zwischen Italien und der Republik San Marino hat sich die letztere das früher nicht bestandene volle Asylrecht für politische Verbrecher reservirt. —

Spanien.

— **Der Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten** wird in Madrid sehr geheimnißvoll behandelt. Daher weichen die Darstellungen über den Ton und Inhalt der Antwortsnote sehr von einander ab. —

— **Die Einigung der spanischen Konservativen.** Der „N. Z." wird aus Madrid gemeldet: Unter der Einwirkung des Marschalls Martinez Campos hat der Vorstand der orthodoxen konservativen Partei die Vereinigung der beiden Flügel der Partei beschlossen, deren politischer Führer Silvela sein soll. Die Partei soll die liberale Regierung, im Hinblick auf die Lösung der kolonialen und internationalen Fragen, energisch unterstützen. —

— **Die sozialistischen Kundgebungen zu gunsten der gleichmäßigen Wehrpflicht in Spanien** werden dortselbst in steigendem Maße fortgesetzt. Am Sonntag und Montag fanden in Valencia und Valladolid derartige Versammlungen und öffentliche Umzüge statt, welche die früheren gleichartigen Kundgebungen an Betheiligung noch weit übertrafen. Besonderes Aufsehen erregten hierbei die „Aufzüge der Mütter", welche zu vielen Hunderten an der Spitze der Züge marschirten und am lautesten Einspruch dagegen erhoben, daß man nur ihre Söhne und nicht diejenigen der Reichen zum Kriegsdienst heranzieht. —

England.

— **Auch die englischen Bimetallisten** zeichnet die Unermüdlichkeit ihrer kontinentalen Gesinnungsgenossen aus. Dies beweist die folgende der „National-Zeitung" zugehende Londoner Zuschrift:

„Nach der kürzlichen Antwort der englischen Regierung an die Delegirten der Vereinigten Staaten und Frankreichs in der Silberfrage hegte man hier die Erwartung, daß damit diese Angelegenheit auf längere Zeit abgethan sein würde. Es ist jedoch zu unserer Kenntniß gelangt, daß gestern im Bureau der Herren Matheson u. Co. eine Versammlung von Bankiers und Kaufleuten (Mono- und Bimetallisten) stattgefunden hat, um die Frage weiter zu erörtern und es ist in dieser Versammlung beschlossen worden, an den Schatzkanzler ein Schreiben zu richten mit der Anfrage, ob Indien, falls Frankreich und die Vereinigten Staaten ein gleiches thun, seine Münzen für die freie Silberprägung wieder öffnen würde unter Zugrundelegung einer Relation von 22:1, welches ungefähr einem Preise von 1 s 4 d per Rupie — annähernd der jetzige Kurswerth — entsprechen und ein etwa von Indien vorgebrachtes Argument der Störung des Handels bei Annahme des Verhältnisses von 15½:1 beseitigen würde.

Die Antwort der englischen Regierung auf diese Anfrage ist gleichgiltig, da eine derartige Regelung des Werthverhältnisses der Edelmetalle für das mit Silber übersättigte Frankreich ein Opfer von nicht viel weniger als einer Milliarde Franken bedeutet, also ein Opfer, das selbst das reiche Frankreich nicht bringen kann. Wir glauben wenigstens, daß keine Regierung in Frankreich und kaum eine in den Vereinigten Staaten stark genug ist, ein solches Opfer für die Durchführung der bimetallistischen Pläne bei den Steuerzahlern durchzusetzen. —

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Oktober. (Eig. Ber.) **Sozialdemokratische Gesetzanträge.** Die sozialdemokratische Partei in Dänemark hat durch ihren Abg. Klausen dem Folkething einen Gesetzentwurf betreffend die kommunalen Wahlen eingereicht, der folgenden Inhalt hat: Das Wahlrecht für die Kommunalleitungen hat jeder unbescholtene Mann und jede unbescholtene Frau, die Bürgerrecht besitzen, 25 Jahre alt und zur Zeit am Orte ansässig sind, mit Ausnahme derer, die im letzten Jahre Armenunterstützung genossen haben, die nicht zurückbezahlt ist, der Unmündigerklärten oder in Konkurs Befindlichen. Jeder Wahlberechtigte ist auch wählbar. Die Wahlen sind geheime, direkte, finden an einem bestimmten Tage statt, aber ohne Beschränkung der Wahlstunde für den einzelnen. Die Wahlzettel werden in gummirten Umschlägen abgegeben. — Ein weiterer durch Holm vorgelegter Gesetzvorschlag der Sozialdemokratie fordert die Verlängerung des Gesetzes vom März 1887 betreffend eine Anleihe zum Umbau von zu eng bebauten oder ungesunden Stadttheilen in Kopenhagen und Errichtung von Arbeiterwohnungen. Auch für Anlage von Bade-Anstalten, Bürger- und Volksschulen durch die Kommunen, öffentliche Lesesäle ꝛc., können solche Anleihen bewilligt werden. Die Gesammtsumme darf 4 Millionen Kronen nicht übersteigen. Gleichzeitig wird den Kommunalbehörden für solche Fälle ein erweitertes Expropriationsrecht eingeräumt. Wenn Vereine solche Unternehmungen ins Werk setzen, dürfen sie keine höhere Verzinsung ihres dafür verwandten Kapitals, als 4 pCt. beanspruchen. Das 1887 gegebene Gesetz, das ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokratie eingeführt, aber vom Landsthing erheblich verschlechtert wurde, war infolge dieser Verschlechterungen von den Kommunen gar nicht benutzt worden.

Endlich wird durch Olsen der schon im Vorjahre eingebrachte Antrag auf Aufhebung der Kopenhagener Bürgerwehr abermals vorgelegt. Ein gleiches gilt von dem Jensen'schen Antrag auf gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. —

Kopenhagen, 25. Oktober. (Eig. Ber.) **Fortsetzung der Budgetdebatte im Folkething.** Nach den Ministern kamen wieder die Abgeordneten zum Wort. Gulbrandsen greift den Minister Bardenfleth heftig an; derselbe habe sich in der Angelegenheit der Dampfschiff-Verbindungen einen Bruch von Treu und Glauben zu schulden kommen lassen. Der Minister hatte versprochen, mit der „Fyen'schen Dampfschiffgesellschaft" nicht abzuschließen und hat es doch gethan, ohne, wie er sich verpflichtet hatte, dem Stadtrath von Rudköbing den Vertrag vorher vorzulegen. Die Insel Langeland sei durch dieses Vorgehen schwer geschädigt worden. Christensen freut sich, daß der Kriegsminister so schön sein Visir geöffnet habe, nur hätte dies vor 15 Jahren geschehen sollen, als die Befestigungen begannen, dann hätte vielleicht selbst die Rechte dagegen opponirt. Jedenfalls könne ein Ministerium, das solche Forderungen vertrete, nicht erwarten, irgend etwas zu stande zu bringen. Der Ertrupper Hammerich vertheidigte sowohl die Militärforderungen, als die Staatsbahnleitung. Dann erhielt der Sozialdemokrat Rasmussen das Wort: Auch er unterzog die Eisenbahnverhältnisse einer scharfen Kritik, sprach über die überlange Dienstzeit der Postboten an vielen Plätzen, die sich bis auf 18 Stunden ausdehne. Busk sprach sich sowohl gegen die Militär-, als gegen die Kirchenbewilligungen aus. Der Sozialdemokrat Klausen antwortete dann dem Eisenbahnminister betreffs des Gentofte-Unglücks. Die Angabe des Ministers bestätige ja nur, daß die Arbeitszeit der Angestellten viel zu lang sei. Der Minister müßte sich der unteren Beamten annehmen, die in jeder Beziehung sehr schlecht gestellt seien. Dem Kriegsminister dankt er für die schöne Wahlparole: Riesenhafte Militärbewilligungen oder nicht! Diese kann der Sache der Sozialdemokratie nur nützen! Wistoft enthüllte, daß in vielen Kasernen trostlose Verhältnisse herrschten, die Räume seien absolut ungenügend und wahre Brutstätten für Krankheiten. Auch in einzelnen Krankenhäusern seien die Verhältnisse ebenso. Lath-Espensen unterzog die neuen Eisenbahntaxen einer strengen Kritik. Das Ministerium hätte hier seine Versprechungen nicht im entferntesten gehalten. Lars Dinesen giebt die Erklärung ab, daß auch er zu höheren Militärbewilligungen seine Zustimmung nicht geben könne. Der Ministerpräsident suchte alsdann die Unbesonnenheit des Kriegsministers wieder gut zu machen. Derselbe habe nicht das Regierungsprogramm, sondern nur seine persönlichen Wünsche verkündet! Im übrigen vertheidigte er natürlich auch die Militärforderungen. Minister Bardenfleth sucht sich gegen die Anklagen Gulbrandsen's zu vertheidigen. Die Langländer seien selbst schuld, wenn er seine Zusage nicht habe halten können.

Rußland.

— **Die Befestigung seiner Stellung im Stillen Ozean** läßt sich Rußland sehr angelegen sein. Aus Petersburg wird heute gemeldet:

Der Kreuzer „Rossija" ist gestern von Kronstadt abgegangen. Wie hiesige Blätter zu melden wissen, geht seine Fahrt durch das Mittelmeer nach dem stillen Stillen Ozean. —

— **Ein Vorkämpfer für das offizielle Christenthum in Rußland**, der Beamte der „heiligen Synode" (d. i. des russischen Kultusministeriums), Skworzow, welcher von der Regierung speziell mit der Erforschung und Berichterstattung über die Duchoborensekte betraut worden war, hat auf dem Missionskongreß in Kasan Vorschläge zur Bekämpfung dieser Sekte gemacht, welche von einer echt christlichen Nächstenliebe zeugen. Indem er den Einfluß der Schriften des Grafen Tolstoi auf die Entwickelung dieser Sekte hervorhebt, stellt er der russischen Regierung anheim, über Maßregeln nachzusinnen, welche geeignet sind, „das Sektenhaupt und den Anarchisten Graf Tolstoi" unschädlich zu machen; ferner macht er den Vorschlag, die Tolstoisten Fürst Chilkow und Bodjansky aus Rußland auszuweisen, die Hauptagitatoren aus den Duchoboren selbst sollen in ein Gefängniß gesteckt werden. Charakteristisch für die christliche Gesinnung des Skworzow ist auch seine Schadenfreude darüber, daß den in den entlegensten und ödesten Gegenden des Kaukasus zwangsweise angesiedelten Duchoboren von der Gebirgsbevölkerung das Vieh geraubt wird, wodurch ihre Wirthschaft vollständig ruinirt und sie dem schrecklichsten Elend preisgegeben werden. Die Duchoboren sind Anhänger der Tolstoi'schen Lehre über die Verwerflichkeit des Gebrauches der Waffengewalt und können sich aus diesem Grunde nicht gegen die Angriffe der halbwilden Gebirgsbevölkerung wehren, denen sie die russische Regierung durch ihre zwangsweise Ansiedelung in jener Gegend schonungslos ausgesetzt hat. Skworzow hofft nun, daß die Bedrängniß, in welche die Duchoboren im Hinterkaukasus infolge ihrer Wehrlosigkeit gerathen sind, sie von ihrer Ueberzeugung über die Verwerflichkeit der Waffengewalt theilen wird und sie in Zukunft nicht mehr die Erfüllung der Militärpflicht verweigern werden. Wir halten es auch nicht für unwahrscheinlich, daß die Verfolgungen der Regierung schließlich den Duchoboren die Zweifel an der Zulässigkeit eines nur passiven Widerstandes gegen ihre Feinde austreiben wird, wir bezweifeln aber, daß, wenn dies geschehen wird, die russische Regierung grund haben wird, sich darüber zu freuen. —

Griechenland.

Athen, 27. Oktober. Die Finanzkontroll-Kommission trat heute im Finanzministerium zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Rußland war in derselben nicht vertreten, da der russische Delegirte noch nicht ernannt ist. Der Finanzminister Streit setzte in längerer Rede die finanzielle Lage des Landes auseinander. Die Sitzung wurde aufgehoben, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde. —

Amerika.

New York, 22. Oktober. Ein gewisser Oskar Ellis, der sich im Juli mit drei Kameraden nach Klondyke aufmachte und jetzt zurückgekehrt ist, behauptet, er wisse, daß fast alle in den Zeitungen veröffentlichten Nachrichten über Klondyke die größten Uebertreibungen wären. „Auf dem Dampfer „Cleveland", der bei uns vorüberfuhr, befanden sich, wie ich positiv weiß, nicht über 1000 Dollars in Gold. Wie groß war unser Erstaunen, als man uns in St. Michaels sagte, das Schiff habe 20 Zentner Gold gebracht. Ich habe Leute im Yukon-Distrikt gekannt, die fünf, acht und zehn Jahre dort geschürft und nicht genug erworben hatten, um die Rückreise bestreiten zu können. In St. Michaels sah ich 800 Personen, die nach San Francisco zurückwollten. Sie waren entsetzlich herabgekommen. Der größte Goldbetrag, den ich jemals bei einem gesehen habe und der ihn in Klondyke erworben hatte, war 2000 Dollars. Daraus wurden natürlich gleich 12 000 Dollars gemacht. Am 17. September trafen wir auf der Rückreise in St. Michaels ein. Damals stand das Thermometer auf 4 Grad unter Null (Fahrenheit). Die Preise waren entsetzlich hoch. Wir hatten 8 M. für ein Paar Strümpfe und 32 M. für ein wollenes Hemd zu zahlen. Unsere Ausrüstung verkauften wir mit 3—400 pCt. Gewinn. —

Wieder Soldatenmißhandlungen.

Vor dem Militär-Bezirksgericht in Würzburg fand am Montag eine Verhandlung gegen den Unteroffizier Mathias Effel von der 2. Kompagnie des 2. Fußartillerie-Regiments in Metz statt, welche abscheuliche Zustände bloßlegt.

Die Anklage behauptete 51 Vergehen oder Verbrechen der Mißhandlung Untergebener, 10 Vergehen des Mißbrauchs der Dienstgewalt durch Geschenk-Annahme, eines Vergehens durch Zerstörung von Dienstgegenständen, je eines Vergehens des Mißbrauchs der Dienstgewalt durch Abhaltung Untergebener von der Beschwerdeführung und der Bestimmung bezügl. Belügen eines Vorgesetzten.

Während der Rekrutenausbildung 1896 auf 1897 ließ Effel gewöhnlich wöchentlich dreimal seine Korporalschaft in seinen sehr engen Verschlag rufen. Wenn die Soldaten eingetreten waren, kommandirte er: „Sofort hinaus!" Da dies aber nicht so schnell ging, schlug er mit der Klopfpeitsche auf die Soldaten ein, unbekümmert darum, wo die Schläge hingingen. Alle Soldaten in seinem Zimmer ließ Effel zu seinem Spaß über einen Schemel springen und schlug sie mit der Klopfpeitsche in die Kniekehle, auf Kopf, Rücken und Gesäß. Zu Anfang der Rekrutenzeit ließ er als Unteroffizier vom Tag die Rekruten zu irgend einem Dienste, z. B. zum Menageholen, antreten und vor sich paradiren; dabei hatte er die Klopfpeitsche in der Hand und schlug auf die Leute ein, wobei der letzte Mann immer die meisten Hiebe bekam. Wenn Effel die Peitsche nicht zur Hand hatte, nahm er einen Besenstiel und schlug so lange zu, bis die Soldaten das Zimmer verlassen hatten. Ein Soldat bekam einmal zehn Hiebe mit dem Besenstiel, dabei gab es außerdem noch Stöße in den Rücken und auf den Leib. Endlich genügte dem Effel die Klopfpeitsche nicht mehr. Deshalb schaffte er sich einen daumendicken Rohrstock an und benutzte diesen zu Mißhandlungen. Der erste Soldat, der mit diesem Stocke Schläge bekam, hieß Christian Diel. Zur Erinnerung daran taufte Effel seinen Stock „Christian"! und sagte zu seinen Leuten: „Das ist der Christian; wenn ihr nicht parirt, so könnt ihr Bekanntschaft mit ihm machen!" Bei der Rekrutenausbildung ließ er die Rekruten, wenn sie irgend einen Fehler gemacht hatten, über einen Schemel legen und versetzte ihnen mehrere Hiebe mit dem Rohrstock auf das Gesäß. Effel ging sogar so weit, daß sich die Leute mit dem Schemel in der Hand melden mußten, damit „er die Gnade habe, sie zu schlagen"! Beim Geschützexerzieren bediente er sich zu seinen Mißhandlungen des Leders und des Stockschlüsselträgers, eines etwa ein halben Meter langen daumendicken Stückes Holz; beim Gewehrunterricht schlug er die Rekruten mit dem Wischstock auf die Finger; dem Soldaten Franz Steinmetz, der nachts im Bette schlief, gab er ohne Veranlassung zwei Fauststöße auf den Unterleib. Den Soldaten Max Steinberger rief er mit dem Namen „Isaak Silberstein" zu sich; als dieser auf diesen Namen nicht reagirte, rief er ihn mit seinem wahren Namen und befahl ihm, sich über den Schemel zu legen, damit er ihn schlagen könne. Steinberger that dies aber nicht und mußte deshalb bei vorgestreckten Armen und den Schemel in den Händen etwa fünf Minuten Kniebeuge machen. Effel liebte es auch, sich nachts von seinen Leuten, wenn sie im Bette lagen, Geschichten erzählen zu lassen. Als einmal der Soldat Diehl sagte, er wüßte keine Geschichte, schüttete ihm Effel ½ Liter Wasser auf die Füße, wobei auch das Bett naß wurde. Am Sonntag, 23. Mai 1897, ließ er nachmittags seine ganze Korporalschaft in der „6. Garnitur" antreten, schnitt ihnen die Knöpfe vom Waffenrock und das Futter auf und befahl ihnen, bis 4 Uhr die Sachen wieder herzustellen, blos deshalb, damit die Soldaten nicht ausgehen konnten. Effel maßte sich auch ein Strafrecht an, indem er einem Soldaten, der seine Schießbedingungen nicht erfüllt hatte, 14 Tage Zimmertour verordnete.

Ferner zwang Effel seine Untergebenen zur Verabreichung von Geschenken. Als mehrere Soldaten zu Ostern in Urlaub gingen, sagte er zu diesen: „Ihr wißt, was ich will; wie Ihr Euch anstellt, wenn Ihr wieder hereinkommt, so behandle ich Euch!" Als die Soldaten aus dem Urlaub kamen, rief sie Effel zu sich und verlangte Geld. Da sie nicht freiwillig zahlten, machte er auf ein Blatt Papier Striche und setzte unter diese Ziffern. Die Soldaten mußten sich einen Strich wählen und so viel zahlen, als die unterm Strich stehende Zahl in Geld ausmachte. Auf diese Weise erlangte er Beträge von 50 Pf. bis 5 M. In der Wirthschaft mußten dem Effel die Soldaten Bier zahlen. Zum Kanonier Buchert sagte er in einer Wirthschaft: „Ich gehe jetzt fort; bis ich wiederkomme, muß etwas bezahlt sein, sonst hast Du Deine ganze Dienstzeit verraht!" Buchert gab darauf der Wirthin 90 Pf. zu drei Maß Bier für Effel. Außerdem verlangte Effel Fleisch und sonstige Eßwaaren von den Soldaten. Von Buchert wollte er Fleisch haben; als ihm dieser sagte, er habe keines mehr, jagte er ihn unter beleidigenden Ausdrücken fort. Als der Soldat Grabowsky als Zimmertour die Zylinder reinigte, zerschlug Effel die Zylinder und Grabowsky mußte diese aus seiner Tasche

ersetzen. Von der Beschwerdeführung hielt Essel die Soldaten dadurch ab, daß er drohte: „Wenn Euch die Behandlung nicht recht ist, so könnt Ihr Euch beschweren; dann bekommt Ihr auch wie der Becker 21 Tage strengen Arrest!" Diese Strafe hat nämlich Becker deshalb erhalten, weil er eine „unbegründete Beschwerde" gegen Essel geführt hatte. Als Untersuchung gegen Essel wegen Annahme von Geschenken geführt wurde, bestimmte er die Soldaten, dem Kompagniechef nichts davon zu sagen, daß er Geld erhalten habe.

Nachdem die Geschworenen von den gestellten 63 Schuldfragen 62 bejahten und insbesondere in keinem Falle „das Schmerzgefühl" verneinten und der Staatsanwalt dem Gerichtshofe ans Herz gelegt, daß Essel ein Schandfleck der bayerischen Armee sei, der sich seinen Untergebenen gegenüber feig, bübisch und cynisch benommen habe, und drei Jahre Gefängniß sowie Degradation beantragt hatte, wurde Essel dem staatsanwaltschaftlichen Antrage gemäß verurtheilt. Von der ausgesprochenen Strafe kommen 3 Monate Untersuchungshaft in Abrechnung. —

Der Unteroffizier Essel darf sich nicht beklagen, zu streng verurtheilt worden zu sein. Gewöhnliche Soldaten erhalten oft wegen Geringfügigkeiten derartige und noch strengere Strafen.

Dieser Prozeß zeigt wieder, daß das gegenwärtige militärische System es ermöglicht, daß ein Vorgesetzter die ärgsten Unthaten an den ihm zur Ausbildung übergebenen Soldaten nicht nur ein- und zweimal verüben kann, sondern daß er sein böses Treiben lange Zeit hindurch fortzusetzen vermag. Die Schuld hieran liegt offenbar hauptsächlich an den Schwierigkeiten der Beschwerdeführung, wie sie der oben erwähnte Fall des Soldaten Becker von neuem zu illustriren scheint und durch welche die Soldaten überhaupt von vornherein abgeschreckt werden, ihr Recht zu suchen und lieber alles Ungemach forterdulden.

Immerhin ist es erfreulich, daß durch die öffentliche Gerichtsverhandlung in Würzburg diese Vorkommnisse wenigstens zur allgemeinen Kenntniß gelangen, damit die Kritik einsetzen und auf Besserung dieser Zustände dringen kann! —

Partei-Nachrichten.

Als Reichstags-Kandidat für den sächsischen Wahlkreis Kirchberg-Auerbach wurde von einer Kreisversammlung in Reichenbach i. V. einstimmig wieder der bisherige Abgeordnete, Genosse Hofmann in Chemnitz, aufgestellt.

Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen beschlossen die Parteigenossen in Nauen in der Provinz Brandenburg. Als Kandidaten wurden nominirt die Genossen Müllenstätt, Kieper und Berger.

In Elberfeld beschloß eine Parteiversammlung, von der aktiven Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen zur Zeit abzusehen, da bei dem jetzigen Wahlmodus an einen selbständigen Erfolg unserer Partei nicht zu denken ist. Bei der Stadtverordneten-Versammlung soll ein vom Sozialdemokratischen Volksverein bereits im Jahre 1894 eingereichter und damals abgelehnter Antrag aufs neue gestellt werden, worin um folgende Abänderung des Ortsstatuts ersucht wird: 1. An stelle des bisherigen zur Wahlberechtigung erforderlichen Steuersatzes von 6 M. Staats-Einkommensteuer tritt ein Einkommen von 660 bis 900 M., d. h. wer zu einem Einkommen von 660 M. und darüber eingeschätzt ist, ist, abgesehen von den sonstigen Bedingungen, zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt. 2. Zur Vollziehung der Wahlen ist die Stadt, soweit dies nach § 13 der rhein. Städte-Ordnung zulässig ist, in Wahlbezirke einzutheilen, so daß bei den regelmäßigen Ergänzungswahlen für jeden Bezirk und für jede Abtheilung ein Stadtverordneter zu wählen ist.

Einer stark besuchten Parteiversammlung in Halle a. S., die den Bericht des Parteitagsdelegirten Schade entgegennahm, lag folgende Resolution vor: „Die Versammlung erklärt, es wäre zweckmäßiger gewesen, der Hamburger Parteitag hätte das Mittag'sche Amendement abgelehnt oder nur die erste Hälfte desselben dem zweiten Punkte der Bebel'schen Resolution hinzugesetzt, aber im übrigen die Bebel'sche Resolution auch in ihrem dritten bis fünften Punkte angenommen. Nur Punkt 3b, daß in Ermangelung eigener Wahlmänner die sozialdemokratischen Wähler von vornherein für bürgerlich oppositionelle Wahmänner stimmen dürfen, wäre zu streichen gewesen."

Diese Resolution wurde gegen eine sehr erhebliche Minderheit abgelehnt, dagegen folgende angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitages einverstanden; sie betrachtet die Beschlüsse insgesammt als eine gute Vorarbeit zu den nächsten Reichstagswahlen. Die aus Anlaß des Parteitages von einigen bürgerlichen Blättern konstruirte Spaltung besteht nur in der Phantasie kapitalistischer Zeitungsschreiber, nicht aber bei dem um seine Befreiung kämpfenden Proletariat."

Weiter beschloß die Versammlung, den vor länger als einem Jahre über die Brauereien von Freyberg und Bauer verhängten Bierboykott aufzuheben, da die Brauereibesitzer den Wunsch der Arbeiterschaft — Einrichtung eines Arbeitsnachweises — erfüllt haben. Das Statut ist gemeinsam entworfen und von den Brauereien unterschriftlich anerkannt worden.

Die Abrechnung ergab, daß im vergangenen Geschäftsjahre gegen die Redakteure des „Volksblattes" an Freiheitsstrafen verhängt wurden: 2 Jahre 2 Monate und 3 Wochen Gefängniß, 56 Wochen Haft und 3338 M. Geldstrafe. Diesen Verfolgungen gegenüber ist aber zu konstatiren, daß die Abonnentenzahl ganz bedeutend stieg.

Genosse Schade wurde wieder zum Vertrauensmann gewählt.

Aus Essen wird der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" geschrieben: Es wäre ein Irrthum, zu glauben, daß die Masse der Parteigenossen die Wahlunterstützung Krupp's, dem katholisch-demokratischen Stöckel gegenüber, für richtig hielte oder daß sie auch nur damals, im Jahre 1893, aus sich heraus zu dieser Abstimmung gelangt wäre. Es waren Führer, die damals äußerten: „Wir warnen davor, Stöckel zu wählen". Den Führern wird es begreiflicherweise schwer, einzusehen und einzugestehen, daß sie sich im Widerspruch mit der Mehrzahl der Genossen befanden. Wenn man aber vor ganz Deutschland von Essen und seiner 1893er Wahl spricht, so wird es ein Gebot der Gerechtigkeit, das Gros der Parteianhänger gegen den Vorwurf zu schützen, daß ihm der damalige Verstoß zur Last fiele.

Todtenliste der Partei. In München ist am Mittwoch der in Arbeiterkreisen Bayerns weit bekannte Schneider Friedrich Fritsch anscheinend infolge einer Vergiftung gestorben. Er erkrankte am Montag Nachmittag kurz nach dem Mittagessen, das in selbstgedünstetem Kalbfleisch und in Suppe bestand, die aus einem Gasthause geholt worden war. Frau Fritsch erkrankte gleichfalls, ist aber wieder wohl, während ihr Gatte trotz sofortiger ärztlicher Hilfeleistung unter großen Schmerzen verschied. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. Fritsch, der im Alter von 50 Jahren stand, war langjähriger Vorsitzender der Münchener Filiale des Schneiderverbandes und ist seit zirka 15 Jahren ununterbrochen für die Partei thätig gewesen. Ehre seinem Andenken!

In Mannheim ist im Alter von 75 Jahren der Privatmann Gustav Heinsius, ein stiller, aber treuer Anhänger unserer Partei, nach langem Leiden gestorben. Wie die „Volksstimme" mittheilt, ist er in seiner Jugend in Göttingen von dem damals dort studirenden jetzigen Minister Miquel, mit dem er in einem Hause zusammenwohnte, für die kommunistische Idee gewonnen worden. Zur Zeit der schlimmsten Reaktion mußte er in Amerika Zuflucht suchen. Zurückgekehrt, nahm er emsig theil an den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter. Bis zum Tode ist er seinem Jugendideal treu geblieben. Die Arbeiterschaft wird sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Polizeiliches, Gerichtliches rc.

— Reichstags-Abgeordneter Georg Horn in Dresden-Löbtau hat am 26. Oktober die zehnmonatige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm als Redakteur des Glasarbeiterorgans „Der Fachgenosse" wegen Beleidigung der Glashütten-Direktoren Liebig in Dresden, Schulze in Oldenburg und Brückmann in Kreuznach vom Dresdener Gericht auferlegt worden ist. Horn, der in sehr vorgerücktem Alter steht, hatte erst im Februar dieses Jahres das Gefängniß in Zwickau verlassen, wo er gleichfalls wegen Preßvergehen 8 Monate zubringen mußte. Ein ganzes Menschenalter, schreibt die „Sächs. Arb.-Ztg.", hat Genosse Horn schon für die Sache der Arbeiter gekämpft, viel Mühsal und Beschwerden hat er erduldet und jetzt muß er als alter Mann noch so lange Gefängnißhaft auf sich nehmen. Hoffen wir, daß die Haft unserem braven Genossen nicht allzu viel Schaden an seiner Gesundheit zufügen möge.

— Wegen Beleidigung eines Steigers wurde der Redakteur des „Sächsischen Volksblatts", Genosse Goldstein in Zwickau, vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Das Streikkomitee der Korbmacher macht bekannt, daß sich das Streikbureau bei Wilke, Andreasstr. 26 (Restaurant) befindet. Die Geschäftsstunden sind von 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Auskunft ertheilt Paul Keller daselbst und Unterstützungen sind an W. Hauschild, Wrangelstr. 129, zu richten.

Die Redaktion des „Handelsangestellten" wird am 1. November von dem Genossen Wilhelm Swienty in Berlin übernommen.

Ein Nachtrag zum Formerstreik. Aus den Kreisen der Gießerei-Hilfsarbeiter geht uns folgende Zuschrift zu: Als die Former der Firma Ludwig Löwe die Arbeit einstellten, weil ihnen die Anfertigung Borsig'schen Gusses zugemuthet wurde, trat für den Vorsteher Herrn Leyde die Frage heran, wie die Hilfsarbeiter weiter beschäftigt werden können. Anfänglich wurde den Arbeitern in Aussicht gestellt, während des Streiks in dem Neubau der Firma in Martinikenfelde in Arbeit zu treten, um dann nach Beendigung des Streiks wieder in der Fabrik Aufnahme zu finden. Jedoch aus dieser Absicht wurde nichts und die Arbeiter erhielten am andern Tag ihre Entlassung mit der Versicherung, daß sie nach dem Streik wieder angenommen würden. Im Vertrauen auf dieses Versprechen hofften deshalb die Arbeiter auf eine Einstellung und mußten nun leider erfahren, daß 5 Former und 5 Hilfsarbeiter mit ihrem Gesuch abgewiesen wurden und an ihrer Stelle andere Arbeiter eintraten. Herr Leyde, an sein Versprechen erinnert, entgegnete: „Ich hätte Euch alle wieder eingestellt, aber Ihr seid ja organisirt und habt Unterstützung bekommen." So sind die Arbeiter, die seit Jahren in der Fabrik beschäftigt waren, nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemaßregelt. Um so nachtheiliger aber wirkt für sie diese Maßnahme, weil auf ihrem Entlassungsschein das Datum des Austritts aus dem Arbeitsverhältniß verzeichnet ist und somit die Erlangung anderer Beschäftigung sehr erschwert wird. Keine andere Fabrik hat in gleich ungerechtfertigter Weise die Arbeiter zurückgewiesen und gebührt der Firma Löwe der zweifelhafte Ruhm, am wenigsten rücksichtsvoll ihre Arbeiter behandelt zu haben.

Die Kupferschmiede und Hilfsarbeiter der Firma Lenz, Spandauerstr. 36, haben die Arbeit eingestellt, weil ihnen von der Firma zugemuthet wurde, von einem bestimmten Restaurateur ihren Bedarf zu beziehen.

Einen Arbeiterorden empfiehlt in der „Sozialen Praxis" Herr Fritz Kalle, ein Fabrikant, der bekannt ist durch seine erfolglosen Bestrebungen, zwischen Unternehmern und Arbeitern ein patriarchalisches Verhältniß herzustellen. Der Orden soll denjenigen Arbeitern zu theil werden, die 25 bezw. 30 Jahre bei ein und demselben Unternehmer aushalten. Der Vorschlag bewegt sich ganz in dem Ideenkreis eitler Geheimräthe und solcher, die es werden wollen. Arbeiter legen solchem Firlefanz keine Bedeutung bei, wissen sie doch, daß sie nach langer Arbeitslast sehr oft aus dem Arbeiterstamm der Fabrik als nicht mehr leistungsfähig ausgemerzt werden. Da ist der Orden ein schlechter Trost.

Deutsches Reich.

Der Tischlerstreik in Lübeck ist nach einem Beschluß der Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes für beendet erklärt.

In Rostock befinden sich bei der Firma A. Schraep die Granitschleifer im Ausstand und dürfte sich der Streik auch auf die übrigen Arbeiter ausdehnen. Wie uns mitgetheilt wird, verlangte der Arbeitgeber, daß die Arbeiter künftig den Schmirgel zum Schleifen selbst kaufen, und konnte hierüber zwischen beiden Theilen keine Einigung erzielt werden.

Ausländische Agitatoren scheinen für unsere Polizeibehörde ganz besonders gefährliche Leute zu sein, die sich einer ganz besonderen Aufmerksamkeit erfreuen. So wurde dem Einberufer einer Gewerkschaftsversammlung in Magdeburg von der Polizeibehörde mitgetheilt, daß ausländische Agitatoren in der Versammlung nicht geduldet werden und wo solche Agitatoren auftreten, sie die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährden. O jeh! Das sind ja ganz schwere Verbrecher!

Aus Schlesien. Die österreichischen Weber Johann Rother und Karl Kohlmann hatten in Volkenhain für die dortige Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes agitirt. Eine solche Agitation wird im heiligen deutschen Reiche immer „mißliebig" bemerkt und deshalb wurden die beiden Genannten ausgewiesen.

In Scharmbeck (Prov. Hannover) steht ein größerer Ausstand der Zigarrenarbeiter bevor. Die Arbeiter haben bisher vergeblich versucht, auf gütlichem Wege eine Lohnerhöhung durchzusetzen, und ist nunmehr in der Fabrik von Gebr. Roelecke der Ausstand ausgebrochen. Die Arbeiter der anderen Firmen wollen gleichfalls die Arbeit einstellen, wenn ihre Forderungen nicht bis Dienstag bewilligt werden sollten.

Der Streik in der großen Jutespinnerei in Schiffbek bei Hamburg ist am Mittwoch Abend beendet. Der Arbeiterausschuß hatte sich, wie schon kurz telegraphisch gemeldet, am Mittwoch Nachmittag nach dem Komptoir begeben, um mit den vier Direktoren zu unterhandeln. Die Direktion gestand eine Lohnerhöhung von 5 pCt., Bezahlung der gefeierten beiden Tage und für die Zukunft Lieferung besseren Arbeitsmaterials zu. Die Arbeiter hatten erst 20, dann 10 pCt. Lohnerhöhung gefordert. Erst nach sehr langer und sehr heftiger Debatte in einer zum Mittwoch Abend schnell einberufenen Versammlung entschlossen sich die Streikenden zum Nachgeben. Ein Hauptgrund der Nachgiebigkeit war der, daß ziemlich die Hälfte der Ausständigen in der Fabrik gehörigen Arbeiterwohnungen wohnen und allen diesen auf über 8 Tage gekündigt war, wie das im Miethskontrakt wohlweislich vorgesehen war. Es zeigt sich hier einmal wieder so recht, welchen Werth die von den Unternehmern erbauten Arbeiterwohnungen haben.

Die Lohnbewegung der Stettiner Bauarbeiter hat den erfreulichen Erfolg zu verzeichnen, daß nunmehr 29 Unternehmer auf 32 Bauten die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Ausständig sind nur noch 11 Mann.

Einen Strafbefehl in Höhe von 25 M. hat die Magdeburger Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Bernstein verfügt. Angeblich soll Bernstein während des Streiks der Harmonika-Arbeiter Versammlungen einberufen haben, die er polizeilich nicht anmeldete. Auf Veranlassung der Amtsanwaltschaft wurde Sonnabend Nachmittag beim Harmonika-Arbeiter Zimmer in Diesdorf gehausucht. Was gesucht wurde, ist unbekannt. Gefunden und mitgenommen wurde nichts.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wie wir neulich schon mittheilten, hat die Hamburger Staatsanwaltschaft einen neuen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter unternommen. Sie hatte einen Küper angeklagt aus § 153 der Gewerbe-Ordnung, weil derselbe zu einem unorganisirten Küpergesellen, der in einem Betriebe, in dem bisher nur organisirte Gesellen — 50 an der Zahl — gearbeitet hatten, in Beschäftigung trat, gesagt haben sollte, wenn er nicht in den Verband einträte, so müsse entweder er die Arbeit wieder niederlegen oder sämmtliche anderen Küper legten die Arbeit nieder, worauf der unorganisirte Küper von dem Betriebsleiter wieder entlassen war. Da der Verband der Küper wie alle Gewerkschaften in seinem Statut ausspricht, daß der Verband die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckt, und die Staatsanwaltschaft in der Aeußerung des organisirten zu dem unorganisirten Küper eine Drohung erblickt, so ist für sie ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung fertig. Leider kam das Gericht nicht zu einer prinzipiellen Entscheidung über diese neue Idee behördlicher Kämpen gegen die winzigen Reste des Koalitionsrechts, die die bisherige Gerichtspraxis gelassen, denn aus rein thatsächlichen Gründen erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, indem erwiesen wurde, daß der angeblich Unorganisirte schon einen Tag, bevor er in die fragliche Arbeit trat, aus Utilitätsrücksichten Mitglied der Organisation geworden war.

Ausland.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer meldet „Daily Chronicle" vom Mittwoch, daß beide Parteien ihre Beschlüsse zu den Vorschlägen des Handelsamts bereits gefaßt hätten, daß sie es aber ablehnten, sie zu veröffentlichen, bevor sie in die Hände des Herrn Ritchie gelangt sind. Gerüchtweise verlautet, daß die Unternehmer die Bedingung gestellt hätten, dritten Personen oder Parteien zu den Verhandlungen keinen Zutritt zu gestatten.

Unter den Summen, die gestern in der Höhe von insgesammt 600 Pfd. Sterl. im Bureau der Arbeiter einliefen, befanden sich 150 Pfd. Sterl. von dem Parlamentsmitgliede Logan, der ausdrücklich erklärt, daß er dies und die weiteren 10 Pfd. Sterl., die er regelmäßig wöchentlich zu geben sich verpflichtet, hauptsächlich aus dem Grunde beisteuere, weil die Unternehmer sich geweigert hätten, zu unterhandeln.

Luzern. Die Nachricht bürgerlicher Blätter, der Maurerstreik in Luzern sei beendet, ist unrichtig. Die Unternehmer lassen eine schwarze Liste zirkuliren, auf der 250 Streikende verzeichnet sind. Außerdem hat man den Advokat Albisser und Malermeister End als „Rädelsführer" gleichfalls dem Schriftstück anvertraut. Das liberale „Luzerner Tageblatt" ist ganz aus dem Häuschen und verlangt die Verhaftung der „Rädelsführer".

In Triest haben sämmtliche Magazinarbeiter und Lastträger der Spediteure die Arbeit eingestellt, sie verlangen eine 30prozentige Lohnerhöhung, eine Kürzung der Arbeitszeit und andere Zugeständnisse. Diese Forderungen wurden von den Speditionsfirmen abgelehnt; infolge dessen verharren die Arbeiter im Ausstande, sodaß die Güterbeförderung auf der Eisenbahn sowie zu Schiff größtentheils eingestellt werden mußte.

Die Lohnbewegung der Kohlengräber von Carvin (Pas-de-Calais-Departement) scheint friedlich beigelegt werden zu sollen. Basly, der Bergarbeiter-Abgeordnete von Lens, hat mit Boudenoot, dem Vorsitzenden der Grubengesellschaft, der zugleich Deputirter ist, ein Abkommen getroffen, wonach für die schwierigsten Arbeiten eine Lohnerhöhung zugestanden werden soll. Die Forderungen auf Lohnerhöhung sind durch das Steigen der Kohlenpreise veranlaßt worden. Die Leiter der Kohlengräbergewerkschaft haben indeß von Anfang an den Arbeitern vom Streik abgerathen.

Französische Streiks im September. Dem französischen Arbeitsamt wurden im September 34 Streiks mit 4113 Theilnehmern (für 29 Fälle) gemeldet gegenüber 26 Streiks mit 2244 Theilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der September-Streiks in den letzten vier Jahren beträgt 26. Von den 34 Streiks betrafen nur 8 mehr als ein Unternehmen. Der bedeutendste Streik ist derjenige der Schieferbruch-Arbeiter von Trélozé (Depart. Maine-et-Loire), begonnen am 28. September von 1000 Arbeitern um die Forderungen einer Lohnerhöhung und die Entlassung eines Werkführers. Die Schieferbruch-Gesellschaft verhängte darauf am 2. Oktober die Sperre auf allen Werken wegen angeblicher „Verletzungen der Arbeitsfreiheit". Dadurch stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 2400. Der Kampf dauert aber bis heute (25. Oktober) unverändert fort, nachdem die Gesellschaft jeden Vermittlungsversuch abgelehnt hat.

Dauer der Streiks: von den 27 beendeten Streiks dauerten vier von 10 bis 19 Tagen, sechs von 5 bis 8 Tagen, zwölf von 2 bis 4 Tagen und fünf 1 Tag oder weniger. Ausgang der 27 beendeten Streiks: 4 Erfolge (unerhebliche Forderungen), 14 Ausgleiche und 9 Mißerfolge. An den Erfolgen waren betheiligt 111 Arbeiter (in 2 Konflikten, die Theilnehmerzahl der übrigen 2 erfolgreichen Streiks ist unbekannt), an den Ausgleichen 1494 (für 13 Konflikte), an den Mißerfolgen 636 (für 8 Konflikte).

Unternehmer-Verbände.

Der Verband der Salpeter-Produzenten scheint vor einer Auflösung zu stehen. Den äußeren Grund für den Zusammenbruch der Konvention bot der Beginn der Erzeugung seitens des neuen Salpeterwerkes Salar del Carmen am 15. d. M. Das Syndikat, welches dieses Werk betreibt, hatte sich zwar erboten, der Kombination beizutreten, aber nur unter der Bedingung, daß dies nicht auf grund der Vorschrift der Konvention geschehe, wonach jeder Produzent sich einer dreimonatlichen Versuchszeit zu unterwerfen hat, innerhalb welcher seine Maximalproduktion festgestellt wird, um danach die ihm zuzubilligende Produktionsquote auszurechnen. Der wahre Grund der Auflösung aber ist, wie der „B. B. Ztg." berichtet wird, daß die Erkenntniß allseitig aufgetaucht ist, der Verband habe seinen Zweck völlig verfehlt und eben gerade wegen jener Versuchszeit-Klausel. Die Art der Feststellung der Produktionsfähigkeit hat nämlich dazu geführt, daß die Werke während jener Versuchszeit mit verdoppelter Maschinenkraft arbeiteten, nur um eine möglichst hohe Quote zugebilligt zu erhalten. Die Folge war, daß von einer wirklichen Einschränkung der Produktion gar nicht die Rede war, und daß viele Produzenten sich von anderen Mitgliedern des Verbandes übervortheilt hielten. Die beste Abhilfe der jetzigen traurigen Geschäftslage scheint somit darin zu liegen, daß die Werke, welche nicht besonders günstig situirt sind, um zu jetzigen Preisen noch mit Nutzen arbeiten zu können, den Betrieb bis auf bessere Zeiten einstellen. Dies ist in einer Reihe von Fällen bereits geschehen; die Produktion im September zeigt einen weiteren Rückgang auf etwas über 80 000 Tonnen, sodaß sie für die letzten 6 Monate nur 660 000 Tonnen umfaßte gegen etwa 700 000 Tonnen in der nämlichen Zeit des Vorjahres.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 28. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bei den heutigen Gewerbegerichtswahlen wurden die Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in allen Bezirken fast einstimmig gewählt.

Die Germaniawerft Krupp hat heute den Auftrag zum Bau eines Panzerschiffes „Ersatz König Wilhelm" erhalten.

Hamburg, 28. Oktober. (W. T. B.) Wie die „Hamburgische Börsenhalle" meldet, sei zwischen der „Hamburg-Amerika-Linie" und der „Grand Trunk Railway" ein Vertrag abgeschlossen, nach dem die „Hamburg-Amerika-Linie" einen regelmäßigen monatlichen Dienst zwischen Hamburg und Portland (Maine) eröffnen wird. Für die neue Verbindung seien einige große Dampfer der A-Klasse ausersehen.

Triest, 28. Oktober. (W. T. B.) Der Dampfer des Oesterreichischen Lloyd „Najade" fuhr gestern Abend bei stürmischem Wetter bei der Insel Brazza auf. Passagiere und Post wurden ausgeschifft. Ein Dampfer ist zur Bergung abgegangen.

Florenz, 28. Oktober. („Voss. Ztg.") Gestern wurde nach 10tägiger Verhandlung der sehr reiche Erzpriester Delcampo zu 6½ Jahren Zwangsarbeit verurtheilt, weil er mit Hilfe eines Bauern, der hierfür 10 Jahre erhielt, einen früher bei ihm beschäftigten, später entlassenen Feldpächter durch einen Steinschlag auf den Kopf ermordet hatte. Der Erzpriester nahm die Urtheilsverkündigung gleichgiltig entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: Ananst Zacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Arbeiter! Handwerker! Parteigenossen!

Am 8. November

finden im 3., 8., 10., 12., 14., 19., 21., 25., 26., 28., 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirk in der dritten Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt.

Parteigenossen! Es ist nicht nur unsere Aufgabe, die sozialdemokratischen Sitze wieder zu erobern, wir müssen auch neue Mandate dazu gewinnen. Die dritte Abtheilung, die Abtheilung der Arbeiter und der wirthschaftlich Schwachen, gehört der Sozialdemokratie. Mögen die Mandate der ersten und zweiten Abtheilung den Geldsacksinteressen geopfert werden, wir können es bei dem herrschenden Wahlsystem nicht hindern. Aber die Hunderttausende, deren Arbeit erst den Wohlstand und den Reichthum der privilegirten Wähler schafft, haben die Pflicht dafür zu sorgen, daß auch ihre Ansichten im Rothen Hause zur Geltung kommen.

Parteigenossen! Heut herrscht im Rathhaus die freisinnige Bourgeoisie, die erbitterte Feindin der sozialdemokratisch organisirten Arbeiterklasse. Sorgt dafür, daß der sozialistische Gedanke mehr noch wie bisher die Verhandlungen des Stadtparlaments durchdringt, indem Ihr alles aufbietet, die Mandate der dritten Abtheilung für die Sozialdemokratie zu erobern.

Vorwärts zur Agitation! Vorwärts zum Kampf!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 28. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Zur Verhandlung stehen zunächst einige Berichte des Petitionsausschusses.

Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen hat schon im Frühjahr um Bewilligung eines Beitrags für diesen Zweck bei der Versammlung petitionirt. Der Ausschuß hat am 15. Juni cr. beschlossen, in die materielle Verhandlung der Petition nicht einzutreten, weil die Petition auch an den Magistrat gerichtet, von diesem aber ein Bescheid noch nicht ergangen, mithin der Instanzenzug noch nicht erschöpft sei. In der Sitzung vom 24. Juni wurde von den Stadtv. Singer und Genossen Berichterstattung beantragt. Die Petition gelangte an den Ausschuß zurück; dieser hat aber am 19. Oktober einfach seinen früheren Beschluß wiederholt, den heute Stadtv. Reichnow als Berichterstatter unter Berufung auf die Geschäftsordnung zu begründen versucht.

Zur heutigen Verhandlung haben die Stadtverordneten Ladewig und Genossen folgenden dringlichen Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über die Errichtung eines Denkmals für die am 18. März 1848 Gefallenen zu berathen."

Da Stadtv. Fähndrich der Dringlichkeit widerspricht, „indem die Sache doch nicht solche Eile habe," kann dieser Antrag heute nicht zur Erörterung gelangen.

Stadtv. Perls: Ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne festzustellen, daß die Haltung des Magistrats in dieser Angelegenheit in weiten Kreisen der Bürgerschaft lebhafte Mißstimmung hervorgerufen hat. (Vorsteher Dr. Langerhans unterbricht den Redner mit dem Hinweis darauf, daß jetzt nicht der Ort sei, darüber zu sprechen, weil der Ausschuß lediglich formale Gründe für seine Stellungnahme geltend mache, auf die Sache selbst also frühestens bei der Verhandlung des Antrags Ladewig in der nächsten Sitzung eingegangen werden könne.) Redner bricht darauf seine Ausführungen ab.

Stadtv. Singer: Das Komitee hat seine Petition zugleich an den Magistrat und an uns gerichtet. Weshalb nun wir erst verhandeln sollen, nachdem der Magistrat sich schlüssig gemacht hat, ist mir unklar. Ein solches Verfahren und eine solche Auslegung der Geschäftsordnung würde das hochwichtige Petitionsrecht der Bürgerschaft schwer beeinträchtigen. Auf diesem Wege könnte ja der Magistrat die Versammlung gänzlich lahmlegen und jede Aeußerung verhindern, wenn er auf die an ihn gelangte Petition überhaupt nicht antwortet. Eine solche Subordinirung der Versammlung unter den Magistrat wird durch die Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht gerechtfertigt. Materiell können wir heute allerdings nicht verhandeln, nachdem wunderbarerweise gegen die Dringlichkeit des Antrages Ladewig Widerspruch erhoben ist. Wir erheben aber Widerspruch gegen die hier beliebte Auslegung der Geschäftsordnung und behalten uns entsprechende Abänderungsanträge vor.

Vorsteher Langerhans hält die angefochtene Bestimmung der Geschäftsordnung im Namen der Oeffentlichkeit und im Namen der Freiheit für höchst zweckmäßig. Sollte wirklich eine Sache vom Magistrat hingezögert werden, so habe die Versammlung das Recht, daran zu erinnern. Uebrigens sei ja aus der Einbringung des Antrags Ladewig zu ersehen, wie leicht sich solche Bestimmungen umgehen lassen; in der nächsten Sitzung werde dieser Antrag zur sachlichen Verhandlung kommen.

Stadtv. Sachs II. Unser Vorsteher wird den Stadtv. Singer wohl nicht überzeugt haben, und doch hat der Ausschuß mit seiner Stellungnahme ganz recht. Der Magistrat hat die Exekutive und wir können nicht eher uns mit einer Sache beschäftigen, als wir wissen, welche Stellung er dazu einnimmt; der Instanzenzug ist noch nicht erschöpft. Dem Petitionsrecht der Bürgerschaft wird dadurch nicht Abbruch gethan. Von dem Standpunkt, auf jeden Fall in eine materielle Berathung einzutreten, kann man nicht dazu kommen, die Geschäftsordnung zu ignoriren.

Stadtv. Singer: Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß ich in die materielle Frage nicht eintrete; der Vorredner unterlegt mir also eine Absicht, die ich nicht habe. Der eigentliche Differenzpunkt ist, daß der Ausschuß nicht berechtigt sein darf, jede Besprechung einer Petition zu verhindern, die gleichzeitig auch an den Magistrat gerichtet ist. Es ist und bleibt eine Beeinträchtigung des Petitionsrechtes der Bürgerschaft und unserer Befugnisse, wenn, wie in diesem Falle, ein formeller Vorbehalt zu einer solchen Hinauszögerung der Angelegenheit die Handhabe bieten muß.

Stadtv. Wohlgemuth: Um die Besprechung zu ermöglichen, haben wir unsererseits den Antrag eingebracht, dessen Verhandlung nun durch den Widerspruch des Herrn Fähndrich vereitelt worden ist.

Stadtv. Gerstenberg verweist darauf, daß die Versammlung in diesen Dingen die höhere Instanz ist und das letzte Wort zu sprechen hat.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

Ueber die Petition der Vereinigung von Zeichenlehrern an den höheren Lehranstalten Berlins um Erhöhung ihres pensionsfähigen Gehalts, sowie über mehrere Petitionen wegen Ermäßigung bezw. Rückzahlung von Steuern und Gewährung von Unterstützungen ist der Ausschuß zur Tagesordnung übergegangen. Dagegen sollen dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden:

1. die Petitionen wegen Asphaltirung der Wichmannstraße von der Burggrafenstraße bis zum Kurfürstendamm,

2. die Petition des freisinnigen Bezirksvereins der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt um baldige Planirung des Helmholtzplatzes aus den Ueberschüssen des vorigen Etatsjahres, und um Einstellung einer Summe in den nächstjährigen Etat zwecks Umwandlung dieses Platzes in einen Spiel- und Schmuckplatz.

Die Versammlung beschließt ohne erhebliche Debatte nach den Ausschußvorschlägen.

Die Versammlung nimmt zur Kenntniß, daß der König der Stadtgemeinde Berlin zur Annahme des von Professor Schauer geschenkten Gemäldes „Tullia überfährt den Leichnam ihres Vaters" die Genehmigung ertheilt hat.

Für den Neubau der Potsdamer Brücke soll à conto der auf 900 000 M. veranschlagten Kosten außer den bereits bewilligten 300 000 M. angesichts der beschleunigten Ausführung in diesem Jahre noch eine dritte Rate von 150 000 M. aus der Brückenbau-Anleihe zur Verfügung gestellt werden.

Ohne Diskussion wird demgemäß beschlossen.

Als dringliche Vorlage hat der Magistrat an die Versammlung den Antrag gelangen lassen, den Ausgabetitel von 100 000 M. im Etat der Gaswerke „für Ersatz gewöhnlicher Brenner der öffentlichen Straßenbeleuchtung durch Gasglühlicht-Brenner" um 52 500 M. zu überschreiten, um außer den bereits umgeänderten ca. 4300 Flammen noch weitere 3479 sofort in Angriff nehmen zu können. Motivirt wird die Forderung, wie bekannt, mit der durch die Reform erzielten sehr beträchtlichen Gasersparniß.

Der Magistratsantrag gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Schluß 6¼ Uhr.

Lokales.

Die Adressen der Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei in Berlin sind:

1. Wahlkreis.
Chr. Bohn, Friedrichstr. 19, Hof links 3 Tr. bei Reide.
Benno Stabernack, Inselstr. 10.

2. Wahlkreis.
Werner, Bülowstr. 59.
Herm. Grashagen, Belle-Allianceстr. 85.

3. Wahlkreis.
St. Frih, Oranienstr. 157, 4 Tr.

4. Wahlkreis.
Südosten: Wilh. Erbe, Cuvrystr. 25.
„ Voigt, Naunynstr. 3.
Osten: Rob. Wengels, Fruchtstr. 30, Quergeb. 2 Tr.
„ Frz. Thielke, Pallisadenstr. 52.

5. Wahlkreis.
Jakob Renl, Barnimstr. 42.
Rob. Richter, Neue Königstr. 90.

6. Wahlkreis.
Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: E. Helbig, Usedomstr. 9.
Schönhauser Vorstadt: Nich. Rose, Anklamerstraße 41.
Wedding und Oranienburger Vorstadt: Eugen Ernst, Ackerstr. 33.
Moabit: H. Gräschke, Bremerstr. 50.

An die proletarischen Frauen und Mädchen Berlins! Ein Theil der Stadtverordneten wird binnen kurzem neu gewählt werden. Jede Arbeiterin und Arbeiterfrau hat das lebhafteste Interesse daran, was für Leute gewählt werden; handelt es sich doch um viele wichtige Lebensfragen, über die die Stadtverordneten zu berathen und zu beschließen haben. Da ist hervorzuheben die Bezahlung der städtischen Arbeiter und deren Sicherstellung im Alter; es sind Eure Brüder, Eure Männer, die Väter Eurer geliebten Kinder, über deren Lebenslage, die auch die Eurige ist, die Stadtverordneten bestimmen.

Ebenfalls hängt das Gedeihen und die Schulbildung Eurer Kinder sehr viel von der Gesinnung der Stadtverordneten ab.

Soll es fernerhin noch angängig sein, daß das Geld im Stadtsäckel knapp ist, sobald es sich in der Schule um Proletarierkinder handelt, für das Kind des Bourgois aber viel freigebiger gesorgt wird? Für jeden Gemeindeschüler werden jährlich nur 59 M. verwendet, während auf einen „höheren Schüler" 129 M. kommen! Schulärzte werden nicht angestellt, weil die Herren dies einzig „aus Furcht vor dem Sozialismus" nicht wollen. Frühstück den hungernden Kindern zu verabreichen, geht gleichfalls nicht an, denn einen Nothstand giebt es nicht; es ist nach dem Stadtverordneten Baumbach ja oft nur die Faulheit und Bequemlichkeit der Mütter daran schuld, wenn die Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen. Nun, manche arme Mutter, die diese Worte in den Berichten las, wird empört gewesen sein über solche Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse.

Darum, Ihr Proletarierinnen, ist es Eure unabweisliche Pflicht, Euch für die Stadtverordneten-Wahlen zu interessiren; zwar habt Ihr auch hier kein Recht zu wählen oder gewählt zu werden, aber Ihr könnt Euren Einfluß ausüben auf Eure Männer und Eure Brüder, damit diese insgesammt zur Wahl gehen und Vertreter wählen, die wirklich das Wohl des Volkes fördern werden.

Um Euch im weiteren die Wichtigkeit der Verhandlungen im Rathhause klar zu machen, wird von der Vertrauensperson der Frauen zum Montag den 1. November eine Volksversammlung nach Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, einberufen. Genosse Stadtverordneter Paul Singer wird über: „Die Schulverhältnisse und die Kinderausbeutung vor der Stadtverordneten-Versammlung" sprechen. Zeigt Euer Interesse dadurch, daß Ihr in dieser Versammlung sehr zahlreich erscheint.

Die Vertrauensperson.

Die Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag, den 31. Oktober, für die IV. Abtheilung die letzte Vorstellung von A. Fitger's Trauerspiel „Die Hexe" unter Mitwirkung des Frl. Serafine Detschy, Frl. Emma Thouret und Herrn Oeser vom Deutschen Theater als Gast. Die Vorstellung beginnt Umstände halber erst um 4 Uhr. Da die IV. Abtheilung von nicht gefüllt ist, können diejenigen Mitglieder, welche die Vorstellung noch einmal sehen wollen, sich in Rubrik VII ihrer Mitgliedskarte eine Marke einkleben lassen. Mitglieder können nur noch zur IV. Abtheilung aufgenommen werden, da die ersten drei Abtheilungen geschlossen sind.

Das Repertoire für November bringt für die I. Abtheilung am 7., II. am 14., III. am 21., IV. am 28. im Friedrich Wilhelmstädischen Theater nachmittags 3 Uhr ein einaktiges Bild aus dem Handwerkerleben von Ernst Preczang: „Sein Jubiläum" und von Joseph Rüderer, der den Lesern des „Vorwärts" noch aus einem feuilletonistischen Werk bekannt sein dürfte: „Die Fahnenweihe", eine Komödie in drei Akten. Die Vorstellungen im Lessing-Theater finden im Januar, März und ev. Mai statt.

Dringend bittet der Vorstand, zu den Vorstellungen rechtzeitig zu erscheinen, um unliebsame Störungen zu vermeiden. Desgleichen ist es nicht mehr statthaft, die Vorstellung einer anderen Abtheilung als der, welcher das betreffende Mitglied angehört, zu besuchen.

Billets für das am 27. November stattfindende Winterfest in der Brauerei Friedrichshain sind vom Mittwoch, den 3. November, ab in allen Zahlstellen à 30 Pf. zu haben. (Siehe heutiges Inserat.)

Der Vorstand: J. A. G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen die Theilnehmer am Unterrichtsfach „Rechtskunde" darauf aufmerksam, daß der Unterricht am heutigen Abend ausfällt, da der Herr Rechtsanwalt Heine verhindert ist. Nächste Unterrichtsstunden Freitag, den 5. November, abends 9 Uhr.

Der Vorstand.

Kochschule und Volksernährung. In der Nahrungsmittel-Ausstellung haben zwei Vereinigungen ihre Erzeugnisse ausgestellt; es sind der Lette-Verein und der Berliner Hausfrauen-Verein. Man kann nun eben nicht sagen, daß beide Vereine für die Volksernährung in Frage kommen, denn was wir in der Ausstellung von ihnen zu sehen bekommen, kann die Arbeiter nur insofern interessiren, als sie erfahren, welche Leckerbissen in der bürgerlichen Küche zubereitet werden. Das Programm der beiden Vereine ist lediglich ein solches für „höhere Töchter" und „perfekte" Köchinnen. Außer der feineren Küche wird ihnen zwar auch die sogenannte einfache Küche gelehrt; was aber diese einfache Küche bedeutet, weiß jeder Eingeweihte. In den Kochbüchern und Hausfrauen-Zeitungen findet sie ein jeder und er kann sich leicht ausrechnen, daß zu dieser „einfachen" Küche ein Einkommen von 300—400 Mark monatlich gehört. Das Haupt-Augenmerk wird in deutsch-kleinbürgerlicher Weise auf die niedliche Zubereitung gelegt, während die Errungenschaften der Nahrungsmittel-Chemie in dieser Art von Vereinen und ihren Organen noch sehr wenig beachtet werden. Man ist noch viel zu sehr auf die kraftlose, unmoderne „Gemüthlichkeit" bedacht, die dort, wo es sich um wirthschaftlich wichtige Dinge handelt, doch erst in zweiter Linie kommen darf, wenn sie überhaupt ihren Zweck erfüllen soll.

Vergebens sieht man sich auf der Ausstellung, die „für Volksernährung" betitelt ist, nach irgend welchen Bestrebungen um, die für die Arbeiterfamilie berechnet sind. Wohl ist manches für Massenernährung ausgestellt, aber für die kleine Küche ist so gut wie gar nichts berechnet. Auf diesem Gebiete hätte gerade die Ausstellung manches nützliche popularisiren können. Nur mit zu großer Deutlichkeit zeigt sich jedoch, daß man keine Mühe aufwendet, wenn nicht ein nennenswerther Profit winkt. So wundert man sich denn auch nicht weiter groß, nicht den geringsten Ansatz von Schulen zu finden, in denen Arbeiterinnen das lernen könnten, was sie als Familienmütter in Küchendingen wissen müßten. Keiner wird von einer jungen Arbeiterin verlangen können, daß sie, die von der Schule gleich in die Fabrik oder in das Geschäft kam, mit dem Haushalt Bescheid wisse. Im lieben deutschen Vaterlande, dessen Schulen von vielen Seiten so hoch gepriesen werden, ist man mit praktischen Dingen recht ängstlich und zurückhaltend. Seit mehreren Jahrzehnten überläßt man den nordischen und westeuropäischen Staaten den Vortritt im Schulwesen. So hört man mit Erstaunen, daß im Auslande viele Kochschulen für Arbeiterinnen mit großem Erfolge thätig sind, in denen nicht nur auf die Schmackhaftigkeit, sondern auch auf den Nährwerth der Speisen und deren Zubereitung Gewicht gelegt wird. Vor mehreren Jahren wurde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet allerdings einmal ein Arbeiterinnen-Kochbuch herausgegeben. Die Rezepte, die in dem unentgeltlich vertheilten Buche angegeben waren, wiesen jedoch eine derartige Würze von geistlichen Ermahnungen und feudalistisch-rückständigen Rathschlägen auf, daß die Arbeiterschaft die Kochbücher mit Hohngelächter ablehnte. Auch war gar zu genau zu merken, daß den Arbeiterinnen vorgerechnet werden sollte, daß ihre Männer viel zu viel verdienen und daß sie, wenn sie nach dem Kochbuch kochen würden, sparen könnten oder eigentlich für einen billigeren Lohn arbeiten müßten. Die frömmelnde Zuspeise zu dem Kochbuch und die durchaus nicht auf die Nahrhaftigkeit berechneten Kochrezepte verriethen jedenfalls sofort die Absicht — und die Absicht verstimmte.

Würden Kochbücher für die Arbeiterküche herausgegeben werden, ohne Hintergedanken und mit möglichst volksthümlich-wissenschaft-

lichem Inhalte, sie würden sicher ernsthaft genommen werden und solchen Erfolg haben, wie Arbeiterinnen-Kochschulen, die nur den Zweck haben, den Mädchen und Frauen, die Nahrungssorgen halber nie in der Wirthschaft thätig sein konnten, eine brauchbare Anleitung in der Speisenbereitung zu geben.

Freilich, das Ausbeuteridoal, mit Kochschulen und Kochbüchern die Arbeiter zufrieden zu machen und die soziale Frage zu lösen, läßt sich nicht erreichen.

Invaliditäts- und Altersversicherung. Die vom Berliner Magistrat — als der unteren Verwaltungsbehörde im Sinne des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes — schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes eingerichtete besondere Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherungs-Sachen hat im Jahre 1896/97 eine ungewöhnlich starke Vermehrung ihrer Geschäfte gehabt. Diese zeigte sich besonders bei den Anträgen auf Gewährung von Invalidenrente, die von 1494 im Vorjahre auf 1774 im Berichtsjahr stiegen. Die Zahl der Invalidenrenten-Anträge hat überhaupt von Jahr zu Jahr bedeutend zugenommen — sie war in den letzten sechs Jahren 252, 522, 880, 1436, 1494, 1774 - , doch lassen sich, da inzwischen wiederholt eine Ausdehnung der Versicherungspflicht stattgefunden hat, keine sicheren Schlüsse daran knüpfen. Von den im Jahre 1896/97 (bezw. 1895/96) eingegangenen 1774 (1494) Anträgen wurden 191 (120) zurückgezogen oder anders erledigt und 1072 (960) als begründet, 448 (429) als unbegründet an die zuständigen Versicherungsanstalten weitergegeben, davon 1378 (1201) an die Anstalt Berlin, 112 (102) an Brandenburg, der Rest (abgesehen von der noch unerledigten) an andere Anstalten. Von 1085 (983) Anträgen, die nach den bisher eingegangenen Meldungen bereits entschieden wurden, wurden 823 (739) bewilligt, 262 (194) abgelehnt. Die Zahl der Anträge auf Gewährung von Altersrente ist seit einigen Jahren etwa gleich geblieben; sie war in den letzten 6 Jahren: 948, 585, 532, 640, 471, 479. Von den im Jahre 1896/97 (bezw. 1895/96) eingegangenen 479 (471) Anträgen wurden 34 (35) zurückgezogen oder anders erledigt und 325 (331) als begründet, 110 (103) als unbegründet weitergegeben, davon 407 (405) an die Anstalt Berlin, 21 (23) an Brandenburg u. s. w. Von 328 (349) bereits entschiedenen Anträgen wurden 279 (312) bewilligt, 49 (37) abgelehnt. Von Streitigkeiten sind 679 (439) eingegangen. Es handelte sich in 415 Fällen um Beitragsmarken, in 264 um Versicherungspflicht; 242 dieser Streitfälle waren durch die von der Anstalt Berlin veranlaßte Kontrolle angeregt worden. (Im Vorjahr-Bericht fehlen Angaben hierüber.) Auf Antrag der Anstalt Berlin wurden 3 (im Vorjahr 5) Arbeitgeber, die sich weigerten, den Kontrollbeamten die verlangten Angaben zu machen, durch Geldstrafen dazu angehalten. Der Armendirektion, die bekanntlich für geleistete Unterstützungen ihre Ansprüche bei den Versicherungsanstalten anmeldet, wurde auf ihren Wunsch von der Abgabe der Rentenanträge an die zuständigen Anstalten und von der Bewilligung der Renten Mittheilung gemacht. (Nach dem letzten Jahresbericht der Anstalt Berlin wurden der Armendirektion im Jahre 1895 13 577 Mark überwiesen.)

Auch eine Folge der Verfrommungs-Verordnung. Ganz aus dem Häuschen ist die biedere „Staatsbürger-Zeitung" ob eines Flugblattes, das in letzter Stunde von der freisinnigen Partei zur Reichstagswahl in der Westprignitz erlassen worden ist. Nicht der Inhalt des Aufrufs ist es, der dem Antisemitenblatte besondere Schmerzen macht; im Gegentheil, das Blatt erklärt in seinem Schreck, daß die Judengegner dasselbe und noch mehr bieten würden. Was das Organ der Antisemiten in Angst bringt, das sind die Leute, an die das Flugblatt gerichtet ist, und mehr noch die Personen, die es unterschrieben haben. Das freisinnige Opus wendet sich nämlich an die Gastwirthe der Westprignitz und trompetet diesen die Folgen vor, welche die Verfrommungsverordnung und ähnliche Regierungspraktiken für die Saalbesitzer hervorgerufen haben. Solche Töne finden natürlich Anklang und daher hat alles, was in Gastwirthskreisen Ruf und Namen hat, das Flugblatt mit Wollust unterschrieben. Da treten denn plötzlich Männer als Bannerträger der freisinnigen Partei hervor, Männer, auf welche die „Staatsbürger-Zeitung" bisher Stein und Bein geschworen hat. Was war doch Herr Theodor Müller, der ordensgeschmückte, für ein Kerl in den Augen des Antisemitenblattes, wie wurden nicht die Herren Kuckenburg und Feuerstein in Erinnerung an die Zeit des Bierboykotts als echte teutsche Männer, die durch Saalverweigerungen und andere Kundgebungen patriotischen Heldenmuthes schon das ihrige thun würden, um die Rotte auszurotten, Tag für Tag in dem Organ des Geschäftsantisemitismus über den grünen Klee gelobt! Und alle diese Stützen des wahren Deutschthums hat, mit vielen anderen dank der Verfrommungs-Verordnung, Eugen Richter für sich wegangeln können. In seiner Angst bedenkt das Antisemitenblatt garnicht, daß die armen Unterzeichner, denen die Politik an sich so gleichgiltig ist, wie das Wohlergehen des Kaisers von China, blos einer geschickten Operation der Freisinnigen zum Opfer gefallen sind und sich in ihrer gedankenlosen Unschuld einfach für den Mann erklärt haben, der ihnen die Verfrommungs-Verordnung vom Halse schaffen will. Seiner inneren Natur getreu, denunzirt die „Staatsbürger-Ztg." gleich nach Schema F darauf los und verlangt von den ordnungstreuen Vereinen, denen die Flugblatt-Unterzeichner vorstehen, eine Maßregelung der Sünder. Was wird man da hinfort noch alles „auf grund" der Verfrommungsverordnung erleben müssen!

Wenn man vor Gericht die Wahrheit redet. Von der Organisation der Möbelpolirer wird uns folgender Fall mitgetheilt: In der Möbelfabrik von Wenkels Nachfolger, Besselstr. 14, hatte ein Arbeiter nach Ansicht der Unternehmer nicht genügend geleistet, weshalb ihm ein Lohnabzug in Höhe von 9 M. und 50 Pf. gemacht wurde. Der Arbeiter verklagte die Firma vor dem Gewerbegericht und berief sich auf das Zeugniß zweier von ihm vorgeladenen Kollegen. In der vor wenigen Tagen stattgefundenen Verhandlung machte der amtirende Assessor die beiden Zeugen darauf aufmerksam, daß sie die lautere Wahrheit vor Gericht zu reden hätten, und sich namentlich aus dem Grunde, weil sie bei der verklagten Firma beschäftigt seien, nicht verleiten lassen dürften, wahrheitswidrig zu deren Gunsten auszusagen. Solches sei schwere Sünde und werde mit zeitlichen und ewigen Strafen gesühnt. Die beiden Zeugen, die auch ohne diese Mahnung nach Recht und Gewissen ihre Pflicht gethan hätten, bekundeten darauf, daß die Forderung des Klägers angemessen sei, und die verklagte Firma wurde auf dieses Zeugniß hin verurtheilt.

Merkwürdigerweise erhielten die zwei Arbeiter am selben Tage noch die Mittheilung, daß für sie ferner keine Arbeit vorhanden sei.

Die Fahrpreise der elektrischen Stadtbahn sind auf 10 Pf. für die untere und 20 Pf. für die obere Klasse bis zur Entfernung von 5 Stationen vorgesehen. Darüber hinaus soll es 20 und 30 Pf. kosten. Da die durchschnittliche Entfernung der Haltestellen 930 Meter beträgt, so wird man durchschnittlich 3,72 Kilometer weit für je 10 Pf. fahren, während die Große Berliner Pferdebahn jetzt ihre Zehnpfennig-Strecken im allgemeinen auf 3,5 Kilometer ausgedehnt hat.

Der gesammte Personenverkehr der Nordbahn (Vorort- und Fernverkehr) wird, wie die königl. Eisenbahndirektion bekannt macht, am 1. Februar k. J. von Berlin (Nordbahnhof) und Gesundbrunnen (Stadtbahn) nach dem Stettiner Bahnhofe und dem Bahnhofe Gesundbrunnen verlegt. Von demselben Tage ab treten in den Fahrpreisen für gewöhnliche und Monatskarten infolge der vom Stettiner Bahnhofe in betracht kommenden größeren Entfernungen zum theil geringe Erhöhungen ein. Die im Voraus gelösten, ungiltig werdenden Fahrkarten werden bis dahin an den Schaltern gegen Erstattung ihres Preises zurückgenommen. Nähere Auskunft ertheilt das Verkehrsbureau, Schöneberger Ufer 1—4 (Zimmer 258), sowie die Auskunftsstellen am Anhaltischen und Alexanderplatz-Bahnhofe.

Die öffentliche Lesehalle Neue Schönhauserstraße 13, eine Gründung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, hat einen dankenswerthen Schritt vorwärts gethan. Sie wird vom 1. November ab nicht nur abends, sondern auch in den Mittagsstunden von 12 bis 3 Uhr geöffnet sein.

Das Polizeipräsidium hat gegen das vom Magistrat aufgestellte Projekt zur Verbreiterung der Spandauerstraße zwischen der Probststraße und Eiergasse unter Beseitigung der Nikolai-Kirchgasse Einwendungen nicht erhoben. Bekanntlich haben sich der Stadt gegenüber Unternehmer bereit erklärt, unter Gewährung eines entsprechenden Zuschusses seitens der Stadtgemeinde die Verbesserung dieses Engpasses im Zentrum der Stadt zur Ausführung zu bringen. Der nach der Verbreiterung der betreffenden Straßen verbleibende Block soll demnächst einheitlich bebaut werden. Für die bisherige Eiergasse, welche bis auf 8 Meter erweitert werden soll, ist der Name Nikolai-Kirchstraße in Aussicht genommen.

Die Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft hat jetzt, nachdem nunmehr der elektrische Betrieb für Berlin zur Durchführung kommt, an das kgl. Polizeipräsidium ihren früheren Antrag erneuert, welcher neben der Erweiterung des Straßenbahnnetzes in Berlin zugleich den ganz bedeutenden Lastenverkehr ins Auge faßt. Letzterer soll namentlich von den Bahnhöfen, den Wasserlandungsplätzen u. dergl. mit Hilfe der Schienenwege dadurch geregelt werden, daß bezirksweise Depots, zu denen eventuell die Geschäftsniederlassungen der Spediteure verwendet werden könnten, errichtet werden, von welchen aus der Verkehr nach und von den Empfängern und Versendern zur Lagezeit und zwar in dieser Beziehung stets durch einen Fuhrunternehmer und zu einer möglichst ruhigen Verkehrszeit zu bewirken sein würde. Eine Abschrift dieses Antrages ist der städtischen Verkehrsdeputation zur Kenntniß überreicht worden.

Was die leidende Menschheit einigen Kapitalisten einbringt. Die „Pharm. Wochenschrift" meldet: „Drei neue Apothekenverkäufe werden aus der Reichshauptstadt gemeldet. Herr v. Brockhusen hat an Apotheker Dr. Krüger, die Steuer'schen Erben an Apotheker Max Kahnemann verkauft, und über die Grave'sche Apotheke in der Wilhelmstraße sollen die Verkaufsverhandlungen bereits abgeschlossen sein. Diese Verkäufe interessiren besonders dadurch, daß es sich in allen Fällen um Apotheken handelt, deren Konzessionen noch in der ersten Hand sind. Alle drei Apotheken werfen alljährlich ihren derzeitigen Besitzern einen bedeutenden Reingewinn ab, und man wird nicht zu hoch greifen, wenn man den Erlös aus dem Verkauf dieser drei staatlichen Betriebs-Berechtigungen, der Konzessionen, auf ½ Million Mark annimmt." Die Fachschrift widmet diesen Vorgängen folgende bittere Worte: „Solange die Regierung es gestattet, daß die von ihr im Namen des Gemeinwesens ertheilten und gegen Konkurrenz geschützten Betriebsrechte zum Vortheil eines Einzelnen und zum Nachtheil aller auf diesen ersten Konzessionar folgenden Generationen verkauft werden, so lange kann ihr nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie im Apothekergewerbe den wirthschaftlich Schwachen nicht nur nicht schützt, sondern ihn im Gegentheil entrechtet und ihn mit gebundenen Händen den Interessen des von ihr geschaffenen und in seiner Rente geschützten Kapitals ausliefert."

Den wirthschaftlich Starken gegen den wirthschaftlich Schwachen zu schützen ist nach kapitalistischer Anschauung doch überhaupt der höchste Beruf einer zeitgemäßen Regierung.

Von der Direktion der Urania wird uns geschrieben: Die der Gesellschaft Urania nahestehenden Freunde hatten dieselbe in die Lage gesetzt, in der gestern stattgehabten Subhastation des Grundstücks Taubenstraße 48/49 den Betrag von 580 000 M. zu bieten, wodurch der erste Hypothekengläubiger voll befriedigt war und hierdurch das grundbuchlich bis zum Jahre 1906 eingetragene Pachtrecht der Gesellschaft auf das Grundstück unberührt erhalten wurde. Dies Grundstück wurde dann den Herren Lachmann und Zauber, welche einen höheren Preis boten, unter der ausdrücklichen Verpflichtung zugeschlagen, den Pachtvertrag der Gesellschaft unverändert übernehmen zu müssen. Durch diese Regelung der Besitzverhältnisse des Grundstücks ist die Gesellschaft in der Lage, den Betrieb unverändert fortzuführen.

Zum Verkauf von Blumen und Kränzen während der Sonntagsruhe hat der Regierungspräsident von Potsdam jetzt verfügt, daß dieser Handel in Zukunft am Todtenfest-Sonntag und am Tage Aller Heiligen oder, falls Aller Heiligen auf einen Sonntag fällt, an diesem Sonntag für die Dauer von zehn Stunden, die jedoch außerhalb der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit liegen müssen, gestattet ist.

Beim Widerstand gegen einen Schutzmann ist gestern früh um 1 Uhr der Artist Eugen Heinicke verunglückt. H. trieb von einer Kneiperei kommend in der Trunkenheit allerhand Unfug, machte sich u. a. auch am Baugerüst der St. Golgatha-Kirche zu schaffen, sodaß Bretter herunterfielen und belästigte ihm begegnende Personen. Ein Mädchen wandte sich an einen Schutzmann und verlangte die Feststellung des Angetrunkenen. Der Beamte folgte nun diesem und holte ihn in der Invalidenstraße ein. Aufgefordert, zur Wache mitzukommen, weigerte sich Heinicke und verbat sich, daß der Schutzmann ihn anfasse. Als das nun trotzdem geschah, kam der Artist zu Falle und brach sich den linken Unterschenkel. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Kneiperei wird ihm ziemlich theuer werden, zumal er gerade ein Engagement als Jongleur antreten wollte.

Eine Aufsehen erregende Szene spielte sich am Mittwoch Nachmittag kurz nach 2 Uhr in der Lebensmittel-Ausstellung im Meßpalast, Alexandrinenstr., ab. Das „Berl. Tagebl." berichtet darüber: Während im Hof des Etablissements eine Massenspeisung stattfand, und die allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Vorgang gerichtet war, stieß im Zimmer 93 des dritten Stockwerks eine Dame, die in Begleitung eines jungen Mädchens sich befand, ein ziemlich umfangreiches Packet mit Chokolade unter ihrem Mantel verschwinden. Die Verkäuferin bemerkte sofort das Fehlen des Packets auf ihrem Tisch, da aber von den beiden Damen einige gleichgiltige Fragen an sie gerichtet wurden, getraute sie sich nicht, diese direkt der Entwendung zu bezichtigen, sondern theilte ihre Wahrnehmung einem benachbarten Aussteller mit, der mit der Verkäuferin gemeinsam den beiden Damen nachging und sofort einen anwesenden Kriminalbeamten veranlaßte, sich ihnen anzuschließen. Als sie die beiden Damen, die sich inzwischen entfernt hatten, erreichten, und diese zur Nennung ihrer Namen und Herausgabe des Packets aufgefordert wurden, gab die ältere an, die Gattin eines bekannten antisemitischen Reichstags-Abgeordneten zu sein, und das sie begleitende junge Mädchen sei ihre Tochter. Das Packet habe sie mitgenommen, weil sie der Meinung gewesen sei, es sei gestattet, Proben der Ausstellungsgegenstände mitzunehmen.

Größere polizeiliche Streifen fanden in den letzten Tagen in der Linienstraße statt, woselbst eine Anzahl der dort zahlreich vertretenen Lokale zweifelhaften Charakters ausgehoben wurden. In einem Lokal in der Nähe des Oranienburger Thores wurden etwa 20 Personen vorgefunden und zur Wache fistirt, unter denen sich auch ein langgesuchter Fahrradmarder befand, der ein vermuthlich aus

---

Der neue Professor.

Herr Professor Reinhold, dem der Ruf voranging, er solle an der Berliner Universität den Sozialismus endgiltig vernichten, hat nun am Mittwoch seine erste Vorlesung gehalten. Die Studenten hatten die Sache etwas anders erfaßt, sie versprachen sich einen ungeheueren Spaß, und wo etwas los ist, da rennen sie sich die Beine ab, um mit dabei zu sein. So war das zweitgrößte Auditorium lange vor Beginn gefüllt, man mußte ins Auditorium maximum übersiedeln. Einen derartigen Sturm durch alle Flure und ein solches Gedränge und Geschreie hat die Universität kaum erlebt. Im Nu waren alle Plätze besetzt, in den Gängen stand man Kopf an Kopf, weit über 1000 mochten anwesend sein, und sehr viele kamen nicht mehr in den Saal hinein.

Der erwartete Hauptspaß ist es nun eigentlich nicht geworden. Zum lauten Lachen fand sich nicht die geringste Gelegenheit. Die Komik aber, die in der ganzen Situation und in der ganzen Art des Vortrags lag, war um so eindringlicher. Wem der neue Professor es nämlich recht machen will, ist nicht recht einzusehen; er haut nach beiden Seiten und Einfluß haben wird er auf niemanden. Das verhindert schon die Art seines Vortrags. Als Nationalökonom kann er schwerlich gelten, eher als verkappter philosophischer Lyriker — allerdings ein sehr schlechter. Er liest einen zu Hause sorgfältig gedrechselten Vortrag mit Pathos vor. Ein solcher Wortschwall, solche Fülle von hochtönenden Phrasen und Superlativen, solches Aufgebot von gewichtigsten Ausdrücken für alles und jedes, ein in so hohem Grade mangelndes Gefühl für die Bedeutung der Worte, eine solche Geschmacklosigkeit ist kaum vorher dagewesen.

Es ist unmöglich, ihn ernst zu nehmen. Sonst wäre es traurig genug, daß an einer deutschen Universität eine so unverhüllte, brutale Stellungnahme für den Klassenstandpunkt der Besitzenden als Ergebniß eindringender Wissenschaft hingestellt werden kann.

Wir lassen ein eingehendes Referat in strenger Anlehnung an den Wortlaut folgen: Der gelehrte Herr Professor machte sich seine Arbeit zunächst leicht. Er wandte den bekannten Kunstgriff an, zwei Bewegungen zu unterscheiden: die soziale Interessenvertretung der Arbeiterklasse, den Emanzipationskampf des vierten Standes und den Sozialismus als kommunistische Produktionsgemeinschaft. Der erste Kampf ist nothwendig berechtigt und aussichtsvoll, er ist unwiderstehlich wie die sich durchsetzende Natur der Sache. (!) Er vollzieht sich meist ohne Mitwirkung der strengen Wissenschaft, in ungestörtem, unschuldigem, nachtwandlerischem Schaffen, wodurch allein etwas Großes geschehen kann auf dem Gebiete des Instinktiven. (Hier wird von dem Nationalökonomen Schopenhauer's Autorität angerufen!) Aber er verläßt nicht den Boden des individualistischen Rechtsstaats und des jetzt giltigen allgemeinen Wirthschaftssystems.

Dagegen stellt der Sozialismus im engeren Sinne ein Problem höchster und erschütternder Art dar, das von Generation zu Generation weiter geschoben, eben dasselbe bleibt, im Kern seiner Ansprüche unwandelbar mit keiner Kompromißpolitik sich abspeisen läßt, die Geschichte des menschlichen Selbstbewußtseins!

Die richtige Lösung der Frage hat auszugehen von einer erkenntnißtheoretischen Untersuchung. Es ist eine unwiderstehliche Neigung unseres Geistes, eine Einheit, einen einheitlichen Kosmos erhabenster Größe und Schönheit, ein einheitliches Reich der Vernunft anzunehmen. Aber die Wissenschaft hat die erste Pflicht, das Auseinanderliegen der Theile, das Irrationale der Dinge zu erkennen. Der hochfahrende Prometheusgeist muß Platz machen der Bescheidenheit, ja Demuth vor der Größe des Seins, in dem wir nur ein winziges, wirbelndes Staubkorn sind. (Hier wird der „Allzermalmer" Kant und sein „Ding an sich" zitirt.) Wir sind zum Irrthum prädestinirt. Die Welt und das Leben bleiben uns ewig fragmentarisch, das Ganze ist nur für einen Gott gemacht. Darum, schon an der Unvollständigkeit unserer Anschauungen, muß der Sozialismus scheitern. Nur die Naivität der Kinder, nur die blinde Orthodoxie des Marxismus kann verneinen, das Gegensätzliche lasse sich zu einem schönen, in sich ruhenden, friedlichen Ganzen formen. Man denke nur an die Thatsachen des Verwandtenmordes und der unausbleiblichen Entzweiung beim gemeinschaftlichen Wohnen von Freunden: wie unmöglich ist es da, „den Löwen des Willens zu lenken mit den sanften Tönen der Flöte". Wir müssen vielmehr der Wahrheit folgend zu einer mehr atomistischen Betrachtung der Welt zurückkehren, die wenn sie auch weniger edel ist, weder schön noch sittlich, sondern nur wahr sein will. Freilich dann sehen wir nach dem großen kosmogonischen Sündenfall in einer zerrissenen Welt und uns bleibt, so lange wir in der Zeitlichkeit leben, nur zu seufzen: Unser Herz ist unruhig, bis es ruht in Gott.

An die Wurzel seiner Irrthümer müssen wir bei der Kritik des Sozialismus gehen, d. h. einerseits die materialistische Geschichtsauffassung, andererseits die übertriebene Idealisirung der Menschennatur. Für so gefährlich das lebende Geschlecht die Erscheinung des Sozialismus aber auch halten mag, es muß doch die Empfindung haben, daß etwas Großes, etwas Außerordentliches vor ihm steht, das aus dieser gewitterartig über der Gesellschaft drohenden Wolke die Worte zu tönen scheinen: Zeuch Deine Schuhe aus, denn hier ist heiliges Land! Wer in dem Schmerz, in dem Enthusiasmus seiner Anhänger nichts zu sehen vermag, als eine Pöbelbewegung und rohen Klassenhaß, — die Kanaille will in den Salon! — der besitzt entweder eine platte Verständnißlosigkeit oder einen Klassenhaß von despotischer Stärke oder bornirter Kurzsichtigkeit. (Lebhafter Beifall und Zischen!) Hier muß der Geist wider den Geist streiten. Der Aufruhr, der Straßenputsch ist mit den einfachen Mitteln der starken Hand zu unterdrücken. Aber den Geist kann man mit Soldaten nicht fassen. (Lebhafter Beifall.)

Nach seiner kurzen Siegeslaufbahn müssen wir den Sozialismus auf der Basis seines Wesens vernichten. Das ergreifende Martyrium seiner Vertreter und die noch furchtbarere Erscheinung des exstatischen Geistes sind zu berücksichtigen. Gerade die Exzesse des letzteren erzeugen immer den Rückschlag, die tiefe Muthlosigkeit in der breiten Masse des unterdrückten Volkes, die die ehernen Mauern der Kapitalsherrschaft nicht fallen sieht.

Die bestehende Gesellschaft muß daraus ihren Muth schöpfen für ihre Haltung gegenüber der sozialistischen Revolution. Wir müssen zu diesem anscheinend frechen, fast zynischen Bekenntniß den Muth erwerben. Die schicksalsgeweihten Menschen müssen ihre Position einnehmen, wie sie ihnen angewiesen ist. Sie müssen sie halten als Leute, die vielleicht im Unrecht sind, gegenüber solchen, die vielleicht im Recht sind, aber als Leute, die nicht anders können und dürfen. Es ist doch in der Welt, wie der Erlöser sagt: Ihr werdet alle Zeit Arme unter Euch haben! Die eine Seite muß ewig nackt oder nur halbbedeckt sein, weil die Golddecke, an der alle zerren, zu kurz ist. Es ist endlich klar zu erkennen und ehrlich zu bekennen, daß der sozialistische Kampf die Natur eines echten Konflikts zweier an sich berechtigten, aber sich ausschließenden Ansprüche hat. Der unbefangene Blick erkennt, daß es keine Lösung und keine Versöhnung giebt. (Hier wird wieder Schopenhauer zitirt.)

Aufgabe der eindringenden Wissenschaft ist es, der besitzenden Klasse das flackernde Lebenslicht anzublasen, den Daseinswillen neu zu erwecken und den Muth, dem Unheil widerstehen zu lernen, gleichwie im Reich der Thiere und der barbarischen Menschheit niemand nach dem Rechte fragt, sondern besinnungslos auf den Gegner eindringt, ihn zurücktreibt und mit seiner Vernichtung das eigene Leben rettet, wissend, daß ihm keine Wahl bleibt. Dir gilt es oder mir! Daraus folgt, daß der Staat oder die bestehende Gesellschaft das Recht und die Pflicht haben, die drohende Empörung, die Gewalt mit Gewalt niederzuschlagen und auf die Unbarmherzigkeit der sozialistischen Idee mit der Unbarmherzigkeit des Staatsgedankens zu antworten! (Die Studenten murren zum theil, darauf lebhaftes Klatschen, das zuletzt vom Zischen unterdrückt wird.) Das selbstsichere Bewußtsein der Klassenlage muß zurückkehren, nicht beirrt durch die Thatsache, daß das Privateigenthum, daß die Aneignung des Mehrwerths der Arbeit eine historische Kategorie ist.

Diese Vertheidigung des eigenen Platzes ist wieder ein rationales Prinzip. Jede Neugestaltung läßt doch nur die Rollen wechseln. Die Massen meinen es nicht anders: Die Expropriirten sollen expropriirt werden! Für einen bloßen

einem Diebstahl herrührendes Zweirad bei sich führte. Im ganzen wurden 14 Personen aus verschiedenen Lokalen nach dem Präsidium gebracht.

Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag im St. Georgen- und Heiliggeist-Hospital ab. Die 75 Jahre alte Wittwe Marie Jäger stürzte sich in einem Anfall von Schwermuth vom Balkon ihrer Wohnung auf den Hof hinab und blieb auf der Stelle todt.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern Vormittag zwischen 9 und 10 Uhr auf dem Anhalter Güterbahnhof. Mehrere Bahnarbeiter waren dort beschäftigt, eine gegen 60 Zentner schwere, für die Chokoladenfabrik von Hildebrandt u. Sohn bestimmte Maschine zu verladen, als sich aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache die Kette des Aufzugskrahns von dem hochschwebenden eisernen Koloß loslöste und dieser herabstürzte. Die an dem Krahn Beschäftigten konnten glücklicherweise noch rechtzeitig bei Seite springen, nur der Arbeiter B. Lehmann erlitt eine schwere Quetschung der rechten Hand, die aber bei der Untersuchung keine Knochenverletzung ergab, so daß Lehmann sich in seine Wohnung begeben konnte.

Herr Max Siechen, Inhaber der bekannten Firma Siechen, Biergroßhandlung Behrenstr. 23/24, ist nach schweren Leiden vorgestern im 49. Lebensjahre gestorben. Er ist der jüngere Bruder Franz Siechens, der sich seit mehreren Jahren vom Geschäft zurückgezogen hat. Max Siechen war früher, wie es auch sein Vater einst gewesen, Sänger, mußte aber aus Gesundheitsrücksichten seine Laufbahn als Sänger aufgeben.

Arbeiterrisiko. Auf dem Neubau des Künstlerhauses in der Bellevuestraße, in dessen Räumen auch die Presse ein Heim finden wird, ist gestern Vormittag der Arbeiter Joseph Wahlawik von dem Gerüst abgestürzt. Er erlitt innere Verletzungen und wurde mittels des Wagens der Unfallstation I, der auf Requisition binnen wenigen Minuten mit Arzt und Begleitung erschienen war, auf seinen Wunsch in das Elisabeth-Krankenhaus befördert.

Ein rücksichtsloser Radfahrer, der Hausdiener Herrmann, hatte vorgestern an der Gollnow- und Landwehrstraßen-Ecke eine etwa siebzigjährige Frau überfahren und im Gesicht und am Hals verletzt. Die Augenzeugen des Unfalls waren darüber so erbittert, daß sie den Radler von seiner Maschine herunterzogen und an ihm derbe Lynchjustiz übten, bis durch Schutzleute seine Persönlichkeit festgestellt wurde.

Ehedrama. In ihrer Wohnung in der Skalitzerstraße suchte sich die Ehefrau des Schneidermeisters Eduard P. durch zwei Revolverschüsse zu tödten. Der eine Schuß ging fehl, der zweite prallte an einer Korsettstange ab. Als der Ehemann der Lebensmüden die Waffe entreißen wollte, entluden sich bei dem Ringen drei Schüsse, die ebenfalls fehl gingen.

Feuerbericht. Donnerstag kurz vor 11 Uhr vormittags erfolgte Alarm nach Belforterstraße 3. Im vierten Stock des Quergebäudes war hier ein Brand ausgebrochen, der ein allein zurückgelassenes Kind im Alter von vier Monaten in die größte Gefahr brachte. Das bereits bewußtlos gewordene Kind wurde jedoch noch rechtzeitig von den Nachbarn geborgen. Um dieselbe Zeit wurde die Wehr nach Linienstraße 196 gerufen, wo ein mit Sägespähnen gefüllter Schuppen in Brand gerathen war. Das Haus wurde hier erheblich beschädigt. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde die Wehr noch nach Marxusstraße 16 gerufen, wo Lumpen und Kleider in einer Wohnung in Flammen standen. Die Gefahr wurde indeß schnell beseitigt.

Großfeuer wüthete Donnerstag Mittag in der chemischen Fabrik von Dr. Scheller u. Comp., Greifswalderstr. 141. Die Fabrik erzeugt besonders Mirban-Oel. Kurz nach 10 Uhr war der Chemiker Dr. Alexander mit dem Arbeiter Stephan Pietzner an einem mit Chemikalien gefüllten Rührapparat beschäftigt, als eine Explosion erfolgte und im Nu die leicht brennbaren Rohmaterialien in Flammen standen. Hierbei wurden beide Personen stark verletzt, namentlich erhielt Pietzner derartige Brandwunden, daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Auf die Meldung Mittelfeuer rückten die Dampfspritzen der Züge 2, 6, 8 und 14 und die Druckspritzenzüge 1, 3, 5, 7 und 13 aus. Das Polizeipräsidium beorderte sofort etwa 10 berittene und über 20 Fuß-Schutzleute nach der Brandstelle ab. Letztere wurden auf Wagen hinausbefördert. Die Löschungsarbeiten wurden dadurch bedeutend erschwert, daß der größte Theil des Wassers aus Weißensee und von der ¾ Stunde entfernten Verbindungsbahn herbeigeschafft werden mußte, weil die auf dem Fabrikgrundstücke befindlichen Hydranten nicht genügend Wasser lieferten. Mit drei Dampf- und zwei Druckspritzenleitungen wurde das Feuer nach anderthalbstündiger Arbeit zum Stehen gebracht, doch ist das gesammte Gebäude bis auf die Umfassungsmauern ausgebrannt.

Aus den Nachbarorten.

Zu den Schöneberger Stadtverordnetenwahlen. Der Termin der Wahlzeit für die dritte Abtheilung ist nunmehr vom Regierungspräsidenten auf den 10. November von 11 Uhr vormittags bis nachmittags 5 Uhr festgesetzt. Wer nunmehr von den Wählern Schönebergs noch der Ansicht ist, daß bei der erstmaligen Stadtverordnetenwahl den Betheuerungen und Versprechungen einflußreicher Personen Glauben beizumessen ist, daß man versuchen wolle und auch müsse, durch die Ausdehnung der Wahlzeit jedem Wähler die Möglichkeit zu geben, sein Wahlrecht auszuüben, und damit ein getreues Spiegelbild der Wünsche und Anschauungen der Bürger Schönebergs kennen zu lernen, befindet sich damit auf dem Holzwege. Bis Nachmittags um 5 Uhr also soll der meist außerhalb Schönebergs auf Arbeit sich befindende Arbeiter seiner Wahlpflicht Genüge leisten; er wird vor die Alternative gestellt: Uebst Du Dein Wahlrecht aus und opferst den Nachmittag, die 4 oder 5 Stunden, die Du so nöthig für den Unterhalt Deiner Familie brauchst, oder verzichtest Du auf Dein einziges Recht, indem Du der Wahl fernbleibst? Das also ist der Anfang von den mit so vielem Tamtam angekündigten freiheitlichen Regungen der werdenden Stadt Schöneberg! Was man bei den Wahlen zur Gemeindevertretung (Wahlzeit bis 5 resp. 6 Uhr abends) als recht und billig anerkannt hat, darf nicht geübt werden bei Wahlen zur Stadtvertretung. Auch eine Logik!

Doch trotz alledem, Genossen Schönebergs! Diese Verkümmerung unseres Wahlrechts kann uns nicht abhalten, nunmehr erst recht mit aller Kraft, mit aller Energie dem uns gesteckten Ziele näher zu kommen. Mögen Behörden, mögen Parteien oder einzelne Personen auch noch ein so großes Register ihres Einflusses und ihrer Macht aufziehen, möge auch der Wahltermin noch so schlecht festgesetzt sein, versuchen müssen wir doch, den Sieg an unsere Fahne zu fesseln und den Beweis erbringen, daß, wenn die Arbeiterschaft nur ernstlich will, sie auch die Macht besitzt, Männer ihres Vertrauens im Stadtparlament zu bekommen. Dazu ist aber in erster Linie nöthig, daß jeder Genosse, jeder denkende Arbeiter zur Wahl geht, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellt, sein ganzes Können und Wissen einsetzt, um dieses Ziel zu erreichen! Das Wahlkomitee.

Statistisches Amt in Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Versammlung zu Charlottenburg hat in ihrer Sitzung vom Mittwoch Abend einer Vorlage des Magistrats zugestimmt, wonach sogleich ein Statistisches Amt der Stadt Charlottenburg ins Leben tritt an stelle des bisherigen provisorischen Bureaus. Das Amt wird von dem Direktorial-Assistenten des Berliner städtischen statistischen Amts Dr. E. Hirschberg im Nebenamt geleitet, welcher schon seit einigen Monaten die Leitung des provisorischen Bureaus übernommen hatte. Es bestehen nunmehr bereits einige zwanzig städtische statistische Aemter im Deutschen Reich.

Durch Ueberfahren wurde gestern früh in Treptow der Kutscher eines schwer mit Zement beladenen Wagens getödtet. An der Ecke Parkstraße und Köpenicker Landstraße fiel er durch einen Anprall vom Bock, gerieth unter die Räder und wurde überfahren. Die Verletzungen, die der Kutscher hierbei erlitt, waren so schwere, daß er bald darauf verstarb.

Das zweite große Krankenhaus, welches jetzt der Kreis Teltow für das Gebiet der westlichen Vororte erbauen will, erhält seinen Platz unfern des neuen Botanischen Gartens an der Potsdamer Provinzialchaussee dicht bei dem Wannseebahnhof Lichterfelde auf dem Gelände dieses Ortes.

Von der Höhe des Baugerüstes ist bei einem Neubau in der Eisenacherstraße zu Schöneberg ein in der Fruchtstraße zu Berlin wohnhafter Zimmerer Anton W. bei dem Aufrichten des Gebälkes für eine Dachkonstruktion abgestürzt. Der hinzugezogene Arzt Dr. Heyl stellte schwere innere Verletzungen fest und ordnete die Ueberführung in ein Krankenhaus an. Der Verunglückte wurde durch die Polizei mittels Droschke nach dem Elisabeth-Krankenhause geschafft, konnte aber hier „wegen Ueberfüllung" keine Aufnahme finden und mußte daher weiter nach der Charitee geschafft werden.

Gerichts-Zeitung.

Die Berliner Verfrommungs-Verordnung vor dem Kammergericht. Der Restaurateur Gründel war seinerzeit angeklagt worden, die Bestimmung der Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896, welche vorschreibt, daß am Bußtage, wie am Charfreitage nicht nur öffentliche, sondern auch private Vorstellungen und Tanzbelustigungen verboten sind, übertreten zu haben. Außerdem warf man Gründel Widerstand gegen die Staatsgewalt vor. Zum Bußtage des vergangenen Jahres hatte der Theaterverein „Othello II" den Saal des Herrn Gründel, Brunnenstraße 118, gemiethet, um eine Vorstellung dort zu veranstalten. Gründel hatte an dem Tage verschiedene Begegnungen mit der Polizei. Zunächst meldete sich bei ihm ein Kriminalpolizist und wies ihn auf jenes Verbot in der Verordnung vom 10. Oktober 1896 hin. Gründel erklärte das Verbot für ungiltig, soweit private Festlichkeiten betroffen werden. Darauf erschien der Polizeilieutenant des Reviers und forderte die „versammelten" Vereinsmitglieder auf, sich zu entfernen. Der Lieutenant entfernte sich dann, ließ das Lokal aber überwachen. Als ihm gemeldet wurde, daß im Gründel'schen Lokal doch getanzt werde, sandte er zwei Schutzleute dahin mit der Anweisung, sich im Saal aufzustellen; die Beamten wurden aber unter Berufung auf das Hausrecht zum Fortgehen veranlaßt. Nunmehr fand sich der Polizeilieutenant mit mehreren Untergebenen ein. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen ihm und Gründel. Gründel, der verhaftet werden sollte, wehrte sich, da er vollständig im Recht zu sein glaubte.

Das Schöffengericht erkannte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf 30 Mark Geldstrafe. Für die Uebertretung der Polizeiverordnung von 1896 erachtete das Gericht jedoch nicht Herrn Gründel, sondern den Vorstand des Vereins als Miether des Lokals für verantwortlich. Die Berufung des Angeklagten wurde vom Landgericht zurückgewiesen, die der Staatsanwaltschaft hatte aber Erfolg; Gründel wurde auch wegen Uebertretung der Polizeiverordnung verurtheilt, und zwar zu 5 Mark Geldstrafe. Nach der Verordnung sei auch der Vermiether des Lokals strafbar, da er als Gehilfe des Veranstalters der Uebertretung anzusehen sei. Im übrigen genüge es für die Strafbarkeit, daß eine Störung der Feiertagsruhe durch das Fest erfolgen konnte; die Bestrafung wegen des Widerstandes, den Gründel geleistet habe, sei gerechtfertigt.

Der Angeklagte legte beim Kammergericht Revision ein. Der Strafsenat gab gestern der Revision insoweit statt, als die Uebertretung der Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 in Frage kommt. Die Verordnung habe ebenfalls, wie andere ähnliche Verordnungen, ihre gesetzliche Stütze in der Kabinetsordre von 1837, die die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage betrifft, und im § 166 des Strafgesetzbuches. Nach den angeführten Bestimmungen könnten aber nur für solche Fälle, wo eine Gefährdung der äußeren Heilighaltung der Feiertage zu befürchten sei, entsprechende Vorschriften durch die Polizei erlassen werden. Der Vorderrichter gehe zu weit, wenn er annehme, alle privaten Theatervorstellungen oder Tanzlustbarkeiten seien geeignet, die äußere Heilighaltung zu beeinträchtigen. Von Fall zu Fall müsse untersucht werden, ob eine solche Störung vorliege. Die Angelegenheit sei deshalb zur thatsächlichen Nachprüfung der Frage, ob die äußere Heilighaltung des Tages gestört wurde, in die Vorinstanz zurückzuweisen. Wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt sei der Angeklagte zu Recht bestraft worden.

Ein roher Patron. In der Weinlaune hat der Schneidemühlenbesitzer Conrad einen Exceß verübt, der ihn gestern unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung vor das hiesige Schöffengericht führte. Er hatte eines Tages einige Zeit in einem Weinlokale zugebracht und dasselbe in roher Stimmung verlassen. Als er auf die Straße hinaustrat, mußte er an zwei im Hausflur stehenden Frauen vorüber, deren eine einen kleinen Hund auf dem Arme trug. Der Angeklagte bekam nun den Einfall, das Thier streicheln zu wollen; er soll dies aber in so wenig zarter Weise gethan haben, daß der Hund laut schrie. Die Besitzerin des letzteren gerieth darüber in begreifliche Aufregung und stieß den Angeklagten von sich. Dieser erhob sofort seinen Stock und hieb damit zweimal über den Schädel der Frau. Die Schläge waren so wuchtig, daß sofort das Blut hervorquoll und die Verletzte zu Boden stürzte. — Der Staatsanwalt hielt ein solches Vorgehen einer wehrlosen Frau gegenüber für ein besonders rohes und strafwürdiges. Er meinte, daß, wenn ein Rowdy in solcher Weise sein Müthchen kühlte, man mit Recht darüber empört sein würde; daß es aber noch viel empörender sei, wenn ein nicht ungebildeter Mann einen solchen Exceß verübe. Er beantragte deshalb sechs Monate Gefängniß. Der Gerichtshof berücksichtigte aber die animirte Stimmung des Angeklagten und seine völlige Unbescholtenheit und erkannte nur auf 300 M. Geldstrafe ev. 60 Tage Gefängniß.

Als eine kaum glaubliche Rohheit bezeichnete der Vorsitzende der vierten Strafkammer des Landgerichts I die Handlungsweise, welche dem Schmied Gustav Jeschke zur Last gelegt wurde. Durch die Verhandlung ist folgendes festgestellt worden: Der Angeklagte ist ein Trunkenbold, aber auch seine Ehefrau war dem Schnapsgenuß in übertriebener Weise zugethan. Kam der Angeklagte in angetrunkenem Zustande nach Hause und fand seine Ehefrau in einer ähnlichen Verfassung, dann erhielt die letztere furchtbare Prügel. Am Abend des 8. September 1896 betrat Jeschke in Begleitung seines Schlafburschen seine in der Wrangelstraße gelegene Wohnung. Seine Ehefrau hatte sich in ihrem angetrunkenen Zustande auf dem Fußboden gebettet. Jeschke schnallte seinen ledernen Riemen ab, den er um den Leib trug und hieb damit auf seine Ehefrau ein, so lange er die Kraft dazu besaß. Dann setzte er sich auf die Bettkante und hieb mit dem mit einem schweren Stiefel bekleideten rechten Fuß unablässig gegen den Kopf der vor ihm Liegenden, bis diese endlich wimmerte: „Ach Gustav, Du schlägst mich ja todt!" Der Schlafbursche meinte, daß diese Art der Mißhandlung wohl eine Viertelstunde gedauert habe. Er habe nicht gewagt, dazwischen zu treten, weil er fürchtete, den Zorn des Rasenden gegen sich zu lenken. Am folgenden Morgen sei der ganze Schädel der Frau mit Wunden und Beulen bedeckt gewesen. Sie sei trotz dessen aufgestanden und habe versucht, ihre häusliche Arbeit zu verrichten. Aber von Tag zu Tag sei es schlimmer geworden, alles was sie anfaßte, entfiel ihren Händen und das Gedächtniß hatte in hohem Grade gelitten. Am 12. September brachte Jeschke seine Frau nach der Charitee. Hier ist sie am 18. September vorigen Jahres verstorben. Die Aerzte haben nicht mit Bestimmtheit zu begutachten vermocht, daß die erlittenen Mißhandlungen die Todesursache gewesen sind und dadurch wurde Jeschke von der Anklage des Todtschlages gerettet. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen schwerer Körperverletzung eine Gefängniß von einem Jahre, der Gerichtshof erkannte auf vier Jahre Gefängniß. Jeschke wurde sofort in Haft genommen.

Eine etwas dunkle Persönlichkeit macht zur Zeit der vierten Strafkammer des Landgerichts I viel zu schaffen. Am Morgen des 22. August d. J. stand der Schutzmann Veit an der Ecke der Leipziger- und der Wilhelmstraße auf Posten, als ein unbekannter Mann auf ihn zutrat und ihn mit den Worten anredete: „Hören Sie, wissen Sie, was der Kaiser ist?" Es folgte nun eine Anzahl Majestätsbeleidigungen und dann schloß der Unbekannte mit der Bemerkung: „Ich bin nämlich ein ganz heftiger Anarchist." Als der Beamte den Mann verhaftete, ging derselbe willig mit, vorher stieß er aber mit lauter Stimme den Ruf aus: „Es lebe die Anarchie!" Auf der Wache betonte der Verhaftete, der sich Bureaugehilfe Eduard Krüger nannte und als seine Heimath einen kleinen Ort in der Altmark angab, daß er bei völlig klarem Verstande und thatsächlich Anarchist sei. Als er seine That dann vor Gericht verantworten sollte, zog er die Behauptung, daß er Anarchist sei, zurück. Jetzt hielt es der Gerichtshof aber für angezeigt, über sein Vorleben Erkundigungen einzuziehen. Die Auskünfte wurden im gestrigen erneuten Termin verlesen und lauteten übereinstimmend dahin, daß der Angeklagte sich mit Politik nie befaßt habe. Ein Amtsvorsteher meint, daß der Angeklagte etwaige Straftaten nur im Zustande der Trunkenheit begangen haben könne, denn er habe einen „besonderen" Rausch. Der Angeklagte wollte sein auffälliges Verhalten auch jetzt noch nicht erklären können, erwähnte aber, daß mehrere seiner Angehörigen in Irrenhäusern verstorben seien. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für einen verkommenen Menschen, der im Gefängniß Unterkunft suche, er beantragte gegen ihn 9 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof hatte jedoch Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten und verfügte seine Unterbringung in der Charitee, um ihn ärztlich untersuchen zu lassen.

Eine Bestialität sondergleichen kam in der Verhandlung zur Sprache, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Arbeiter Wilhelm Köppen, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, war beschuldigt, mit seinen beiden kleinen Töchtern im Alter von 7 und 9 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Der Angeklagte ist bereits wegen desselben gegen seine Kinder verübten Verbrechens mit einem Jahre Gefängniß vorbestraft worden. Kleine, blasse, verkümmerte Mädchen waren es, welche an der Hand der vergrämt aussehenden Mutter den Gerichtssaal betraten und scheu auf ihren Vater blickten. Der Angeklagte ist ein Trunkenbold, der schlecht für die Seinen sorgt und seine brave Frau häufig mißhandelte. Ehefrau und Kinder des Angeklagten verweigerten ihr Zeugniß, er wurde aber durch andere Zeugen überführt und vom Gerichtshofe zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurtheilt.

Zur Vorsicht bei der Leistung eines Offenbarungseides mahnte die Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Schriftsetzer Wenk stand unter der Anklage des fahrlässigen Meineides. Er wurde eines Tages verhaftet, um den Offenbarungseid zu leisten. Vor dem Richter geführt, mußte Wenk aus dem Gedächtnisse ein Verzeichniß aller ihm gehörigen Gegenstände aufsetzen und darauf schwören, daß er sein Vermögen richtig angegeben habe. Später stellte sich heraus, daß Wenk mehrere Gegenstände, die noch in seinem Besitz gewesen waren, nicht angegeben hatte. Es gehörten hierzu ein Vogelbauer mit zwei Vögeln, ein Sommer-Ueberzieher und mehrere andere Kleinigkeiten. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Vergeßlichkeit, seine Verhaftung sei ihm so überraschend gekommen, daß man ein besonders gutes Gedächtniß nicht von ihm erwarten durfte. Der Staatsanwalt wollte diesen Einwand nicht als stichhaltig anerkennen, denn bevor der Angeklagte verhaftet worden sei, habe er die wiederholte schriftliche Aufforderung erhalten, sich zur Leistung des Offenbarungseides zu stellen. Er sei also auf seine Verhaftung vorbereitet gewesen und habe sich genügend für den Eid vorbereiten können. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 14 Tage Gefängniß. Der Vertheidiger R.-A. Dr. Mendel, führte aus, daß die Eidesformel nach der früheren Gerichtsordnung der jetzigen vorzuziehen sei. Damals schwor man mit dem Vorbehalt, daß man etwa vergessene Gegenstände nachträglich dem Richter angeben werde. In einem Erkenntnisse des Reichsgerichts sei auch hervorgehoben, daß das Gedächtniß nicht durch den bloßen Willen und durch Anstrengung gezwungen werden könne, zu funktioniren. Er halte die Vergeßlichkeit des Angeklagten unter den vorliegenden Umständen für entschuldbar. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß doch eine Fahrlässigkeit vorliege, die indessen mit einer Gefängnißstrafe von drei Tagen genügend gesühnt sei.

Was ist ein Tingeltangel? Das Kammergericht hatte sich gestern mit einem Prozeß zu beschäftigen, bei dem es sich um die Frage drehte, was „Tingeltangel" sei? Herr Lux war Gastwirth und Mitglied einer humoristischen Gesellschaft. Ihm wurde dem „Berliner Börsen-Kourier" zufolge zur Last gelegt, gegen eine der zahllosen Lustbarkeits-Ordnungen verstoßen zu haben, welche vorschreibt, daß die Gastwirthe vor Beginn der Lustbarkeit eine Abgabe zu zahlen haben, wenn es sich um Gesangs- und deklamatorische Vorträge (Tingeltangel) handle. Auch zu Anfang dieses Jahres fand im Lokale von Lux eine Sitzung der humoristischen Gesellschaft statt; um sich recht zu amüsiren, hatte

---

Rollentausch aber ist eine Revolution mit dem unsäglichen Unglück, das sie zur Folge hat, zu theuer. Die Gesellschaft bleibt dann lieber beim alten. Wir nehmen gefaßt und fest unseren Platz wieder ein; denn wir wissen nunmehr, daß wir die Welt nicht besser machen können, als Gott sie gemacht hat.

Diese Erkenntniß ist so schwierig und schmerzlich, als sie sich nur aus einem menschlichen Herzen losringen kann. Aber es ist Pflicht, sich zu dieser Wahrheit durchzuringen. — Wir müssen zu dem resignirt muthigen Erkenntniß kommen: Der Mensch ist nicht geboren, die Probleme der Welt zu lösen, wohl aber zu suchen, wo das Problem angeht, und sich in den Grenzen des Begreiflichen zu halten. (Lebhafter andauernder Beifall und Zischen.)

Manchem unserer Leser mag bei diesen Ausführungen nicht sehr komisch zu Muthe gewesen sein. Und doch, als Person ist der Mann mit seinen Floskeln, die wir natürlich nicht alle bringen konnten, wirklich nur komisch; das muß jeder bestätigen, der ihn gehört hat. Wir haben es auch garnicht nöthig zu untersuchen, wie weit er es ehrlich meint, wie weit er etwa die entgegenkommende Beurtheilung der Arbeiterbewegung auf der einen Seite nur als Legitimirung dafür anwendet, um auf der anderen Seite um so toller darauf loszuschlagen, und so den Schein wissenschaftlicher Objektivität zu wahren. Wir brauchen auch keinen Augenblick kritisch auf das nationalökonomisch-philosophische Sammelsurium einzugehen.

Die Geschichte seiner Berufung an die Berliner Universität ist nicht ganz klar. Sollte die Regierung ihn wirklich dazu ausersehen haben, dem drohenden Einfluß der Professoren Wagner und Schmoller entgegenzutreten und den Sozialismus wissenschaftlich zu überwinden, dann würde sie wohl angesichts solcher Leistungen selber etwas betroffen dabeistehen. Wie dem auch sein mag, es bleibt charakteristisch, daß sich solche Anschauungen heute hervorwagen dürfen. Das tollste an der Geschichte ist eigentlich, daß eine Mehrheit der anwesenden Studenten ihm demonstrativ lebhaften Beifall spenden konnte. Wollten sie damit wirklich dokumentiren, daß dieser Professor mit solchen Anschauungen ihnen sympathisch war? Wir sahen auch, daß eine große Zahl „eifriger" Juristen gemeint hatte, daß es hier eine gute Gelegenheit gäbe, sich in ein gutes Licht zu setzen. Um den Namen Reinhold im Anmeldebuch zu haben, hatten sie bereits belegt, ehe sie ihn gehört hatten. Ueberall prangten ihre Karten auf den Plätzen.

Aber schon gestern sahen sehr viele während des größten Theils des Vortrags sehr gelangweilt aus, und als Herr Reinhold um 8 Uhr eine kurze Pause machte, liefen bereits eine ganze Anzahl davon. Die meisten werden folgen. Schade, Reinhold hätte als Lehrer so gut in die erste Klasse einer höheren Töchterschule gepaßt, auf der Universität werden seine Zuhörer am Ende des Semesters wohl im Auditorium minimum genügend Platz finden.

man noch einen Komiker kommen lassen, der im Kostüm einer Dame Kouplets dezenten Inhalts vortrug. Lux erhielt später einen Strafbescheid, beantragte gerichtliche Entscheidung und wurde auch vom Schöffengericht freigesprochen. Gegen diese Entscheidung erhob die Staatsanwaltschaft Berufung und beantragte die Verurtheilung des Angeklagten. Die Strafkammer wies indessen die Berufung ab und machte geltend, nach der betreffenden Steuerordnung sei die vorherige Abgabe nur bei Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen (Tingeltangel) zu entrichten, da der Komiker aber nur decente Kouplets vorgetragen habe, so handle es sich hier nicht um Tingeltangel; denn das charakteristische Merkmal der Tingeltangel sei darin zu finden, daß dort Kouplets vorgetragen würden, welche einen sinnlichen Reiz auf die Zuhörer auszuüben geeignet seien. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein und erklärte, der Vorderrichter habe den Begriff Tingeltangel verkannt; nach dem Erlaß des Ministers des Innern vom 18. Januar 1895 sei ein Tingeltangel schon dann vorliegend, wenn Gesangs- und deklamatorische Vorträge ohne ein höheres Kunstinteresse stattfinden. Das Kammergericht wies aber die Revision der Staatsanwaltschaft zurück und erachtete die Vorentscheidung nicht für rechtsirrthümlich.

Wegen Paletotdiebstahls in sechs Fällen, sowie wegen Urkundenfälschung wurde gestern der Techniker Albert Kajet aus Posen von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte hatte die Diebstähle in der königlichen Bibliothek und im Architektenhause begangen und die Beute auf seine Mitgliedskarte der Berufsgenossenschaft versetzt, nachdem er den Namen Kajet in „Kajetan" umgeändert hatte.

Aus Ratibor wird berichtet: Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatte sich der unverheirathete Lehrer Richard Welz aus Ostrog bei Ratibor vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Die Anklage legte ihm fünfzig theilweise schwere Fälle, begangen an Schulmädchen, zur Last. Durch die Beweisaufnahme in Verbindung mit dem Geständniß, zu welchem sich Welz nach Vernehmung von vier Mädchen bequemte, wurden 37 Fälle erwiesen. Staatsanwalt Merschberger beantragte 12 Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte, dem „Oberschles. Anz." zufolge, auf acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Sozialles.

Die Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall im preußischen Bergbau, die vom Handelsminister berufen ist, tagt gegenwärtig in Berlin. Minister Brefeld wies, wie wir der „Köln. Ztg." entnehmen, in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Gefahr des Bergbaubetriebes mit einer Verlustziffer von 2,23 auf das Tausend der beschäftigten Betriebsarbeiter im Jahre 1895 bei weitem die Gefahr des Eisenbahnbetriebes mit 1,64 und noch weit mehr die des Gewerbebetriebes mit 0,69 Verlustfällen überstieg. Am meisten gefährdet sei der Steinkohlen-Bergbau. Die Durchschnittsziffer der fünf Jahre 1891 bis 1895 in Preußen mit 2,493 auf 1000 Arbeiter übertreffe bei weitem die Durchschnittsziffern von England (1,536), Belgien (1,664) und Frankreich (1,119). Unter den Verunglückungsursachen stehe obenan der Stein- und Kohlenfall mit 0,921 für 1000 Arbeiter, während für Schlagwetter die Unfallsziffer nur 0,331 betrage. Auch hier träten die Unfallziffern von England (0,645), Belgien (0,544), Frankreich (0,400) gegenüber den unserigen weit zurück. Unter diesen Umständen erscheine es vor allem geboten, den Ursachen dieser hohen Verlustziffern näher nachzugehen, ihren Zusammenhang mit der Lagerung der Flöze, der Beschaffenheit der Kohle, der Art der Gewinnung, mit den Verhältnissen der Arbeiter und der Kohlen verbrauchenden Industrie, kurz, mit all den besonderen Umständen, die sich für jedes Revier verschieden stellen, sorgfältig aufzudecken und hiernach die Maßregeln zu erwägen, die allgemein und für die einzelnen Reviere zur wirksamen Verhütung dieser Unfälle in Frage kommen. Für die durch schlagende Wetter herbeigeführten Unfälle sei bereits in den achtziger Jahren eine Kommission niedergesetzt worden, deren Vorschläge die Grundlage der jetzigen bergbaupolizeilichen Vorschriften bildeten und die zur Einsetzung der Revisionskommission für die einzelnen Grubenbezirke geführt hätten, deren Thätigkeit noch jetzt nicht abgeschlossen sei und wohl zu einer dauernden Institution werden würde. Die jetzige Kommission sei zur Untersuchung der durch Stein- und Kohlenfall herbeigeführten Unfälle niedergesetzt worden, und der Minister habe besonders Gewicht darauf gelegt, aus allen Kreisen des Bergbaues, insbesondere auch aus der Zahl tüchtiger Grubenarbeiter, die Kommission zusammenzusetzen, um thunlichst alle Erfahrungen zu verwerthen.

Die Kommission setzt zunächst ihren Arbeitsplan auf grund eines vom Minister vorgelegten Programm-Entwurfs fest. Die Vertreter der fünf verschiedenen Grubenvereine verhandeln hierauf gesondert und treten sodann zur gemeinsamen Berathung über das Ergebniß ihrer Thätigkeit zusammen. Vorsitzender der Kommission ist Oberbergrath Freund.

Zur Krankenpflege auf dem Lande. Auf Anregung des Vaterländischen Frauenvereins im Landkreis Königsberg hatte das Reichsversicherungsamt kürzlich Musterverträge für ein Zusammenwirken zwischen den die Krankenpflege ausübenden Frauenvereinen und Diakonissenanstalten einerseits und den öffentlichen Krankenversicherungen andererseits ausarbeiten lassen und deren Benutzung den Versicherungsanstalten dringend anempfohlen. Es sind daraufhin in einzelnen Kreisen Norddeutschlands sowohl von den ländlichen Gemeindevorständen und den Altersversicherungs-Anstalten, wie auch von mehreren örtlichen Frauenvereinen Schritte unternommen worden, um auf dieser Grundlage eine Ausdehnung der ländlichen Krankenpflege zu ermöglichen. Das System besteht darin, daß die betr. Frauenvereine in die einzelnen Gemeinden ausgebildete Krankenpflegerinnen senden oder für jeden Amtsbezirk eine Diakonissenstation errichten, während die Gemeindevorstände sowie die Krankenversicherungen den Vereinen einen Pauschalbeitrag zur Unterhaltung der Pflegerinnen zahlen. Außer im Kreise Königsberg ist bisher dieses System im Kreise Siegen durchgeführt worden. Nach einer im Reichsversicherungsamt aufgestellten Berechnung könnten, falls diese Organisation der Krankenpflege über alle ländlichen Kreise des Deutschen Reiches ausgedehnt würde, darin noch gegen 15 000 Frauen lohnende Berufsthätigkeit finden.

Arbeiterrisiko. In der Mombacher Konservenfabrik wurde durch Explosion eines Kochfasses ein Arbeiter gegen die Decke geschleudert und ihm die Hirnschale zertrümmert. — Auf dem Neubau der katholischen Kirche in Heiligenhaus stürzte ein 20jähriger Klempner vom Thurme herab. Er war auf der Stelle todt.

Der dritte Kongreß der Gastwirthsgehilfen Deutschlands

fährt in der Tagung vom Mittwoch in der Berathung der Arbeitsnachweisfrage fort. Auch heute findet über diese wichtige Angelegenheit noch eine ausführliche Diskussion statt, nachdem die Referate bereits am Dienstag gehalten sind. Mit längeren Reden betheiligen sich Gertz (Altona), Kapphengst (Hamburg) Claus (Leipzig), Fröhlich (Hamburg), Ströhlinger, Zeiske und Pötzsch, alle drei aus Berlin. Es liegen zu der Frage, wie bereits gestern berichtet, verschiedene Anträge und Resolutionen vor. Angenommen werden durch den Kongreß ein Antrag, der bestimmt, daß — wenn Filialen mit Wirthe- oder Gehilfenvereinen Abmachungen über den Arbeitsnachweis treffen wollen — hierzu die Genehmigung des Zentralvorstandes einzuholen ist. Ferner ein Antrag, regelmäßige Aufnahme von Statistiken betreffend. — Die prinzipielle Stellung des Kongresses zur Arbeitsnachweis-Frage wird durch Annahme der folgenden von Pötzsch eingebrachten Resolution festgelegt:

„Die Arbeitsvermittelung gehört in die Hände der Arbeiterschaft; dieses Ziel zu erreichen, sollte eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften sein.

Der „neutrale" Arbeitsnachweis, wie er von seiten bürgerlicher Reformer befürwortet wird und von einigen Kommunalbehörden bereits zur Durchführung gelangt ist, erscheint für die Arbeiter wenig erstrebenswerth, namentlich solange, als die Verwaltungen der Gemeinden in den Händen von mehr oder weniger arbeiterfeindlichen Parteien sich befinden und solange der Selbstverwaltung der Gemeinden so enge Grenzen gezogen sind wie gegenwärtig noch im Deutschen Reich.

Abmachungen mit Unternehmer-Vereinigungen (Tarif-Gemeinschaften) sind nicht prinzipiell zu verwerfen. Sie sind anzustreben, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten. Voraussetzung dabei aber ist, daß die beiden kontrahirenden Parteien über annähernd die gleiche Macht verfügen, da andernfalls solche Vereinbarungen in der Regel nicht von langer Dauer sein werden."

Ueber den Tagesordnungspunkt „Stellungnahme zum Allgemeinen Fachkongreß" referirte Wegener-Berlin. Ein allgemeiner Fachkongreß des Gastwirthsgewerbes ist von einigen nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gehilfenvereinigungen angeregt worden. Seitdem aber auch die klassenbewußten Arbeiter ihre Absicht kundgegeben haben, auf diesem Kongreß ebenfalls zu erscheinen, ist die Sache etwas ins Stocken gerathen. Nach längerer Berathung der Angelegenheit wird die folgende vom Referenten eingebrachte Resolution zum Beschluß erhoben:

„Der Kongreß begrüßt die Idee, einen allgemeinen Fachkongreß stattfinden zu lassen, mit Freuden. Er bedauert jedoch die Art der Einberufung und die in Aussicht genommenen Zulassungsbedingungen; des weiteren hält er die aufgestellte Tagesordnung für unzulänglich. — Trotzdem sind die Delegirten der Meinung, daß der allgemeine Fachkongreß möglichst zu beschicken ist. Sie beauftragen das Büreau des Kongresses, zur geeigneten Zeit die Agitation dafür in die Hand zu nehmen."

Die Erledigung dieser Angelegenheit hat sich bis in den Nachmittag hineingezogen. — Zum Tagesordnungspunkt „Prozentarbeit" referirt Kabbe (Dresden). Die Prozentarbeit ist eine namentlich in Sachsen stark verbreitete Entlohnungsform der Kellner, bei der sie weder festen Tagelohn, noch größere Einnahmen durch Trinkgelder haben, sondern mit einem Prozentantheil an dem von ihnen erzielten Umsatz betheiligt sind. Das System ist jedoch fast ebenso entwürdigend, wie die Entlohnung durch Trinkgelder, weil die Kellner versuchen müssen, die besten Gäste in ihr Revier zu ziehen und sie zu einer großen Zeche zu veranlassen. Und dabei gewährt es nur schlechten Verdienst, weil die Wirthe bei Festlichkeiten und dergleichen, die einen größeren Umsatz versprechen, sofort den Prozentantheil des Kellners herabsetzen. Der Referent ersucht, die folgende, bereits auf einem früheren Kongreß beschlossene Resolution aufs neue zu sanktioniren.

„Der Kongreß erklärt, daß die Entlohnung durch Trinkgeld und durch prozentuale Gewinnbetheiligung als die gemeinsten, die Betheiligten demoralisirenden Bezahlungsformen prinzipiell zu verwerfen und entschieden zu bekämpfen sind. Ferner ist die Aufhebung der in Form von Kost und Logis gegebenen Naturalverpflegung anzustreben, da diese die Abhängigkeit des Personals vom Arbeitgeber nur vermehrt. Als einzig richtige Bezahlungsform erkennt der Kongreß nur die feste Bezahlung durch Zeitlohn an."

Auch über diesen Gegenstand findet eine ausgedehnte Diskussion statt. Die Abstimmungen werden erst morgen vorgenommen werden.

Abends findet in Keller's Festsälen zu Ehren der Delegirten ein Kommers nebst Ball statt, der mit dem achten Stiftungsfest des Vereins der Berliner Gastwirthsgehilfen verbunden ist.

Versammlungen.

Die ausständigen Korbmacher hielten am Mittwoch eine Versammlung ab, in der die Lohnbewegung zur Besprechung stand. Wie der Referent, Paul Keller, darlegte, ist die Ursache des Streiks in den fortwährenden Lohnreduktionen zu suchen. Die ursprünglichen Löhne in der Kugelkorbbranche betrugen pro Korb 5 M. und stiegen bei starker Nachfrage bis 5,50 und 5,75 M. Zwei Geschäfte, die Firmen Starke und Robert Schmidt u. Comp. haben die Preise mittlerweile bis auf 4 M. herabgesetzt, und fordern nunmehr die Arbeiter einen Lohn von 4,50 M. Auf Anregung Dost's gaben die Vertrauensleute einen Bericht über den Umfang des Ausstandes. Danach befinden sich 106 Korbmacher im Ausstand, von welchen nach Abzug der Abgereisten 93 zu unterstützen sind. Von diesen sind 82 organisirt. Die Versammlung vollzog alsdann die Wahl einer Kommission, der folgende Personen angehören: Keller, Böttsch, Zblow, Grüneberg, Brandt und Kummer. Das Streikbureau befindet sich bei Wilke, Andreasstraße 26. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Streikenden zum strengen Festhalten an ihrer Forderung aufgefordert wurden.

Die Schuhmacher hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der Streik in der Simon u. Cohn'schen Filzschuhfabrik. Ueber die Ursachen, welche zur Arbeitsniederlegung führten, referirte Hildebrandt. Die Ursache bilde das Verhalten eines Werkführers der Fabrik, der vor einigen Wochen eine Arbeiterin ohne Grund entließ und diese nach der Abrechnung in roher Weise packte und sie zur Thür hinaus und zur Treppe hinunterwarf. Einer der Mitarbeiter, der gegen das Auftreten des Werkführers Einspruch erhob, wurde vor einigen Tagen in derselben rücksichtslosen Weise behandelt und entlassen. Der bei dem Chef vorstellig werdende Arbeiterausschuß wurde abgewiesen und demselben bedeutet, daß der Werkführer recht gehandelt habe. Der Werkführer sei eigens zur Einführung eines strengen Regiments bestellt. Auf die Frage, warum der Arbeiter entlassen worden sei, erwiderte der betreffende Fabrikant voller Hohn: „Weil mir seine Nase zu lang, seine Stirn zu hoch und seine Ohren zu groß sind! —" Die Arbeiter hätten beim ersten Fall, um allen Anlaß zu einem größeren Kampf zu vermeiden, geschwiegen. Gestern sei ihnen der Geduldsfaden gerissen. Der Kommission sei auf ihre Interventionsversuche gleichfalls die Thür gewiesen worden. 34 Schuhmacher legten die Arbeit nieder und sind nicht eher gewillt weiter zu arbeiten, bis ihnen eine menschenwürdige Behandlung garantirt sei. Sämmtliche Angaben des Referenten werden von den nachfolgenden Rednern bestätigt. Die Androhung des Ringfabrikanten Simon mit einer allgemeinen Aussperrung mache keinen Eindruck auf die Schuhmacher, da erstens kein genügender Anlaß vorliege und gegenwärtig Hochsaison sei. Folgende Resolution gelangt einstimmig zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt die Behandlung der Arbeiter durch den Werkführer Eggert als eines freien Arbeiters unwürdig, mißbilligt ferner das Ablehnen der Fabrikanten Simon und Cohn, mit dem Arbeiterausschuß und der Vertretung der organisirten Arbeiter zu unterhandeln. Sie erblickt in der Entlassung der für die Interessen der Arbeiter eintretenden Kollegen eine Maßregelung, welche der in diesem Frühjahr getroffenen Vereinbarung entgegensteht, und erklärt den Streik für gerechtfertigt, verspricht, den Ausständigen moralisch und finanziell im ausgedehntesten Maße zu helfen."

Rixdorf. Eine gutbesuchte Parteiversammlung fand hier am 27. Oktober in Gröbler's Salon statt. Nachdem des Genossen Grillenberger würdig gedacht worden war, erstattete der Vertrauensmann Sy seinen Jahresbericht. Die Gesammteinnahme betrug 1133,80 M., die Gesammtausgabe 759,20 M., so daß ein Bestand von 374,60 M. verblieb. Sodann berichtete Ostermann über die Verhältnisse der Parteispedition. Der Betrieb habe sich seit dem vorigen Jahre gehoben. Während 1896 noch eine Mehrausgabe von 62,85 M. zu verzeichnen war, sei in diesem Jahre nach Abzug der Schuld ein Ueberschuß von 32,86 M. vorhanden. Die Gesammteinnahme der Zeitungsspedition bezifferte sich vom 1. Oktober 1896 bis zum 1. Oktober 1897 auf 10 467,48 M., die Gesammtausgabe auf 10 372,33 M. Vertrieben wurden außer dem „Vorwärts" das „Volksblatt", der „Wahre Jakob", „Glühlichter", „Buchdrucker-Wacht", „Märzzeitung" und „Maizeitung". Die Abonnenten des „Vorwärts" vermehrten sich von 629 auf 803; durch den Verkauf des „Vorwärts" kamen 9486,95 M. ein. An Resten vom vorigen Jahr wurden 77,13 M. eingenommen, dagegen sind im laufenden Geschäftsjahr Quittungen über 185,92 M. nicht eingelöst worden. Um diese Außenstände würde sich der Ueberschuß erhöhen. Die Buchhandlung erzielte einen Netto-Ueberschuß von 89,20 Mark. Insgesammt wurden für 872,25 Mark Bücher verkauft. — Auf Antrag der Zeitungskommission wurde Ostermann Decharge ertheilt. Darauf erstattete Dohrmann den Bericht der Lokalkommission. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung mit der Sperrung der Viktoriasäle des Musikdirektors Schwarz einverstanden. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Hoppe, Vertrauensmann; Wurbs, Pohl, Lose, Zeitungskommission; Dohrmann, Jungandreas, Schmidt, Lokalkommission.

Nunmehr berichtete Zubeil eingehend über die Verhandlungen des Parteitags. Zu dem Beschluß, betr. die Betheiligung an den Landtagswahlen, bemerkt Redner, er müsse bedauern, daß hervorragende Genossen jetzt schon in eine Polemik einträten über die Verwirklichung des Beschlusses. Es habe bereits den Anschein, als sollten die fraglichen Beschlüsse der höchsten Partei-Instanz nicht bindend bleiben. Sollte daran von den Freunden der Wahlbetheiligung gedeutelt werden, dann hätten auch die Gegner Recht, ihren Standpunkt hervorzukehren. An den Beschlüssen gebe es nichts zu rütteln. Der Delegirte Eberhard sprach nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen Zubeil's die Erwartung aus, daß die Genossen in Rixdorf wie die des ganzen Kreises dann Mann für Mann auf dem Posten seien, wenn es sich bei den Landtagswahlen darum handele, aus eigener Kraft etwas zu erringen.

Folgende Resolution wird zur Debatte gestellt: „Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Anträge 36, 53 und 54 vom Parteitage abgelehnt wurden. Für die Erringung des Achtstundentages ist und wird zu wenig gethan. Aber gerade hierfür energisch einzutreten, sind wir verpflichtet, soll die Arbeiterschaft bei der fünfjährigen Legislaturperiode nicht ganz und gar erschlaffen. Desgleichen müssen die Massen auf den eventuellen Staatsstreich vorbereitet werden, da nur bei einem aufgeklärten, kampfesmuthigen Volke der Staatsstreich wirkungslos bleibt. Die Versammlung kann sich mit dem Beschluß, sich an den Landtagswahlen zu betheiligen, nicht einverstanden erklären, sie spricht die Hoffnung aus, daß zur Militärfrage in der Fraktion ein Standpunkt Schippel nicht wieder Anklang findet. Mit dem Verhalten der Delegirten des Kreises erklärt sich die Versammlung einverstanden."

Der Antragsteller Retzerau begründete die Resolution in längeren Ausführungen. Ein größeres Gewicht als auf das Parlamentiren sei auf die Aufrüttelung der Massen zu legen, und dazu bedürfe es einer energischen Agitation für den Achtstundentag. In Sachen der Landtagswahl ist Redner Zubeil's Meinung. Er verlangt, daß sich Auer den Wünschen der Genossen füge und nicht nach seinem Kopfe gehe. Die Betheiligung an den Landtagswahlen werde nur Zwistigkeiten zeitigen. — Wurbs tritt warm für die Betheiligung an den Landtagswahlen ein, von der er eine Beseitigung der Junkerherrschaft erhofft, wenn die Partei bei der endgiltigen Entscheidung das „kleinere Uebel" wähle. — Botamy (Pole) findet es begreiflich, daß bei der jetzigen Behandlung der Polen seitens der preußischen Regierung, die Polen zu den Deutschen kein Vertrauen hätten. Nach dem Schlußworte Zubeil's, der eine besondere Agitation für den Achtstundentag jetzt nicht für angebracht hält, wurde obige Resolution gegen 7 Stimmen angenommen. Schließlich beschloß man noch einstimmig, für den Verein „Vorwärts" kräftig zu agitiren und schon jetzt die Agitation für die Reichstags-Wahlen zu beginnen.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend. Vorsitzender P. Gent, Dresdenerstr. 107/108. Alle Zuschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an H. Wendt, Alexandrinenstraße 109, zu richten.

Arbeiter-Radfahrerbund Berlino und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 60, 2. Hof.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Plantagenstr. 50, 2 Tr.

Naturheilverein I. Am Freitag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, im Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Oeffentlicher Vortrag über: „Zahnpflege."

Berliner Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 33, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, abends von 7–9 Uhr: A. Daehne, Temminerstr. 66, 2 Tr. K. Gutheil, Wiesenstr. 29a, von 8–9 Uhr abends. F. Pieschel, Gartenstr. 55, 2 Tr. G. Simanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oderbergerstraße 37, 4 Tr., von 6–8 Uhr abends. R. Tamm, Hussitenstr. 6, von 8–9 Uhr abends. R. Voigt, Wiesenstr. 41–42. G. Warnn, Kolbergerstr. 7, von 6–7 Uhr abends. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 58. P. Reimann, Bellermannstr. 93. F. Trapp, Schulstr. 59, von 7–8 Uhr abends.

Im Nord-Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung W. Bode, Schönhauser Allee 62.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader Gr. Frankfurterstr. 34, 2. 4 Tr.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalthoff, Michaelkirchstr. 18.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stägemaier, Grimmstraße 29. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Keller, Rixdorf, Hauptstr. 58, Hof part.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Belowstr. 44

Im Nord-Westen: Nur für Unfallversicherung: J. Krause, Wilsnacker Straße 19. M. Stephan, Lessingstr. 34.

Im Zentrum: Nur für Unfallversicherung: G. Löffler, Klosterstr. 91.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7–9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnabend Abend von 6 bis 8 Uhr statt.

M. L. 57. Unter den herrschenden Preßverhältnissen würde die Wiedergabe dieses Artikels mindestens ein Jahr Gefängniß für den verantwortlichen Redakteur bedeuten.

20. 40. J. C. Dr. R. Wollny, Berlin NW., Werftstraße 8. Apparate zur Untersuchung von Milch, Butter, Kakao, Bier u. a.

F. S. Fragen Sie an bei Karl Scholz, Berlin, Ackerstr. 110.

J. St. in St. Die Engels'schen Artikel des „Vorwärts" sind nachher zu der bei W. u. Co. erschienenen Broschüre „Kann Europa abrüsten" zusammengefaßt worden. Andere Beiträge E.'s über dieses Thema sind uns nicht bekannt.

W. J. 146. Wenn der Inhalt Ihres uns unbekannten Miethsvertrages dem nicht entgegensteht: ja. — **50.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Ja. — **P. K. 100.** Das ist in den verschiedenen Theilen Deutschlands verschieden. — **H.** Nein.

Witterungsübersicht vom 28. Oktober 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1–12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde	775	SSO	1	heiter	3
Hamburg	773	SO	4	bedeckt	4
Berlin	775	S	3	Nebel	0
Wiesbaden	775	NO	2	bedeckt	4
München	774	O	2	Nebel	0
Wien	776	WNW	2	Nebel	−0
Haparanda	765	SW	2	Nebel	1
Petersburg	771	NW	2	halb bedeckt	4
Cork	766	S	5	bedeckt	12
Aberdeen	768	SSO	2	halb bedeckt	8
Paris	770	Still	—	Nebel	0

Wetter-Prognose für Freitag, den 29. Oktober 1897.
Trocken und vorwiegend heiter, zeitweise neblig, bei schwachen südlichen Winden, Nachtfrost und langsam steigender Tagestemperatur.
Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Aus England.

London, 24. Oktober 1897. (Eig. Ber.)

(Massendemonstration für direkte Gemeindearbeiten. — Bevorstehende Schulrathswahlen. — Parlamentswahl in Barnsley.)

Heute Nachmittag fand auf Trafalgar Square eine große, vom Londoner Gewerkschaftsrath veranstaltete Demonstration statt zu gunsten des Prinzips der Ausführung der Gemeindearbeiten in eigener Regie. Gegen 20 000 Arbeiter mit Bannern und Musikchören füllten den Platz, auf dem von 6 Stellen herab bekannte Vertreter der Londoner Arbeiterbewegung — die Arbeitermitglieder des Grafschaftsraths, darunter auch Burns, Gewerkschaftsvertreter, Mitglieder der sozialdemokratischen Föderation und der Independent Labour Party 2c. — sprachen. Der sonst den Meetings als Zentralpunkt dienende Sockel der Nelsonsäule war diesmal anderweitig besetzt. Ein im vorigen Jahr gegründeter „Flottenverein" (Navy League), der es sich zur Aufgabe gestellt hat, dem englischen Volke die Begeisterung für immer neue Kriegsschiffe einzupauken, hat zum Jahrestag der Schlacht bei Trafalgar (21. Oktober) die Nelsonsäule mit Kränzen und Guirlanden ausgeschmückt, und so war der Sockel der Säule heute für Redner gesperrt. Daß die organisirten Londoner Arbeiter für den Flottenverein und seine Bestrebungen wenig Begeisterung haben, ward in verschiedenen Reden kräftig zum Ausdruck gebracht. Die von den Anwesenden beschlossene Resolution lautet:

„Diese Massenversammlung von Arbeitern der Hauptstadt erklärt sich zu gunsten direkter Beschäftigung der Arbeiter durch alle Gemeindeverwaltungen und verpflichtet sich, bei den bevorstehenden Wahlen zum Grafschaftsrath keinen Kandidaten zu unterstützen, der nicht für die Forterhaltung eines Betriebsamts eintritt, das unter der direkten Kontrolle des ganzen Grafschaftsraths stehen soll."

Die Wahlen, auf die die Resolution hinweist, finden Anfang März nächsten Jahres statt. Bei der Wahl von 1895 war es bekanntlich den Konservativen gelungen, die progressistische Mehrheit des Grafschaftsraths zu sprengen, und seitdem ist das Betriebsamt systematisch „ausgehungert" und reduzirt worden. Neben anderen Gründen war unzweifelhaft die Lässigkeit eines Theils der Arbeiter an dem Siege der Konservativen schuld. Werden die damals gemachten Fehler vermieden, so ist auf das Zustandekommen einer festen progressistischen Mehrheit mit starker Arbeiter-Vertretung im nächsten Grafschaftsrath sicher zu rechnen. —

Noch vor den Erneuerungswahlen zum Grafschaftsrath, nämlich schon im November dieses Jahres, finden die Erneuerungswahlen zum Londoner Schulamt statt. Der Gegensatz zwischen den Konservativen („Moderates") und den Progressisten dreht sich hier namentlich um die Frage des Religionsunterrichts und der privaten Elementarschulen. Die ersteren wollen den Religionsunterricht dogmatisch, die letzteren ihn undogmatisch ertheilt haben, die ersteren wollen die privaten Schulen, die hier meist kirchlich sind, durch Subventionen aus öffentlichen Mitteln forterhalten, aber ihre öffentliche Kontrolle innerhalb bestimmter Grenzen halten, die Progressisten wollen alle Schulen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, starker öffentlicher Kontrolle unterstellen und erstreben ferner die allmälige Umwandlung oder Zusammenlegung der privaten Elementarschulen in Gemeindeschulen. Außerdem steht auf ihrem Programm eine Arbeitspolitik, wie sie die Progressisten im Grafschaftsrath vertreten. Vor drei Jahren erhielten die Progressisten bei den Wahlen die Mehrheit der Stimmen, setzten aber dank allerhand Zersplitterungen, nur eine Minderheit von Vertretern durch. Diesmal herrschen in den Reihen der Gemäßigten große Gegensätze, was natürlich den Progressisten einen besseren Erfolg wie damals verspricht — wenn es nicht im Lager der Linken auch noch ernsthafte Spaltungen giebt.

Bei den Wahlen zum Schulrath herrscht das kumulative Votum. Die Wahlbezirke sind sehr ausgedehnt und wählen bis zu sieben Vertreter, jeder Wähler hat soviel Stimmen wie der Bezirk Vertreter wählt, darf sie nach Belieben vertheilen, sie, wenn er will, alle auf einen Kandidaten zusammenwerfen (kumuliren.) Während die Fabian'schen Sozialisten mit den Progressisten gehen, stellt die Sozialdemokratische Föderation in Verbindung mit der Independent Labour Party in 6 Bezirken eigene Kandidaten auf. Die in den Mittelpunkt der Agitation gestellte Forderung ist die des unentgeltlichen Unterhalts („free maintenance") der Schulkinder aus Staatsmitteln. Daneben Ausschließung des konfessionellen Unterrichts aus der Volksschule und Herabsetzung der Schülerzahl pro Lehrer bis auf 30. Mit einem nicht ganz so weitgehenden Programm kandidirt im Bezirk von Greenwich die Sozialistin Mrs. B. Adams als Kandidatin der dortigen Arbeiter- und Gewerkvereine. —

Am nächsten Donnerstag findet in Barnsley (Yorkshire) eine interessante Nachwahl zum Parlament statt. Neben einem konservativen und einem liberalen Kandidaten tritt als Arbeiter-Kandidat der Sozialist Pete Curran (ständiger Organisator der Gasarbeiter-Gewerkschaft) auf. Barnsley ist ein Bergarbeiter-Distrikt, das Zentrum des Bergarbeiter-Verbandes von Yorkshire und des großen Bergarbeiter-Verbandes von Großbritannien. Die offiziellen Leiter des Verbandes: Ben Pickard, E. Cowey u. s. w. treten für den liberalen Kandidaten, einen wohlhabenden Kohlenhändler aus Middlesbrough auf, dagegen haben sich verschiedene Sektionen für Curran erklärt, der ein sehr fähiger Redner ist und die Unterstützung der Sozialisten aller Richtungen, ja selbst die einiger Radikal-Demokraten hat. Man darf unter diesen Umständen auf den Ausgang der Wahl gespannt sein. Bisher war der Wahlkreis liberal vertreten. —

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie** von Franz Mehring (Stuttgart, Dietz Verlag) sind Heft 21 und 22 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kapitel 2: Lassalle's taktische Wendung. 1. Die rheinische Heerschau und der Sturm auf Berlin. 2. Lassalle und Bismarck. 3. Lassalle's Kämpfe mit Justiz und Polizei. 4. Bastiat-Schulze. Kapitel 3: Lassalle's Ende. Kapitel 4: Die Internationale Arbeiterassoziation.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 1. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Karl Grünenberger. — Die ökonomischen Grundlagen der Mutterherrschaft. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung.) — Die Abnahme der Sterblichkeit in Preußen. Von Dr. H. Rosenfeld. — Ein Beitrag zur Geschichte des „Bundes der Geächteten". Von Heinrich Schmidt. — Notizen: Einige Notizen aus dem Berliner Abgangszeugniß von Karl Marx. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prevost. (Fortsetzung.)

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 22 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Karl Grünenberger †. — Liebknecht's Verurtheilung. — Der Parteitag zu Hamburg. — Der gesetzliche Arbeiterinnenschutz in der Schweiz. Von D. Zinner-Winterthur. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Nur ein Mal! Von Dorothee Goßeler. (Schluß.) — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages zu Hamburg. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nr. 3902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 85 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.
Unser Mitglied 166/19
C. Fährmann
ist am 25. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. M., nachm. um 4 Uhr, auf dem Dankesfriedhof Blankestraße in Reinickendorf statt.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme am Begräbniß meines Mannes des Metalldrückers **Georg Schultze**, sowie auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Kollegen und Kolleginnen der Firma J. Hirschhorn. 1523b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Konstituirende Versammlung der Buchbinder
und verw. Berufsgenossen zu Berlin
am Sonnabend, den 30. Oktober cr., abends 9½ Uhr, im **„Dresdener Garten"**, Dresdenerstr. 45.
Tagesordnung:
1. Statutenberathung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. [28/15
Zahlreiches Erscheinen erwartet
A. Freudenreich, Bismannstr. 18, I.

Ordentliche General-Versammlung der Ortskrankenkasse
der Hutmacher, Hutfournituren- und Filzwaaren-Verfertiger zu Berlin
am Sonntag, den **7. November** 1897, vormittags 10 Uhr, im Restaurant des Herrn **A. Feind**, Weinstr. 11, wozu die Delegirten, deren Wahl pro 1897 lautet, hiermit eingeladen werden. 1524b
Tagesordnung:
1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1897, (§ 47 Abs. 1 der Statuten.) 2. Ersatzwahl zweier Vorstandsmitglieder der Arbeitnehmer. 3. Abänderung des § 2 Abs. 4 des Statuts (Fortfall der Worte „sowie Handlungsgehilfen und Lehrlinge") und der §§ 11, 18, 26 und 27. 4. Bericht der in der Generalversammlung am 25. April 1897 gewählten Kommission zur Ausarbeitung der Statuten. 5. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Postkarte gestattet.
Der Vorstand.
gez. H. Rieck, Anhaltstr. 14.

Achtung! Achtung!
Allen Kollegen und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich meine
Restauration „Zur Metallarbeiter-Börse"
von Danzigerstr. 93 nach **Friedrichsberg, Mainzerstr. 21** (nahe der Frankfurter Allee) verlegt habe.
Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 3385b*
Achtungsvoll **W. Hansen.**

27. November
sofort gratis zu vergeben. 3324b*
Nieft's Festsäle,
Weberstr. 17.

Sophastoffe
auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 2952b*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Achtung! Achtung!
Genossinnen u. Genossen.
Montag, den 1. November 1897, abends 8 Uhr, im Lokale „Sanssouci", Rothbuserstraße 4a:
Große Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Paul Singer** über: Die Schulfrage und die Kinderausbeutung vor der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. 2. Diskussion.
Wir fordern alle Frauen auf, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
1/10 **Die Vertrauensperson.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei **Cohn**, Beuthstr. 20/21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.
Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 11 Uhr, Alte Jakobstr. 83:
Versammlung.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gewünscht. [288/2

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 30. Oktober cr., abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Nassatsch** über: Die heilige Stellung der Frau. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. — Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zur Urania. — Damen haben Zutritt.
199/11 **Der Vorstand.**

Achtung, Metalldrücker!
Ersuche die Werkstatt-Vertrauensleute, die noch nicht im Besitz von Listen oder Marken für die englischen Maschinenbauer sind, diese in Empfang zu nehmen und zwar des Sonnabends abends von 8 Uhr an im Lokal von Zastrow (Alte Linde), Admiralstr. 40a. Auch die säumigen Kollegen möchte ich erinnern, daß wir alle Sonnabende in diesem Lokal abrechnen!
170/4 **Der Vertrauensmann.**

Rummelsburg-Stralau!
Sonntag, den 31. Oktober 1897, nachmittags 1½ Uhr, bei E. Gursch, Stralau Nr. 5:
General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Gesammtvorstandes, des Bibliothekars und der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
8/11 **Der Vorstand.**

Meinen werthen Parteigenossen und Freunden empfehle mein
Oel-, Licht- und Seifen-Geschäft
und alle in das Fach einschlagenden Artikel.
Insbesondere die Genossen des Süd-Ostens ersuche ich um freundlichen Zuspruch.
Wittwe Lina Schultze,
Pücklerstraße 12,
früher in Königsberg in Preußen.

Sonnabend: Reste-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57—59.

Freie Volksbühne.
IV. Abtheilung: Sonntag, den 31. Oktober, letzte Vorstellung
Die Hexe
im **Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater.**
Besonders machen wir aufmerksam, dass **diese Vorstellung um 4 Uhr beginnt.** Diejenigen Mitglieder, welche die Vorstellung noch **einmal sehen wollen, mögen sich in ihrer Zahlstelle eine Marke einlösen** und in Rubrik VII einkleben.
Am 7. November 3 Uhr I. Abtheilung
„ 14. „ „ II. „
„ 21. „ „ III. „
„ 28. „ „ IV. „
Zur Aufführung gelangt im Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
„Sein Jubiläum"
ein Bild aus dem Handwerkerleben in einem Aufzuge von Ernst Preczang
und
„Die Fahnenweihe".
Eine Komödie in 5 Akten von Josef Ruederer.
Die Mitglieder der ersten Abtheilungen werden dringend gebeten, nur die Vorstellungen ihrer Abtheilung zu besuchen, um jede Ueberfüllung der letzten Abtheilungen zu vermeiden. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, **dass es die vornehmste Pflicht** jedes Theaterbesuchers ist, im Interesse des Kunstgenusses aller Anwesenden **vor Beginn der Vorstellung zu erscheinen** und jede Störung zu vermeiden.
Mitglieder werden nur noch zur IV. Abtheilung in allen Zahlstellen aufgenommen.
Im Monat **Dezember, Januar** und **März** ev. **Mai** finden die Vorstellungen im **Lessing-Theater** statt.
299/8 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 31. Oktober, abends ½7 Uhr, in **Cohn's Festsälen,**
Beuthstr. 20 (Neuer Aufgang No. 19):
Vortrag vom Genossen August Bebel über: Was uns die Resultate der Gewerbezählung lehren.
Der Vortrag beginnt **pünktlich um 7 Uhr.**
Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Mitglieder und Gäste sind höflichst eingeladen.
Um zahlreichen Besuch bittet
1519b **Der Vorstand.**

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Freitag, den 29. Oktober 1897, abends 7½ Uhr:
Humoristischer Abend.
Sämmtliche Clowns
in ihren besten Nummern.
Zum 1. Male: **100 Clowns,** männl. u. weibl. Zum 1. Male: Eine Pariser **Damenkapelle.** Schneider Fips, kom. Episode der Gebr. **Price.** Auftreten der Clowns Gebrüder **Bergère, Boganowsky, Cyrillo, Magrini. Pferd und Hund.** Original-Dressur des Sign. **Corradini.** Zum 1. Male: Leopard, dressirt u. geritten von Herrn **Fosttit-Burghard.** Die vorzüglichsten Freiheitsdressuren des Dir. **Busch. Gebrüder Batta,** eine Velocipedefahrt an der Circusdecke.
Morgen: Neues Programm. Eine Velocipedefahrt an der Circusdecke.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garantirt neue **Bettfedern** à Pfd. 55 Pf., **chinesische Halbdaunen** à Pfd. M. 1,25, **bessere Halbdaunen** à Pfd. M. 1,75, **vorzügliche Daunen** à Pfd. M. 2,85. **Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett.** Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Für Händler, Hausirer 2c.
Pösneck Flanelle und Lamas.
Stückreste und kleinere Reste à Pfd. 2,50 M. und 3,00 M. versendet jeden beliebigen Posten franko gegen Nachnahme **Herm. Possner,**
1532b* **Pösneck i. Th.**

Dr. Simmel Moritzplatz, (Haus v. Aschinger)
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos, Zahnziehen mittl. Cocain, Cloréthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M.
Guckel, Lausitzer Platz 2, Elisabethstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Frauenkrankheiten: Dr. med. Schaper,
homöop. Arzt,
Schönebergerufer 25. Spr. 9—1, 4—7.

Singvögel,
Vogelbauer, Vogelfutter, Insektenmehl ganz billig die Vogelhandlung
1528b*] **J. Stein,** Wallstr. 72.

Fahrräder
Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** zu billigsten Kassapreisen auf
Theilzahlung
zu d. koulantest. Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt aller Systeme. [3328b*
Adomeit & Landau,
Lothringer-Straße 48,
dicht am Rosenthaler Thor.

Johannisbeerwein
1/10 Liter Weinglas **10 Pf.**
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Hüte! Achtung! Hüte!
(Kein Laden.)
Weiche Herrenhüte von 1,50 an, **Kinderhüte und Mützen** zu den billigsten Preisen.
Fritz Weith, Rixdorf,
Hobrechtstr. 78 part.
12256* am Hermannplatz.

Brockhaus', Meyer's
Lexikon, Brehm's Thierleben, Klassiker, Weltgeschichten und andere Werke jeder Wissenschaft beleiht und kauft Antiquariat Kochstraße 56. 3/4*

Alte Stiefel, ausw. Repar. u. Best. **reell u. bill. Runge,** Brunnenstraße 43. [1526b

Betten schöner Stand sof. f. 20 M. zu verk. Ritterstr. 118, v. II r.

Wer Stoff hat,
verfertige Anzug, feinste Futtersachen für 20 M. Winterpaletot 18 M., Wollfutter, Sammetkragen. 1517b
Heymann, Chausseestr. 26.

Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Remontoiruhren spottbillig. Pfandleihe, Neanderstr. 6.

Betten, Gardinen, Tischdecken spottb. Neanderstr. 6, Pfandleihe.

Vereinszimmer 3. vergeb. Freienwalderstr. 12. [509

Muschelmöbel spottbillig verkäuflich Rosenthalerstr. 4 III l.

Frdl. möbl. Zimmer für 2 Herren. Zu erfrag. im Buttergesch. Langestr. 8. [1515b

Möbl. Zimmer o. Schlafst. sep. vermiethet Bork, Skalitzerstr. 95, H 3 Tr.

Schlafst. Puttlitzstr. 8, H. part. r. [1521b

Arbeitsmarkt.

Schulentlassenes **Mädchen,** welches zu Hause schläft, gesucht im Zigarrengeschäft Mariannenstr. 11. [1531b

Tücht. **Kehler** an eine amerikanische Maschine, der schon auf Goldleisten gearbeitet, sucht [1529b
Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Werkzeugschlosser,
der längere Zeit auf Mechanikknöpf gearbeitet hat, verlangt
Paul Hübner, Markusstr. 5.

Möbelpolirer!
Bei **Eberhard, Michaelbrücke 1** und bei **Wenkel Nachf., Besselstr. 14,** sind Differenzen ausgebrochen. Um Zuzug fernzuhalten, ersucht [148/16
Die Fachkommission d. Verbandes.

Ein sehr geübt. **Papier-Zuschneider** auf Kartons bei hohem Lohn und dauernder Stelle verlangt. Offerten unter **X. 3** nimmt die Exped. entgegen.

Bilderrahmenmacher
w. verlangt Kottbuser Ufer 32. [1483b

Barocauerahmen-Vergolder und **Farbigmacher** w. verl. Kottb. Ufer 32.

Inspektoren, Agenten,
welche in der Volks-Versicherung nachweislich gute Erfolge erzielt haben, werden unter sehr günstigen Bedingungen sofort von uns engagirt. Meldungen 9—12 Uhr bei **Iduna,** Mohrenstr. 11/12. 1518b

Vergolderer, Farbigmacher verlangt **C. Barthels,** Goldleistenfabrik, 1522b Gr. Frankfurterstr. 84.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 29. Oktober.

Opernhaus. A Basso Porto. Die Jahreszeiten. Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Der gehörnte Siegfried. Siegfried's Tod. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches. Die versunkene Glocke 7½ Uhr.

Berliner. Mein Leopold. Anfang 7½ Uhr.

Goethe. Der Sakontyroler. Anfang 7½ Uhr.

Lessing. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.

Neues. J Disonesti. Don Pietro Caruso. Anfang 7½ Uhr.

Residenz. Odette. Anfang 7½ Uhr.

Schiller. Kyritz-Pyritz. Anfang 8 Uhr.

Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7½ Uhr.

Luisen. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Tohu-Bohu. Anf. 7½ Uhr.

Ostend. Die Geisterglocke. Anfang 8 Uhr.

Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Im Sumpf. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

American. Berlin, wie's näht und trennt. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast. Spezialitäten.

Passage-Panopticum. Indisches Dorf.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.

Abends 8 Uhr:

Maria Stuart.

Ein Trauerspiel von Fr. v. Schiller.

Morgen Sonnabend:

Hopfenrath's Erben.

Volksstück mit Gesang in 5 Aufzügen von Heinrich Wilken.
Musik von G. Michaelis.
Sonntag Nachmittag 3 Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von **Julius Türk:**

Wilhelm Tell.

Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Räuber.**
Abends 8 Uhr: **Madame Bonivard.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr 132. Dir. **C. Weiß.**
Vorletzte Aufführung:

Die Geisterglocke.

Drama in 4 Akten von C. Matthias.
Musik von C. Schüler.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachmittag: Volks-Vorstellung zu halben Preisen: **Jugendbrunnen** oder **New-Nummelsburg.**
Abends 7½ Uhr: **Am Altar.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Freitag, den 29. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 56. Male:

Berliner Fahrten.

Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Thalia-Theater.

Freitag, den 29. Oktober 1897:
Zum 14. Male:

Hôtel Tohu-Bohu.

(L'Auberge du Tohu-Bohu.)
Vaudeville in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Léon.
Musik von Viktor Roger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdenerstr. 55.
Freitag, den 29. Oktober 1897:
Kolossaler Erfolg! Stürmischer Beifall!
Zum 49. Male:
Berlin wie's näht und trennt.
Volksstück m. Gesang in 2 Abth. v. L. Ely.
Musik von M. Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Parod. Traumbild.
Hugo Schulz als Seemann. **Wally Swollm,** Exentrique-Soubrette.
Emmy und **Ernst Rebentisch** als Zukunfts-Ehepaar.
Paul Bendix, Humorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntags 7½, Wochentags 8 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48—49.

Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Passage-Panopticum.

Letzte Woche

Indisches Dorf

mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt

Moung Toon.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

Bärenweib

die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!

Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.

Täglich:

Hoffmann's Quartett

und

Humoristen.

Anfang: Sonntag 7 Uhr, Wochent. 8 Uhr.

Sonnabend: vorletztes, Sonntag: letztes Gastspiel des Herrn **Müller-Lipart.**
Sonnabend, den 30. Oktober: Zum **200.** Male: **Lene, liebe Lene.**

H. Ebert's Festsäle

Kommandantenstrasse 72.

Habe noch einige Sonnabende u. Sonntage im November und Dezember frei. 14455

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.

Die Reezenburg.

Bilder aus dem Berliner Volksleben von L. Ely.

Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7½ Uhr. — Entree: Sonntags 40 Pfg., Wochentags 20 Pfg.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.

Heute, Freitag, 29. Oktober:

Tochter der Hölle.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Knetsel.

Sonnabend wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Sonntag: **Das Mädel ohne Geld.**
Volksstück mit Gesang.

89472

Personen haben nach Ausweis der Kassenbücher in den bisherigen **50** Aufführungen der Zug- u. Kassenstücke

Im Atelier u.
Ein Abend im Wintergarten

das

1. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater

in Kaufmann's Variété

besucht! Es repräsentirt dies einen **Erfolg,** wie ihn trotz der unnachahmlichen Eigenart ihrer völlig individuellen Komik und ihrer notorischen Beliebtheit **Donat** u. **Anton Herrnfeld** doch in allen ihren Stücken bisher so gross noch nie gehabt.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage)
Innenstrasse 42/43.

Direktion **Richard Winkler.**
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Neu! Novität! Neu!
Der Herzverführer.
Grosse Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Leop Ely. Musik von Holländer.
Vorher:
Tante Nollig. Posse in 1 Akt.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Dir.: **Winkler & Fröbel.**

Nur noch bis Sonntag: • Um 8½ Uhr:
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der urkom. Gesangsposse

'Ne wilde Sache.

Dazu das erfolgreiche brillante
Oktbr.-Riesen-Programm.

Fidele Droschkenfahrt | **Miniatur-Circus Nelly**
u. s. w. u. s. w.

Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.
In Vorbereitung:
Die Ballet-Ratten.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**

Erna Koschel. Mr. Brown.

Miss Marie Halton.

Mr. Rapoli. Dagmar Hansen.

Neun Heinzelmännchen.

Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.
Montag, den 1. November 1897: Wiederauftreten des Gesangshumoristen

Robert Steidl

und vollständig neues Programm.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.

Das flammende Räthsel?

3 Apollons!

Reuter, Natta, Novello
etc. etc.

Anfang des Konzerts 7½ Uhr, der Vorstellung **8** Uhr.
Entree 50 Pf.
Im **Parterre-Saal**
Sonnabend, den 30. Oktober:

Grosser fideler Abend

mit humoristischem Konzert, Stangenklettern und Gratis-Präsentvertheilung.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112
(nahe Potsdamer Platz).

Heute,
sowie jeden **Freitag u. Montag:**

Stettiner Sänger

(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Möhl, Schneider und Schrader.)

Anfang **8** Uhr.
Entree **50** Pf. Vorverkauf **40** Pf.
(Siehe Plakate.)
Neues Programm!

Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.

Täglich

Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
U. a.: **Deta Waldau,** U. a.: bildschöne Kostüm-Soubrette.
Eugen Rosée, der beste Mimiker.
Neu! Wer ist der Vater? Neu!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Neu! Die zweite Frau. Neu!
Volksstück.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Strasse Nr. 4a.
Dir. **H. Pierry.**
Artistischer Leiter **Jos. Aschinger.**
Stürmisch. Erfolg. Riesiger Beifall.
Sportmädel.
Neu! **Gruss aus Posen.** Neu!
Vorzügliche neue **Spezialitäten.**
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Wochent. Passe-partouts giltig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

---

6. Ziehung d. 4. Klasse 197. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 28. Oktober 1897, vormittags.
Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

88 382 545 788 808 991 1092 208 31 309 18 892 39 2033 56 71 99 189 420 76 398 600 720 906 22 3039 490 534 747 829 77 78 4271 407 18 [3000] 38 553 758 86 98 865 918 5169 381 82 [1500] 539 616 28 727 895 6064 96 158 280 440 67 530 55 672 712 34 920 48 7023 163 96 250 800 35 68 8122 83 204 525 657 757 73 988 9227 360 514 [1500] 30 [3000] 667 841 922 49 [1500] 65

10039 53 100 234 41 72 [500] 476 700 [3000] 5 81 84 889 942 11081 174 257 91 382 441 84 519 829 934 12032 106 426 529 676 [1500] 13063 127 81 [500] 272 331 99 [3000] 463 502 [1500] 760 863 [300] 14120 [3000] 328 629 759 15043 168 308 27 754 896 953 94 16039 303 6 426 88 529 62 [1500] 801 38 999 17286 433 657 863 75 917 66 18119 219 368 446 516 748 843 19084 123 51 239 [3000] 85 330 45 78 [500] 402 39 48 508 671 868 69 70

20034 84 99 110 [500] 13 204 307 443 648 87 784 837 81 21081 [3000] 384 535 601 16 57 748 853 22041 113 203 85 88 389 [1500] 586 676 95 860 23061 [500] 246 457 908 9 79 90 843 [3000] 967 24175 223 76 308 402 598 722 39 51 851 992 25006 527 66 633 26065 73 154 261 63 314 31 451 551 612 [3000] 32 960 27041 342 44 405 644 749 28001 364 85 629 776 807 82 86 97 910 73 96 29035 118 [1500] 99 425 746 85 882 959 74

30098 153 343 461 621 859 77 [500] 914 84 94 31014 32 138 45 [3000] 244 75 409 24 87 523 69 603 952 32078 285 524 602 774 98 963 33157 218 51 392 413 20 512 618 717 939 34064 97 123 209 311 18 475 556 656 857 89 933 42 35067 69 [500] 219 505 662 [500] 714 59 69 862 986 36239 97 459 760 [3000] 988 37016 145 [300] 73 402 [300] 84 529 99 865 989 38217 435 [1500] 516 607 713 22 32 77 39029 142 391 438

40160 [1500] 255 60 [3000] 423 584 924 41005 70 147 65 97 222 613 706 957 42458 68 539 50 750 808 79 43401 662 710 93 [1500] 825 26 76 44042 66 185 209 15 80 357 400 547 788 92 45075 117 22 41 264 [500] 355 435 59 90 600 10 77 793 901 84 46061 [500] 73 334 408 555 59 661 799 930 96 [3000] 47103 284514 28 664 84 819 93 907 48389 464 876 95 49053 55 81 95 213 84 [1500] 432 639 754 65 839 86 956

50131 42 63 643 78 751 53 853 994 51609 708 913 25 52060 [300] 80 226 63 419 25 39 [3000] 51 574 771 928 51 [500] 58 53043 109 65 81 84 260 97 322 31 449 523 872 937 [300] 54408 67 781 928 55030 292 76 522 49 626 79 748 809 61 56001 11 25 542 57091 300 [500] 80 413 582 772 868 92 910 58010 43 367 70 522 45 704 27 867 922 [300] 65 69 88 59064 243 443 94 940

60174 233 301 427 55 99 576 85 88 711 15 50 58 803 916 61058 68 169 250 437 64 525 730 806 65 992 62104 227 84 521 [500] 777 [3000] 962 63139 284 321 597 710 35 48 66 810 942 60 64050 152 [300] 67 258 481 692 733 36 814 90 25 65055 269 912 18 45 66319 64 528 42 62 601 792 67063 104 62 419 34 54 96 513 83 818 30 997 68044 101 55 68 295 368 92 566 [1500] 793 69044 142 [2000] 255 350 406 666 72 73

70029 43 59 527 685 702 888 959 [500] 71279 337 71 79 469 [500] 80 678 702 74 90 [3000] 810 60 927 35 49 63 [3000] 72011 [15000] 111 245 416 85 593 616 22 41 810 929 85 73238 357 [500] 722 938 74015 30 149 220 390 41 77 446 75085 96 156 291 785 76043 127 [1500] 283 [300] 700 77115 53 313 63 487 527 657 73 83 713 66 893 78023 28 153 420 549 85 878 980 90 98 [1500] 79013 152 212 374 91 553 762 840 47 973

80032 209 307 588 701 81032 304 315 577 667 82001 108 285 455 526 810 31 64 922 83272 [1500] 443 652 914 84093 172 301 [1500] 48 55 86 94 553 771 820 85315 [300] 445 79 587 615 741 79 820 976 86395 420 660 805 87279 380 461 523 777 897 916 74 88134 633 [1500] 713 809 [300] 89035 50 243 89 98 333 70 [1500] 94 433

90093 102 399 449 666 [3000] 744 91037 165 76 79 307 597 749 [300] 92 885 92401 47 89 686 93014 123 50 69 360 420 728 948 94052 160 232 325 551 648 62 911 58 95147 492 535 936 96033 159 61 215 [3000] 310 42 406 503 32 45 88 619 744 97030 190 84 274 321 56 433 524 722 98141 70 265 94 [3000] 612 34 63 876 99039 80 173 313 491 507 [1500] 603 47

100078 [300] 110 37 205 43 363 416 71 529 600 13 50 733 101018 107 49 485 708 832 102317 84 92 411 14 86 656 980 103193 237 382 800 30 104057 299 333 37 88 516 21 49 80 86 868 91 925 105309 35 61 478 509 617 747 906 12 106035 43 266 [5000] 453 [1500] 65 804 956 76 [300] 107078 135 201 30 97 365 88 484 814 38 926 108290 359 419 783 838 92 109170 71 431 90 544 96 696 866 996

110632 816 111020 133 59 254 396 523 24 653 75 99 852 910 80 112277 379 445 626 50 84 811 [3000] 23 939 49 51 89 113058 68 259 88 [500] 91 391 409 550 889 98 114107 39 76 [500] 382 427 795 960 115079 225 753 98 836 53 99 116069 158 241 348 609 117085 250 74 303 62 407 27 517 23 749 835 70 [300] 73 88 [500] 960 [500] 118063 68 86 412 81 518 25 607 20 24 743 996 119000 165 85 257 [300] 311 36 478 603 818 945

120096 113 300 450 564 71 [3000] 86 633 58 813 54 121252 527 86 870 88 122105 248 402 [1500] 15 67 705 71 89 868 910 38 96 123091 127 61 207 [1500] 42 82 308 20 43 91 705 44 68 96 98 124057 150 203 61 433 538 636 49 71 701 56 829 33 86 96 [500] 125099 119 255 61 354 [1500] 414 19 620 736 893 940 81 126153 66 308 405 12 74 82 539 782 840 73 127123 422 626 [1500] 892 909 128022 83 252 [1500] 339 581 95 728 801 915 [1500] 93 129081 69 131 43 220 418 71 663 864

130074 359 651 720 54 881 917 131227 667 788 823 53 973 132056 202 415 726 68 853 133111 332 76 405 566 666 734 76 975 86 134075 97 100 77 247 362 421 42 505 [500] 993 135196 66 85 259 64 77 448 69 [500] 527 49 51 864 136233 71 444 [500] 532 607 [500] 24 137170 541 638 704 75 801 138147 88 261 63 65 73 339 56 585 706 860 95 [300] 904 68 139122 291 96 364 598 799 815 [3000] 50 [3000]

140318 71 83 491 680 772 880 912 23 141106 42 71 91 [3000] 236 367 611 83 727 78 [300] 875 79 912 142010 258 82 425 546 670 [1500] 890 948 66 143266 75 [3000] 361 605 62 800 [1500] 87 144078 109 257 98 357 62 87 508 [200] 79 775 88 810 965 145231 99 382 85 146039 123 48 79 211 20 [300] 365 483 649 [300] 798 961 147223 25 98 260 435 38 62 553 78 764 [300] 923 26 96 148212 30 763 149116 25 76 226 50 331 431 618 [300] 80 854

150148 229 394 410 843 [300] 993 151056 91 [300] 93 144 200 499 558 736 96 901 152048 67 114 40 47 77 210 40 570 83 600 37 [1500] 729 44 153104 [5000] 95 250 425 508 60 154039 187 296 410 611 155057 89 198 507 627 57 736 [3000] 847 927 39 73 156000 113 96 [3000] 402 917 96 157028 180 265 304 519 59 90 921 771 [1500] 76 158005 82 382 584 750 818 [500] 973 [3000] 159004 275 431 81 630 719 41 880 935 [300]

160163 280 408 93 597 701 79 810 988 161015 171 368 94 471 557 720 815 58 162023 78 83 180 426 582 69 82 163083 189 347 60 496 515 657 75 827 71 80 164015 257 60 412 58 501 765 80 [1500] 875 165271 530 78 693 740 89 807 972 166099 166 455 513 870 924 167067 126 56 67 284 474 585 715 800 36 982 94 168240 311 64 480 81 627 712 65 873 [500] 74 957 169188 276 79 461 542 87 764 844 46 69

170140 215 87 94 [1500] 569 780 824 [1500] 990 171064 94 286 [1500] 411 48 755 905 172338 469 [1500] 540 80 637 958 94 173331 60 412 679 756 861 [300] 98 174261 [3000] 89 533 641 57 858 86 175098 212 25 48 [300] 333 79 534 638 707 63 93 [500] 892 995 176260 88 396 437 523 628 736 894 930 45 46 49 177049 129 41 391 507 [500] 698 782 977 95 178202 407 8 31 72 988 179391 560 84 677 843 88 829 [300] 99 970

180093 295 315 84 766 803 63 181100 46 481 686 [3000] 883 979 88 182027 214 [500] 433 814 52 183106 28 432 622 718 [3000] 91564 74 184136 51 71 282 313 423 60 674 731 95 823 920 58 [500] 185288 97 349 485 590 640 50 [500] 186079 84 143 236 330 95 557 59 88 [1500] 607 46 736 930 54 95 187152 218 372 652 [1500] 712 188320 51 402 524 83 907 31 189046 198 208 78 334 469 [3000] 554 [500] 730 808 924 35

190030 86 201 95 422 584 608 18 728 85 874 97 933 191249 56 324 593 [3000] 745 924 60 192150 98 252 402 505 907 24 43 93 94 193043 267 630 779 805 41 44 194014 173 210 395 459 505 92 690 92 [3000] 708 [500] 75 82 822 46 936 195149 217 51 [3000] 69 363 450 584 83 91 741 818 19 196032 187 209 16 19 43 58 561 83 [500] 197014 69 190 500 73 [5000] 820 [3000] 88 995 198448 [3000] 91 676 199333 471 647 57 774 870 928 [1500]

200100 222 543 845 997 201046 142 91 262 364 86 442 55 [300] 543 98 702 832 202004 17 252 83 [300] 621 [300] 66 702 959 [500] 70 89 [1500] 203202 439 511 754 807 30 204192 235 330 576 668 985 41 86 205089 90 185 247 69 88 831 35 977 206090 399 439 44 45 565 640 719 207038 94 [300] 160 284 341 454 539 57 827 60 972 208003 147 307 48 486 506 [1500] 38 60 87 637 95 762 [300] 931 209196 296 454 529 689 749 856 [500] 980

210049 159 75 82 [1500] 216 35 41 428 544 672 98 735 856 211422 [3000] 541 43 757 966 212193 [300] 228 307 409 [1500] 75 [300] 558 675 82 732 860 958 213103 21 487 527 74 674 86 949 214086 94 157 308 470 613 [1500] 59 99 728 870 957 97 [300] 215128 414 16 18 70 621 [1500] 23 24 [500] 745 216174 93 245 334 62 532 758 871 88 217084 296 355 428 42 48 624 703 90 218141 46 363 82 598 685 219162 85 400 500 734 62 934 57 84

220132 207 306 463 665 731 858 97 942 221109 76 291 42 366 589 75 [300] 89 687 811 15 55 904 26 222136 692 715 77 829 223067 108 212 432 41 583 [300] 679 97 775 80 842 224126 59 64 205 8 332 [1500] 600 21 [3000] 765 809 225002 4 34 339 48 590

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500 000 Mk., 2 zu 200 000 Mk., 2 zu 100 000 Mk., 2 zu 50 000 Mk., 1 zu 40 000 Mk., 7 zu 30 000 Mk., 21 zu 15 000 Mk., 33 zu 10 000 Mk., 65 zu 5000 Mk., 1027 zu 3000 Mk., 1086 zu 1500 Mk., 1221 zu 600 Mk.

---

6. Ziehung d. 4. Klasse 197. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 28. Oktober 1897, nachmittags.
Nur die Gewinne über **210** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

165 70 438 [300] 534 679 [500] 781 [500] 907 19 1018 [1500] 19 173 233 93 [3000] 98 365 496 506 81 665 761 [500] 885 2160 64 275 456 89 620 864 70 3005 22 232 45 585 630 732 955 4113 36 203 20 335 99 680 91 842 81 967 5015 36 97 140 301 29 [500] 96 463 64 528 742 6284 305 65 481 517 [3000] 661 7239 54 382 470 571 794 984 8021 47 [500] 123 261 79 629 84 [300] 733 53 938 [3000] 9020 99 278 333 94 504 21 37 [1500] 913 44 63

10174 677 93 798 [300] 859 933 38 11217 584 46 662 77 705 33 894 980 12034 132 64 80 94 241 43 335 91 99 411 14 633 13044 163 268 [3000] 75 356 427 61 527 894 [3000] 902 14094 [300] 299 [1500] 384 528 698 861 [1500] 77 971 15112 208 37 395 61 439 626 16052 55 222 95 361 462 925 63 98 17018 227 69 385 589 943 18031 [300] 72 99 204 80 648 795 19053 55 146 241 49 99 394 427 78 592 829 31 915

20001 91 120 61 62 208 33 [500] 320 42 88 595 845 960 61 21123 205 520 621 24 728 [3000] 90 [500] 817 38 926 22145 291 340 524 [600] 614 99 924 23318 [300] 83 [3000] 92 453 63 582 97 [300] 600 [300] 27 32 723 86 883 24235 507 24 850 80 990 25042 105 230 574 604 820 26244 431 48 [3000] 784 96 [1500] 903 23 92 27014 201 418 83 [500] 681 913 [1500] 45 28032 488 566 743 29101 276 395 [300] 633 777 902

30087 89 198 287 390 69 581 630 870 939 31118 430 587 664 66 78 32170 203 29 892 33065 95 313 25 67 573 613 796 843 81 940 [3000] 34260 78 309 33 617 884 35536 59 36189 234 344 522 731 824 908 85 37025 58 209 29 382 83 468 652 67 81 792 851 78 38181 211 383 654 91 967 82 39055 94 224 71 745 79 [300] 806 901

40085 280 92 [3000] 365 425 [500] 571 718 73 82 878 905 41310 434 536 39 70 [500] 92 976 42225 39 377 465 686 708 821 945 43172 640 60 776 44026 [1500] 134 378 439 47 734 48 [3000] 62 76 80 87 831 [500] 63 45255 392 402 581 790 [3000] 46232 46 551 611 713 841 69 47024 174 517 645 63 719 976 85 [500] 48053 283 442 561 [1500] 617 945 49016 708

50020 50 42 64 138 75 636 766 51083 147 84 202 [500] 6 17 691 52493 825 84 94 937 50 53150 406 663 721 836 950 54065 148 634 703 818 27 64 55158 80 322 550 91 708 24 63 808 51 82 910 56094 119 28 745 53 70 72 849 57008 129 332 51 562 641 67 991 58031 [500] 41 100 361 68 450 59290 329 630 42 770 73 85 806 931

60019 122 67 71 269 338 541 761 71 883 928 61084 224 44 67 321 37 429 38 777 851 980 94 62212 53 382 442 44 504 707 25 71 879 913 68 63137 76 312 47 531 69 96 732 36 854 923 26 64064 [300] 100 76 81 223 490 90 643 953 65111 76 408 [300] 507 [300] 84 799 819 975 66031 34 84 154 372 82 843 71 67071 236 83 323 90 447 61 699 96 768 68097 143 321 45 67 591 [1500] 652 983 89 69197 434 95 536 59 62 812 [1500] 988 [300]

70075 86 71008 32 80 126 57 53 253 370 457 596 607 701 26 42 978 [500] 72041 213 40 380 683 739 922 66 73174 [300] 279 804 74082 339 65 567 96 99 667 711 87 822 75028 141 300 82 408 7 51 96 652 739 97 76045 82 [3000] 227 326 418 36 39 598 924 47 68 77021 28 74 101 42 95 420 23 [1500] 533 57 783 838 959 78061 74 139 278 79 87 317 77 505 83 91 688 735 836 917 79054 293 326 99 721 831 930

80066 210 341 475 89 612 25 75 808 20 902 55 96 81023 29 111 47 513 672 895 989 94 82013 294 351 479 598 781 97 83017 63 158 91 216 [300] 36 58 495 740 78 [300] 852 53 902 72 84108 91 323 38 552 744 833 35 914 95 85114 17 234 33 316 [3000] 79 409 22 537 620 769 852 997 [300] 86061 59 [3000] 92 147 [1500] 76 248 77 78 349 486 519 [3000] 87 87073 110 603 20 783 802 88096 377 618 50 911 49 53 85 74 89317 69 423 506 53 69 98 833 [3000]

90209 98 310 433 503 14 845 944 91198 411 46 557 92060 81 [500] 110 301 430 602 700 1 [500] 847 93159 670 791 922 30 34 94151 375 532 75 689 [300] 710 [3000] 845 95264 74 379 502 80 686 705 40 982 96175 265 [500] 340 47 514 16 712 54 834 35 69 960 97028 378 513 616 20 83 817 65 98370 85 495 544 58 728 914 78 99056 152 398 722 66 812 927 38 88 93

100005 99 148 251 306 741 842 92 982 [300] 88 101178 [500] 98 312 675 701 3 102068 373 403 35 522 70 774 103136 205 23 33 87 906 718 870 104048 49 730 61 854 924 31 105012 82 121 223 35 318 25 28 51 78 401 523 40 46 86 628 779 95 814 969 [500] 84 106144 268 387 685 772 866 964 87 107207 331 54 94 449 81 [1500] 511 108098 182 240 935 50 87 413 601 808 9 [1500] 72 910 31 109075 371 549 888 951 65

110181 223 373 97 473 869 79 111125 544 91 986 112004 326 573 694 113060 82 114 94 210 311 60 514 29 84 603 85 702 958 [500] 114281 38 488 [300] 542 625 [3000] 757 72 955 115068 167 219 435 [300] 561 777 116080 43 48 148 298 674 733 41 828 67 956

117061 [3000] 175 334 578 842 118032 73 110 265 842 86 [300] 905 46 86 119068 319 21 408 533 962

120015 54 267 309 76 88 408 506 750 98 873 98 997 76 121149 208 48 323 25 513 76 669 768 906 122021 485 91 524 26 809 [15000] 98 917 23 123871 955 124015 27 237 [500] 50 [300] 328 38 52 454 576 603 736 908 [3000] 84 125042 103 16 [300] 445 93 [1500] 673 76 862 941 126092 126 203 36 60 466 73 581 697 785 980 127092 344 529 603 851 60 128034 70 [500] 138 40 357 92 403 776 903 44 129086 277 447 98 579 796 [300] 805 976

130000 [1500] 589 694 744 92 982 88 131058 191 216 563 65 657 915 17 [300] 132252 72 410 581 671 703 913 19 133129 53 272 76 354 634 85 715 59 878 [1500] 134008 63 127 211 21 491 584 628 894 71 950 135360 [300] 419 77 593 630 38 717 882 914 92 136045 69 184 287 433 43 541 89 707 823 [300] 900 23 45 137007 43 [500] 53 58 222 308 97 400 12 607 989 138037 73 [500] 192 936 139093 167 282 66 308 19 [1500] 579 609 17 793

140070 227 33 52 526 465 655 67 806 [1500] 9 38 998 141029 82 97 150 62 64 76 554 930 86 142034 [3000] 97 143 318 421 35 978 143351 488 91 515 687 91 746 858 936 83 94 144066 163 209 436 79 803 651 767 840 927 145062 539 642 46 853 [1500] 146168 319 508 688 786 147111 387 484 89 702 887 148067 [1500] 341 50 60 669 85 892 33 55 960 149106 252 69 640 845

150054 90 100 265 377 552 743 97 827 151391 472 585 767 [10000] 805 66 914 31 87 152033 176 207 26 305 417 719 81 99 808 940 93 153045 68 156 [300] 282 84 319 488 88 533 96 607 705 29 80 154019 80 99 194 155174 211 89 348 443 534 45 675 95 916 75 156074 159 [300] 272 300 88 495 76 553 673 795 928 157008 102 68 366 [300] 70 577 747 884 96 158115 38 66 222 413 66 471 535 159211 17 73 358 457 59 870 968

160044 183 261 309 17 402 34 48 89 537 678 [3000] 802 161088 185 237 422 731 40 162022 389 465 550 723 46 858 89 953 163050 64 582 84 613 98 893 962 92 [500] 164066 73 251 422 65 674 800 61 92 943 165140 304 581 678 778 988 166062 116 53 222 [3000] 97 40 376 448 [3000] 98 863 933 43 46 167074 371 [1500] 400 18 21 526 758 821 168045 235 73 512 59 [3000] 628 62 702 52 58 [500] 907 78 169036 194 363 521 75 91 606 39 713

170068 77 161 306 46 453 84 729 60 823 171167 278 347 800 933 172208 360 577 612 [500] 79 173066 168 340 530 73 917 18 174154 56 402 524 752 63 175252 335 587 610 14 64 845 59 176118 443 50 549 [500] 714 832 923 177115 211 81 379 618 28 817 178067 200 800 986 179089 320 42 405 515 18 78 80 769 91 893 971 27 36

180028 31 96 162 287 97 334 474 555 737 79 824 95 [500] 938 181004 [500] 48 59 65 310 33 536 669 97 855 968 182139 69 309 54 70 405 44 569 734 81 964 [3000] 183072 353 455 625 764 184013 435 778 851 185096 127 466 17 [500] 599 700 [500] 30 820 54 70 186137 291 317 43 451 504 24 77 601 [500] 743 803 924 35 187004 261 369 418 32 39 621 773 96 926 [500] 90 188274 315 70 409 517 659 87 189002 12 [1500] 140 [500] 319 618 909

190067 107 625 22 42 877 84 191011 20 36 98 125 33 222 317 97 468 95 543 49 89 90 856 912 192023 340 [300] 428 51 635 44 844 76 193015 139 40 [3000] 328 82 415 87 852 194062 115 368 637 51 786 937 81 195009 84 125 74 75 293 402 696 897 [1500] 929 42 53 68 196014 52 128 66 80 [3000] 224 715 821 51 57 903 22 197164 319 39 432 647 59 928 86 198075 380 490 825 35 984 199005 11 16 54 196 272 432 94 560 818 23 960 [500] 87

200109 275 85 90 351 85 468 501 49 710 892 78 919 56 61 82 201008 17 54 87 187 229 673 833 [300] 96 997 202011 29 [300] 63 139 [1500] 206 7 49 501 44 82 665 814 923 203085 [3000] 248 56 80 312 545 701 855 96 961 204007 197 [500] 304 [1500] 7 442 91 505 43 52 853 91 205145 261 [5000] 354 59 439 578 90 868 921 206133 79 220 49 446 587 830 72 85 928 78 207023 [300] 281 368 441 76 600 855 92 208000 226 38 311 499 719 65 813 987 209080 58 102

210039 198 405 510 606 41 814 [3000] 98 99 984 211084 156 77 90 570 650 764 826 969 212072 [1500] 88 227 88 474 679 825 213070 [500] 83 [3000] 190 221 40 80 387 401 13 62 [500] 84 689 817 913 62 67 82 214011 33 78 143 219 59 91 416 33 67 561 727 63 803 767 840 927 215062 539 642 46 853 [1500] 146168 319 508 688 786 147111 387 484 89 702 887 148067 [1500] 341 50 60 669 85 892 33 55 960 149106 252 69 640 845

150054 90 100 265 377 552 743 97 827 151391 472 585 767 [10000] 805 66 914 31 87 152033 176 207 26 305 417 719 81 99 808 940 93 153045 68 156 [300] 282 84 319 488 88 533 96 607 705 29 80 154019 80 99 194 155174 211 89 348 443 534 45 675 95 916 75 156074 159 [300] 272 300 88 495 76 553 673 795 928 157008 102 68 366 [300] 70 577 747 884 96 158115 38 66 222 413 66 471 535 159211 17 73 358 457 59 870 968

160044 183 261 309 17 402 34 48 89 537 678 [3000] 802 161088 185 237 422 731 40 162022 389 465 550 723 46 858 89 953 163050 64 582 84 613 98 893 962 92 [500] 164066 73 251 422 65 674 800 61 92 943 165140 304 581 678 778 988 166062 116 53 222 [3000] 97 40 376 448 [3000] 98 863 933 43 46 167074 371 [1500] 400 18 21 526 758 821 168045 235 73 512 59 [3000] 628 62 702 52 58 [500] 907 78 169036 194 363 521 75 91 606 39 713

170068 77 161 306 46 453 84 729 60 823 171167 278 347 800 933 172208 360 577 612 [500] 79 173066 168 340 530 73 917 18 174154 56 402 524 752 63 175252 335 587 610 14 64 845 59 176118 443 50 549 [500] 714 832 923 177115 211 81 379 618 28 817 178067 200 800 986 179089 320 42 405 515 18 78 80 769 91 893 971 27 36

180028 31 96 162 287 97 334 474 555 737 79 824 95 [500] 938 181004 [500] 48 59 65 310 33 536 669 97 855 968 182139 69 309 54 70 405 44 569 734 81 964 [3000] 183072 353 455 625 764 184013 435 778 851 185096 127 466 17 [500] 599 700 [500] 30 820 54 70 186137 291 317 43 451 504 24 77 601 [500] 743 803 924 35 187004 261 369 418 32 39 621 773 96 926 [500] 90 188274 315 70 409 517 659 87 189002 12 [1500] 140 [500] 319 618 909

190067 107 625 22 42 877 84 191011 20 36 98 125 33 222 317 97 468 95 543 49 89 90 856 912 192023 340 [300] 428 51 635 44 844 76 193015 139 40 [3000] 328 82 415 87 852 194062 115 368 637 51 786 937 81 195009 84 125 74 75 293 402 696 897 [1500] 929 42 53 68 196014 52 128 66 80 [3000] 224 715 821 51 57 903 22 197164 319 39